

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Dieter Bingen
Die Rolle der
katholischen Kirche Polens
nach dem Ende
der „Erneuerung“

Peter von der Lippe
Wirtschaftspolitik und
wirtschaftliche Entwicklung
in der Volksrepublik Polen

Klaus Reiff
Polen –
unser unruhiger Nachbar

ISSN 0479-611 X

B 6/84
11. Februar 1984

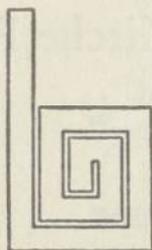
Dieter Bingen, Dr. phil., geb. 1952; Studium der Politischen Wissenschaft, Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Soziologie und Erziehungswissenschaft an der Universität Bonn; längere Forschungsaufenthalte in Polen 1977, 1981 und 1983; 1980—1981 Forschungsstipendium der Deutschen Forschungsgemeinschaft; seit 1981 wissenschaftlicher Referent am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Die Bundesrepublik Deutschland aus polnischer Sicht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 22/78; Die Stellung der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Politik aus polnischer Sicht 1969—1976, Königstein/Ts. 1980; Zehn Jahre Vertrag mit Polen, in: Osteuropa, (1981) 3; Die katholische Kirche im polnischen Sozialismus, in: Polen — Das Ende der Erneuerung? Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur im Wandel, hrsg. v. A. Uschakow, München 1982; Solidarność — eine polnische Gewerkschaft und gesellschaftliche Bewegung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29-30/82; Die Bonner Deutschlandpolitik 1969—1979 in der polnischen Publizistik, Frankfurt/M. 1982; Die Rolle der Sowjetunion in der Polenkrise, in: Sowjetunion 1982/83. Ereignisse, Probleme, Perspektiven, hrsg. v. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, München 1983.

Peter Michael von der Lippe, Dr. rer. pol., Diplom-Volkswirt, geb. 1942; Studium der Volkswirtschaftslehre in München und Marburg/Lahn; seit 1976 Professor für Statistik und Ökonometrie an der Universität Essen, Gesamthochschule.

Veröffentlichungen u. a.: (zusammen mit H. D. Westerhoff) Die Kapitalbildung in Polen. Eine ökonomische Studie, in: Working Papers des Osteuropainstituts München, 1982; Ordnungspolitische Ursachen von Wachstumszyklen in Polen und das Scheitern von Wirtschaftsreformen, in: Integration im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), Marburg 1982; (zusammen mit V. Heese) Askese bei leerem Kochtopf. Polens Wirtschaft im Spiegel der polnischen Presse, in: Die Politische Meinung, (1982) 197, S. 23ff; (zusammen mit H. D. Westerhoff) Ein ökonomisches Modell des Investitionsprozesses in der Volksrepublik Polen, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 1983; Marxismus in Polen, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, (1983) 1; (zusammen mit V. Heese und R. Kosfeld) Investitionszyklen in Polen, voraussichtlich Berlin 1984.

Klaus Reiff, geb. 1941 in Thorn/Weichsel; nach Tätigkeit als politischer Redakteur bei der Hessischen Allgemeinen in Kassel und beim Deutschlandfunk in Köln 1972—1979 Leitung des Europareferats der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn; 1980—1983 Botschaftsrat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Warschau.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Holger Ehmke, Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Karl-Heinz Resch.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04-0, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die Rolle der katholischen Kirche Polens nach dem Ende der „Erneuerung“

I. Standortbestimmung

Die Bedeutung der katholischen Kirche Polens im politischen System und im Alltag der Volksrepublik Polen wurzelt in der Rolle und im Selbstverständnis der größten Glaubensgemeinschaft des Landes in dessen neuerer und neuesten Geschichte. Die Rolle der katholischen Kirche als einzige die historischen, kulturellen und sprachlichen Traditionen erhaltende Organisation in der Zeit der Teilungen (1795—1918) liegt bereits lange Zeit zurück, bleibt aber im historischen Bewußtsein auch der jüngsten Generation. Die Solidarität der Kirche mit dem Widerstand gegen den nationalsozialistischen Terror in Polen, dem annähernd 3 000 Priester zum Opfer fielen — das waren 20% des damaligen Klerus —, ist noch lebendige Geschichte. Der Beitrag der Kirche beim Wiederaufbau Polens und bei der Eingliederung der aus dem ehemaligen Ostpolen in die West- und Nordgebiete umgesiedelten Bevölkerungsteile kann gar nicht überschätzt werden. Ausschlaggebend für die weiterbestehende und nach neueren wissenschaftlichen Untersuchungen ¹⁾ wieder zunehmende Identifizierung mit der Kirche in der Intelligenz, Arbeiterschaft und bäuerlichen Bevölkerung, also den wichtigsten gesellschaftlichen Schichten, ist jedoch die Haltung der Bischöfe und des niederen Klerus in den beinahe 40 Jahren seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gegenüber den wichtigsten politischen, gesellschaftlichen und moralischen Fragen im Realsozialismus der Volksrepublik Polen.

Die Zeit des Stalinismus (1949—1956), vor allem aber die Wellen halbherziger Liberalisierungen (1956/57, 1971, 1980/81) und anschlie-

¹⁾ Vgl. Społeczeństwo polskie w drugiej połowie lat siedemdziesiątych. Raporty z badań pod red. Z. Sufina, Warszawa czerwiec 1981, S. 335; St. Pajka, in: Wieś współczesna, (1983) 5, S. 124 ff.; auch: Z. Kawecki, Młodzież o roli kościoła, in: Argumenty, (4. 12. 1983) 49, u. v. a.

ßend erneut eintretender Einschränkungen staatsbürgerlicher Rechte (1958, 1973/74, 1982/83) ließen die katholische Kirche im Bewußtsein der großen Mehrheit der Polen zum wichtigsten Hort polnischen Eigenbewußtseins und zum anerkannten Fürsprecher der Nation gegenüber der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) und den staatlichen Behörden werden ²⁾.

Die katholische Hierarchie setzte sich wie in allen Nachkriegskrisen Polens auch in der Zeit der „Solidarität“ für die Verhinderung von Gewaltanwendung zwischen Behörden und Bevölkerung und für das Maß an Unabhängigkeit ein, das für Polen unter den gegebenen politischen Bedingungen möglich erschien. Sie sah sich deshalb in der komplizierten Zwangslage, der regierenden Partei auf dem Wege der „sozialistischen Erneuerung“ durch Moderation der gesellschaftlichen Konflikte mit der staatlichen Macht zu helfen. Das heißt, die bisweilen dramatischen Mißverständnisse innerhalb des polnischen Klerus sowie zwischen Teilen des Klerus und Teilen der Bevölkerung, die seit der Verhängung des Kriegsrechts über Polen bis heute auftreten, hatten ihre Ursprünge in der Schwierigkeit einer neuen Standortbestimmung in der politischen Landschaft nach den „Gesellschaftlichen Vereinbarungen“ von Danzig, Stettin und Jastrzębie vom Sommer 1980 und nicht zuletzt in der Interpretation der katholischen Theologie als direkte politische Handlungsanweisung, quasi als Parteiprogramm der national und freiheitlich gesinnten Polen gegen eine als fremdbestimmt perzipierte politische Herrschaft. Dieses Mißverständnis, das so alt ist wie die nationale Tragödie Polens im 19. und 20. Jahrhundert,

²⁾ Vgl. auch: D. Bingen, Die Kirche in der polnischen Krise, in: Herder-Korrespondenz, (1983) 4, S. 184—188.

war bereits 1980 latent vorhanden, wurde aber von der allseitigen Zustimmung zu den Prinzipien der „Solidarität“ (als Gewerkschaft und als Programm) überdeckt.

Ungeachtet der schon in der Anfangszeit der „Solidarität“ aufgetretenen Zweifel an konkreten Aktionen und Verlautbarungen der Bischöfe waren die katholische Kirche und das bisweilen mystisch verklärte Idol des Papstes aus Polen eine moralische Rückenstärkung für die systemsprengenden Emanzipationsbestrebungen in der polnischen Gesellschaft.

Die Friktionen und Verständigungsschwierigkeiten mit der Bevölkerung bei der Erklärung dessen, was nach theologischem Verständnis Aufgabe der Kirche ist und was den politischen und gesellschaftlichen Kräften überlassen bleiben *muß*, boten der politischen Füh-

rung Chancen, in den Klärungsprozeß einzugreifen, der innerhalb der kirchlichen Institutionen sowie zwischen Kirche und Nation einsetzte und nach der Verhängung des Kriegsrechts zu schmerzlichen Einsichten auf allen Seiten führte. Die Situation und Position der Institution Kirche in der Phase der Restauration der alten Machtverteilung seit dem 13. Dezember 1981 ist demnach nicht über Nacht entstanden. Die Rolle der Kirche nach der Verhängung des Kriegsrechts möglichst objektiv beschreiben heißt, ungeachtet der Verhaltensunsicherheiten und Schwankungen *eine* übergeordnete Verhaltensnorm der katholischen Kirche, oder besser: der Kirchenführung verdeutlichen, die von Primas Józef Glemp in der Kontinuität der „Politik“ Stefan Wyszyńskis, wenn nicht erreicht, zumindest doch erstrebt wird.

II. Kontinuität in Mäßigung und Vermittlung

Nach der Verhängung des Kriegsrechts hatte der polnische Episkopat die Kontinuität seines öffentlichen Wirkens gewahrt, die seit dem „Tauwetter“ im Herbst 1956 zu beobachten ist. Am Abend des 13. Dezember 1981 warnte Primas Glemp in einer Predigt Regierung und Gesellschaft vor einem Blutvergießen³). In der unübersichtlichen Situation der ersten Stunden unter dem Kriegsrecht trug der Aufruf des Primas sicher dazu bei, politisch sinnlose Opfer zu vermeiden. In den folgenden Tagen und Wochen kam es jedoch in der Öffentlichkeit zu Mißverständnissen bezüglich der natürlich politisch verwertbaren Theologie Glemps anlässlich von verschiedenen Botschaften des Primas an die Bevölkerung. So geschah es auch im Zusammenhang mit seiner Rundfunkpredigt am 24. Januar 1982⁴). In der Predigt sprach er sich gegen die Beteiligung von Priestern an den „Bürgerkomitees der nationalen Rettung“ (OKON) aus, die den neu geschaffenen Militärrat politisch unterstützten. Gleichzeitig stellte Glemp jedoch fest, daß für Laien die Möglichkeit bestünde, sich an einem *authentischen* öffentlichen Leben zu beteiligen. Die Tatsache, daß

sich der Primas einer weitergehenden Kritik an den Komitees enthielt, schlachteten die staatlichen Massenmedien propagandistisch aus⁵). In der Öffentlichkeit sollte der Eindruck entstehen, Glemp halte die neue Sammlungsbewegung für ein authentisches Forum des gesellschaftlichen Lebens. In der informierten Öffentlichkeit war aber bekannt, daß die katholische Kirche starke Vorbehalte gegen die „Bürgerkomitees“ hegte, zumal Vertreter derjenigen katholischen Laienorganisationen, die das Vertrauen des Episkopats und der Gläubigen genossen, teilweise noch interniert waren, oder die Vereinigungen waren suspendiert (z. B. die Klubs der katholischen Intelligenz = KIK).

Die katholische Kirche bemühte sich fortlaufend darum, den tiefen Riß, der durch die Gesellschaft ging, zu verkleinern. Von einem sozialpolitischen Rat katholischer Laien wurden Thesen zur Aufnahme eines neuen Dialogs vorgestellt. Die am 5. April 1982 verabschiedeten Thesen enthielten programmatische Leitsätze für einen Ausweg aus der Sackgasse⁶). Schon in der Einleitung wurde darauf

³) Radio Warszawa, 13. 12. 1981.

⁴) Radio Warszawa, 24. 1. 1982.

⁵) Vgl. Trybuna Ludu vom 25. 1. 1982 u. a.

⁶) Übersetzung in: Herder-Korrespondenz, (1982) 6.

verwiesen, daß im August 1980 eine große Hoffnung auf Erneuerung des politischen und sozialen Lebens im polnischen Volk entstanden sei. Jetzt herrsche eine tragische Lage, und es bestehe die Gefahr, daß sich dieser Zustand noch verschlimmere. Deshalb sei es unbedingt notwendig, der Nation neue Perspektiven und eine Motivation zu geben. Ein neuer Verständigungsversuch sei unerläßlich. Als Voraussetzung dafür müßte zugesichert werden, daß alle 1980 geschlossenen gesellschaftlichen Vereinbarungen gültig blieben und ohne Abstriche erfüllt würden. Entgegen den Hoffnungen des sozialpolitischen Rates bzw. des Episkopates konnten die Thesen nicht öffentlich diskutiert werden. Die Vorschläge der Laienkatholiken, die die volle Unterstützung des Primas hatten, blieben ohne jede offizielle Reaktion.

Unterdessen ging der Machtkampf zwischen dem ideologisch ausgelaugten und politisch vorläufig entmachteten Parteiapparat und dem neuen Machtzentrum um General Jaruzelski weiter, der auch auf das Verhältnis der Behörden zur katholischen Kirche und zur damals suspendierten „Solidarität“ ausstrahlte. Seit Anfang Mai 1982 nahmen die Auseinandersetzungen zwischen der Opposition und den Sicherheitsorganen zu. In immer kürzeren Abständen und drohenderem Ton wurde die Kirche aus dem Parteiapparat heraus als Ausgangspunkt der gegen das Kriegsrecht gerichteten Demonstrationen angegriffen. In Moskau schrieb die Regierungszeitung „Izvestija“ am 13. Juli 1982, die meisten Demonstrationen hätten nach Gottesdiensten in den Kir-

chen begonnen; die sich häufenden Versuche, die Kirche in regierungsfeindliche Aktionen zu verwickeln, seien alarmierend.

Angesichts dieser auch für den Handlungsspielraum der Kirche bedrohlicher werdenden Lage setzte sich im polnischen Episkopat eine Tendenz durch, die Regierung Jaruzelski als das „kleinere Übel“ anzusehen. In den ersten Tagen nach dem 13. Dezember 1981 galt eine sowjetische Invasion als das „größere Übel“; einige Monate später hatten die Parteikonservativen diese Stelle eingenommen. Im Sommer 1982 deutete der gegenseitige Umgang von Kirche und Behörden darauf hin, daß Primas Glemp, der Papst und Premier Jaruzelski eine gemeinsame Kompromißformel anstrebten, die den seit Frühjahr 1982 von der Kirche für den August des Jahres angekündigten zweiten Papstbesuch in Polen möglich machen sollte, ohne daß dabei die Kirche und die polnische Führung das Gesicht verlören. Das bedeutete beispielsweise für die Kirche, daß sie sich genötigt sah, die vom Kriegsrecht geschaffenen Realitäten zu akzeptieren, deren Anerkennung sie bisher — zumindest nach außen — verweigert hatte. So kam es einen Monat nach dem vom Primas verurteilten Verbot der „Solidarität“ am 8. November 1982 zu einem spektakulären, da zu diesem politisch kritischen Zeitpunkt nicht erwarteten Treffen zwischen Glemp und Jaruzelski, in dessen Verlauf der während des ganzen Jahres diskutierte Besuch von Papst Johannes Paul II. für den 18. Juni 1983 angekündigt wurde.

III. Versuchte Einflußnahme vor dem Papstbesuch

Die katholische Kirche Polens appellierte seitdem wiederholt an die Behörden, anläßlich der geplanten Papstvisite „würdige Bedingungen“ zu schaffen. Dazu gehörten eine Amnestie für alle nach dem Kriegsrecht Verurteilten und andere Maßnahmen, die — wie die Bischöfe es ausdrückten — die Wiederherstellung der vollen sozialen Gerechtigkeit ermöglichten. Ein Hirtenbrief diesen Inhalts wurde am 30. Januar 1983 in allen Kirchen

Polens verlesen. Die ganze Nation sollte nach dem Wunsch der Bischöfe in dem Besuch des Papstes einen neuen Versuch der moralischen Erneuerung sehen. Polen erlebe das Drama der inneren Zerrissenheit, der Ungerechtigkeit und der Verletzung menschlicher Grundrechte und die Unterdrückung der Menschenwürde. Gegen daraus resultierenden Haß in den Herzen sei nur die Waffe der Vergebung und der Rückkehr zur nationalen

Harmonie und Eintracht wirksam⁷⁾. In dem Hirtenbrief bestätigten die Bischöfe, daß Papst Johannes Paul II. am 18. Juni 1983 seinen zweiten Polenbesuch beginne. Damit schufen sie noch vor den für März anberaumten Gesprächen zwischen Regierung und Kirche über die Dauer und das Programm der Reise vollendete Tatsachen. Dieser Schachzug entsprang möglicherweise der Befürchtung, daß bestimmte Kräfte in der Partei die Regierung zu einem Rückzug veranlassen könnten, da sie den Papstbesuch als einen destabilisierenden Faktor im Prozeß der „Normalisierung“ der innerpolnischen Verhältnisse und als Ermunterung der Opposition ansehen würden. Andererseits konnten die Behörden nach diesem Schritt der polnischen Bischöfe ihrerseits Forderungen aufstellen, „entsprechende Bedingungen“ für den Papstbesuch zu schaffen. Das geschah dann auch wenige Tage später in einem Interview von Regierungschef Jaruzelski für die ungarische Parteizeitung „Népszabadsag“⁸⁾. Mit den Bedingungen meinte der General vor allem die Umstände, unter denen der Besuch verlaufen sollte. Deutlicher wurde der Vertraute Jaruzelskis, der stellvertretende Ministerpräsident Rakowski, in einem Interview des Ungarischen Fernsehens. Auf den Papstbesuch in Polen angesprochen, sagte Rakowski, der Papst und die Bischöfe wüßten, daß der Erfolg der Reise von „sozialer Ruhe vor und während des Besuches“ abhängen. „Wir hoffen, daß von keiner Kirche irgendwelche Kundgebungen ausgehen.“ Der politischen Opposition warf er vor, ihre „antisozialistischen Aktivitäten“ vor allem über die Kirchen fortzuführen. Die jüngsten Kundgebungen gegen die Regierung seien stets von Kirchen ausgegangen. Das zeige, daß sich viele Menschen „nicht in den Kirchen versammeln, um zu beten, sondern um die Kirche für ihre eigenen Zwecke zu benutzen“⁹⁾.

Der Hirtenbrief der polnischen Bischöfe war gleichzeitig in Polen und in Rom veröffentlicht worden, wo sich Primas Glemp aufhielt, um am 2. Februar 1983 die Kardinalswürde zu empfangen¹⁰⁾. Die Kardinalsernennung

⁷⁾ Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 2. 2. 1983.

⁸⁾ Népszabadsag vom 5. 2. 1983.

⁹⁾ Die Welt vom 23. 2. 1983; vgl. auch A. Łopatka in: Prawo i Życie, (2. 4. 1983) 14.

¹⁰⁾ Vgl. Herder-Korrespondenz, (1983) 2, S. 52.

konnte möglicherweise zur Festigung der geistlichen Autorität des Primas innerhalb des polnischen Klerus und in der Bevölkerung beitragen. Denn Glemps politisch zurückhaltender und theologisch begründbarer Kurs in der aktuellen Situation war im Lande umstritten. In der ersten Predigt als Kardinal setzte sich der Primas ausdrücklich mit der an ihn herangetragenen Kritik auseinander und verteidigte den versöhnlichen Kurs der Kirche. Die Bibel müsse Richtschnur des Handelns sein, „auch wenn dies heute nicht mehr jedem genehm ist“¹¹⁾. Damit wies Glemp vielfach erhobene Forderungen nach einer militanteren Haltung der Kirche in politischen Fragen zurück. Sicherlich entsprach dieser Standpunkt den Ansichten des Papstes. Schließlich sollte für seine Polenreise ein günstiges Klima geschaffen werden.

In der ersten Märzwoche kam es offenbar zu einer weitgehenden Einigung über die Dauer der Papstvisite (16. bis 23. Juni 1983), wie sich aus der Predigt Kardinal Glemps am 6. März entnehmen ließ. In ihr beschrieb er mit einem Vergleich die dramatischen Umstände, unter denen ungeachtet der bisher getroffenen Übereinkünfte der Papstbesuch stattfinden würde. Die Reise nach Polen sei nicht weniger problematisch als die Pilgerfahrt nach Mittelamerika (u. a. nach Nicaragua). Der Heilige Vater komme auf diesen besonders spannungsgeladenen und gefühlsreichen Boden, der „nicht weniger, wenn nicht sogar mehr mit nicht nur religiösen, sondern auch gesellschaftlichen Problemen belastet“ sei als Mittelamerika¹²⁾.

Konnten das unterschiedliche Selbstverständnis und die teils sich überschneidenden, teils widerstreitenden Interessenlagen von Kirche, Staat und Opposition deutlicher zutage treten als im Vorfeld des Papstbesuches in Polen, der in einer postrevolutionären Phase stattfinden würde? Wie konnte die Kirche mit einigem Erfolg zwischen Staatsmacht und Bevölkerung vermitteln, wenn die Positionen so unvermittelbar waren? Regierung und Partei erhofften sich von der zweiten Reise des Papstes nach Polen einen entscheidenden Fort-

¹¹⁾ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. 2. 1983.

¹²⁾ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. 3. 1983.

schritt bei der „Normalisierung“ der politischen Lage, eine Erhöhung des nationalen und internationalen Prestiges der Regierung Jaruzelski und die endgültige politische Neutralisierung der Kirche in der polnischen Krise — durch denselben Papst, der auf vielfache Weise entscheidenden Anteil an der Politisierung von Gesellschaft und Kirche hatte.

Dennoch stellte sich die Frage, warum sich die Jaruzelski-Regierung auf die mit dem Papstbesuch zweifellos verbundenen Risiken einließ. Trotz der nach außen getragenen positiven Erwartungen sah die politische Führung ihm — eingedenk der Erfahrungen von 1979 — auch mit großem Unbehagen entgegen, beschwor er doch die Gefahr neuer Unruhe, oppositioneller Massenbewegungen und der Solidarisierung mit der „Solidarität“ herauf, die die Schritte zur „Normalisierung“ innerhalb weniger Tage zunichte machen konnte. Aber die Einladung an den Papst aus Polen war der Preis, der an die katholische Kirche zu zahlen war, für die besonnene Haltung des polnischen Episkopats vor und nach der Verhängung des Kriegsrechts und für ein Arrangement, das der polnischen Führung den einzigen authentischen Repräsentanten der Gesellschaft, der Nation, erhielt — einen „Partner“, ohne dessen moderierende und moderate Haltung in den latenten und manifesten Krisen Polens seit 1956 das Land praktisch nicht zu regieren ist, will man sich nicht nur auf Bajonetten ausruhen. Das war und bleibt ein „Pakt“ mit einer Kraft, die ihrer Ideologie nach „antisozialistisch“ (i. S. des marxistisch-leninistischen Sozialismus) ist, die man, da man sie nicht vernichten kann, wie die politische Opposition, an sich zu ziehen sucht.

Der ideologische Rückzug bis zum Papstbesuch wurde nirgends deutlicher als auf dem 12. Plenum des Zentralkomitees der PVAP

zwei Wochen vor der Ankunft des Papstes, auf dem die positive Rolle der katholischen Kirche in der tausendjährigen Geschichte Polens erstmals offiziell von einem kommunistischen Parteigremium derart uneingeschränkt gewürdigt wurde. Parteichef Jaruzelski sagte dazu in seiner Schlußrede vor dem ZK: „... heute gehört es noch einmal unterstrichen, daß wir den Sozialismus in einem Land mit einer tausendjährigen christlichen Tradition aufbauen, die stark verbunden ist mit der komplexen Geschichte von Nation und Staat, und mit einem tief verwurzelten und weit verbreiteten religiösen Glauben...“¹³⁾.

Die Klugheit der katholischen Kirche in Polen lag darin, die Gefahren der Vereinnahmung zu sehen und andererseits sich nicht gegen eine Zusammenarbeit mit den Behörden zu sperren, wenn es um die Stärkung bestimmter moralischer Grundwerte und die Erhaltung der Möglichkeiten der Kirche für die Verbreitung ihrer Lehre und der christlichen Werte geht, die zugleich das stärken sollen, was die Kirche unter der nationalen Substanz versteht, d. h. die geistige Abwehrkraft gegen den Atheismus und die leninistische Ideologie.

Die polnische Kirche erhoffte sich von der Papstvisite eine versöhnende Wirkung und eine moralische Aufrichtung der Gesellschaft. Papst und Kirche sorgten sich um die moralische und gesellschaftliche Destabilisierung, die die Gültigkeit der bisher von der ganzen Nation und allen gesellschaftlichen Schichten anerkannten Werte in Frage zu stellen drohte. — Die Opposition wünschte sich eine zumindest verschlüsselte moralische Unterstützung für ihren politischen Widerstand gegen die staatlichen Autoritäten und für die abwartende Haltung weiter Kreise der Intelligenz, die allgemein als innere Emigration bezeichnet wird.

IV. Mahnungen des Papstes zu Vertrauen und Versöhnung

Mit der Schlagzeile „Pilger der Hoffnung“ empfing die katholische Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“ den Papst in seiner Heimat¹⁴⁾. Im dazugehörigen Leitartikel beschrieb der Chefredakteur des Blattes den

psychischen Druck, der auf der achttägigen päpstlichen Reise nach Polen lastete: „Bei der

¹³⁾ Trybuna Ludu vom 3. 6. 1983.

¹⁴⁾ Tygodnik Powszechny, (19. 6. 1983) 25.

ganzen in unserem Lande traditionsreichen Treue gegenüber dem apostolischen Stuhl gab es in der Geschichte unserer Nation keine solche Situation, in der mit der Person des Nachfolgers Petri solch große Hoffnungen verbunden gewesen wären. In der Erwartung der Ankunft Johannes Pauls II. gibt es ein tiefes Bewußtsein der ungeheuren historischen Bedeutung dieses Ereignisses — und eben eine irgendwie schwer zu beschreibende große Hoffnung. Die erste Pilgerreise Johannes Pauls II. nach Polen war ebenfalls ein Ereignis von ungeheurer Bedeutung mit den bekannten weitreichenden Konsequenzen im Leben unserer Nation. Die gegenwärtige Pilgerreise wird trotz vieler Ähnlichkeiten ganz anders sein. Bloß vier Jahre sind seit der damaligen ersten Reise eines Papstes in unser Vaterland vergangen, gleichwohl kommt Johannes Paul II. in ein völlig anderes Land. Da ist zwar dieselbe Nation, dasselbe nationale und christliche Selbstbewußtsein, aber eine völlig andere gesellschaftspolitische Situation, ein anderes Bewußtsein der Gesellschaft, andere Erwartungen."

Noch am Vorabend seiner Polenreise hatte der Papst den religiösen Charakter des Besuches in seinem Heimatland bekräftigt. Er sprach die Hoffnung aus, „daß diese Pilgerreise der Wahrheit und Liebe, der Freiheit und der Gerechtigkeit, der Versöhnung und dem Frieden dienen möge“¹⁵⁾.

Der Papst traf am 16. Juni auf dem Warschauer Flughafen ein und wurde dort vom polnischen Staatsoberhaupt Jabłoński und Kardinal Glemp willkommen geheißen. Während Jabłoński in seinem Grußwort der Überzeugung Ausdruck gab, daß der Papstbesuch ein Beweis für die „weit fortgeschrittene Normalisierung des Lebens im Lande“ sei, setzte der Papst bereits mit seinen ersten Worten auf polnischem Boden einen anderen Akzent. Er führte u. a. aus: „Ich bitte die, die leiden, mir besonders nahe zu sein. Ich bitte darum im Namen der Worte Christi: ‚Ich war krank, und ihr besuchtet mich; ich war im Gefängnis, und ihr kamt zu mir‘. Ich kann nicht selbst alle Kranken, Gefangenen und Leidenden besuchen, aber ich bitte sie, daß sie mir im Geiste nahe sind.“¹⁶⁾

¹⁵⁾ Kathpress, (16. 6. 1983) 114.

¹⁶⁾ Tygodnik Powszechny, (26. 6. 1983) 26.

Bei seinem Zusammentreffen mit General Jaruzelski am nächsten Tag bekräftigte Johannes Paul II. seine Erwartung, daß die gesellschaftliche Erneuerung in Polen fortgeführt wird. Die Erneuerung gemäß den August-Vereinbarungen 1980 sei „unerläßlich“. Sie sei notwendig, um den guten Ruf Polens in der Welt aufrechtzuerhalten, aber auch um die innere Krise zu überwinden und um den Polen selber weitere Leiden zu ersparen¹⁷⁾. Besonderen Wert legte der Papst in seiner Ansprache vor den Regierungsvertretern auf die Wiederaufnahme des Dialogs in Polen, um dadurch den Frieden in der Gesellschaft sicherzustellen. Wo der Dialog zwischen Regierung und Volk fehle, da sei der soziale Friede bedroht oder sogar überhaupt nicht vorhanden. „Das ist wie ein Kriegszustand“, fügte der Papst hinzu¹⁸⁾.

Der Höhepunkt der Reise des Papstes war der Aufenthalt in Tschenstochau, auf dessen „Hellem Berg“ (Jasna Góra) seit 1382 ein Marien-Gnadenbild verehrt wird. Die 600-Jahr-Feier der Verehrung war der ursprüngliche Anlaß der Pilgerreise Johannes Pauls II. Die Ansprachen hier und in Kattowitz enthielten die stärksten politischen Akzente in der Reihe der zahlreichen päpstlichen Botschaften in den acht Tagen seiner Triumphfahrt durch Polen, die — mit unterschiedlichen Akzenten versehen — von einem tiefen Pathos geprägt waren. Der Papst — durch sein Charisma ein großer Menschenfänger — verband hier in Polen das christliche Evangelium und dessen weltumspannende (katholische) Geltung mit dem national-polnischen Sendungsbewußtsein in einer Weise, die nicht-polnischen Beobachtern unter den konkreten historisch-politischen Bedingungen Polens vielleicht gerade noch als vertretbar erscheinen konnte, wenn durch die besondere Hinwendung nach Polen nicht die anderen weltumspannenden Aufgaben der Kirche und des Papsttums vernachlässigt wurden¹⁹⁾.

In seinem „Appell von Jasna Góra“ rief der Papst die polnische Jugend zu „fundamentaler zwischenmenschlicher Solidarität“ auf. Er

¹⁷⁾ Ebd.

¹⁸⁾ Ebd.

¹⁹⁾ Vgl. D. Bingen, Allen etwas gegeben. Polen nach dem Papstbesuch, in: Herder-Korrespondenz, (1983) 8, S. 372—377.

stellte die Frage, warum die Freiheit für Polen einen so hohen Preis habe, und gab dann selbst die Antwort, daß gerade das, was etwas koste, einen Wert darstelle. Den Jugendlichen versicherte Johannes Paul II. abschließend, daß er ihre Leiden, ihre Schwierigkeiten, ihr Gefühl der Ungerechtigkeit und Demütigung, das Fehlen von Zukunftsaussichten „und vielleicht auch die Versuchung zur Flucht in irgendeine andere Welt“ kenne. Er forderte sie auf, sich davon nicht überwältigen zu lassen, denn „von Euch hängt das Morgen ab“²⁰⁾. In Kattowitz übte der Papst die direkteste Kritik an den politischen Zuständen in seiner Heimat. Hier gebrauchte er erstmals das Wort „Solidarität“ auf die verbotene Gewerkschaft bezogen und erinnerte an die Vatikan-Audienz für eine „Solidarität“-Delegation im Januar 1981²¹⁾.

Einen Tag vor Abschluß seiner Polenreise bestätigte der Papst in Krakau (22. Juni) seine Landsleute nochmals in ihrem „rechtmäßigen Kampf“ für Freiheit, Gerechtigkeit und Unabhängigkeit. Die Zusammenkunft mit Lech Wałęsa, über deren Zustandekommen seit Tagen gerätselt worden war, fand am selben Tag in der Hohen Tatra südlich von Krakau statt. Mit General Jaruzelski, der das grüne Licht für diese private Begegnung offensichtlich während der Unterredung mit dem Papst in Warschau gegeben hatte, traf der Gast aus Rom überraschend ein zweites Mal auf der Krakauer Königsburg zusammen. Das auf Wunsch des Generals anberaumte Gespräch galt vermutlich der Fortentwicklung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche in Polen und den zukünftigen Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und dem Vatikanstaat im Lichte der Ereignisse der letzten Tage.

Der Verlauf und die Ergebnisse der päpstlichen Visite konnten von der Regierung unge-

achtet der mit Überraschung und Befremden aufgenommenen scharfen Akzente mancher päpstlichen Botschaft und ungeachtet der bewußt einkalkulierten Manifestationen zugunsten der „Solidarität“ und der von der großen Mehrheit der Bevölkerung geteilten Werte als Bestätigung des von der Jaruzelski-Gruppe eingeschlagenen Weges zur „Stabilisierung“ und „Normalisierung“ der Verhältnisse in Polen bewertet werden, wie dies auch mittels der offensiv kommentierenden Regierungsverlautbarungen und der staatlich gelenkten Massenmedien geschah. Das Risiko des Papstbesuches auf sich zu nehmen, hatte sich für die Warschauer Führung zumindest kurzfristig gelohnt. Politisch bewegte sich hinsichtlich des vom Papst verlangten Dialogs mit den gesellschaftlichen Kräften, vor allem mit der Arbeiterklasse, nichts in Richtung Öffnung. Die Regierung bot dagegen den „Dialog“ mit den von der politischen Führung einseitig definierten und eingesetzten „Partnern“ an.

Schon seit der Begegnung zwischen Regierungschef Jaruzelski und Kardinal Glemp am 25. April 1982 war der Kirchenführung klar, daß es für die „Solidarität“ keinen Platz mehr in den gesellschaftlichen und politischen Strukturen Polens geben würde und damit auch zumindest für absehbare Zeit einer öffentlichen Rolle für den Gewerkschaftsführer Wałęsa die Basis entzogen war. Es lag nicht in der Macht des Papstes, die Grundsatzentscheidungen der polnischen Führung rückgängig zu machen. Deshalb entbehrte es auch der Logik, davon zu sprechen, daß Johannes Paul II. den Gewerkschaftsführer geopfert habe. Der Papst und die Kirche hatten ihn nicht zum Vorsitzenden der „Solidarität“ bestimmt oder Wałęsas Charisma aufgebaut, sie konnten ihn auch nicht opfern²²⁾, um eines Arrangements zwischen Kirche und Staat willen.

²⁰⁾ Die Botschaften des Papstes sind abgedruckt in: Tygodnik Powszechny, (26. 6. 1983) 26 und (3. 7. 1983) 27.

²¹⁾ Ebd.

²²⁾ Vgl. V. Levi, Onore al sacrificio, in: Osservatore Romano vom 25. 6. 1983.

V. Nach dem Papstbesuch: die „Normalisierung“ geht weiter

Vier Wochen nach der Rückkehr von Papst Johannes Paul II. nach Rom stellte sich die Frage, wem diese Reise diene, in neuer Aktualität. Am 21. Juli 1983 war das suspendierte Kriegerrecht in Polen aufgehoben worden. Auch wenn der Zusammenhang zwischen dem Papstbesuch in Polen und der Beendigung des Kriegerrechts nicht zu eng gesehen werden sollte, bleibt anzumerken, daß die politischen Entscheidungen der polnischen Führung in einer gesellschaftlichen Atmosphäre gefällt wurden, die von der Pilgerreise des Papstes geprägt war. Der politische Fahrplan der Machtstabilisierung von Regierung und Nomenklatura in Warschau traf sich günstig mit den Wünschen und Bedürfnissen der katholischen Kirche in Polen. Insofern kann doch eine direkte Verbindung zwischen dem seelsorgerisch motivierten Ereignis des Papstbesuchs und dem politischen Ereignis der Kriegerrechtsaufhebung hergestellt werden. Schließlich sollte der allenthalben konstatierte Zenith kirchlichen Einflusses in der polnischen Tagespolitik an den Einwirkungsmöglichkeiten auf die gesetzgeberischen Begleitmaßnahmen bei der Rückkehr Polens zur „Normalität“ gemessen werden können; denn an die Stelle des Kriegerrechts traten neue Sondergesetze.

Das erste Gesetzespaket wurde am 21. Juli 1983 unter dem umständlichen Titel „Gesetz über besondere juristische Regelungen im Zeitraum der Überwindung der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Krise sowie über die Änderung verschiedener Gesetze“ im Sejm verabschiedet. Die Sondergesetze schrieben insbesondere in den politisch sensiblen Bereichen der Betriebe, Schulen und Hochschulen manche Einschränkungen des Kriegerrechts fort oder verschärfen sie gar noch. Die meisten Bestimmungen wurden bis Ende 1985 befristet, können aber unter Umständen schon Ende 1984 vom Staatsrat, dem kollektiven Staatsoberhaupt, außer Kraft gesetzt werden²³).

²³) Ausführlicher dazu: D. Bingen, Polen nach dem Papstbesuch. Mit Sondergesetzen zurück zur Normalität, in: Herder-Korrespondenz, (1983) 9, S. 398 bis 400.

Im Verlauf der Sejm-Debatte hatte der Abgeordnete J. Zabłocki von der PZKS (Polnische Katholische Gesellschaftliche Vereinigung), die von den drei im Parlament vertretenen christlichen/katholischen Gruppierungen (PAX, ChSS, PZKS) noch am ehesten einen Zugang zur polnischen Kirchenhierarchie besitzt, bekanntgegeben, daß Primas Glemp brieflich erhebliche Bedenken gegen die Sonderregelungen geltend gemacht hatte²⁴). Dem Vernehmen nach trafen daraufhin Vertreter der Kirche und der Regierung noch dreimal zusammen, um über Abänderungen in dem Gesetzeswerk zu sprechen. Aufgrund der kirchlichen Interventionen wurde die Beratung und Verabschiedung einiger besonders umstrittener Teile der Sondergesetze, wie die Verschärfung des Strafrechts und des Zensurgesetzes, auf die Sejm-Sitzung am 28. Juli verschoben.

Den Einwendungen der katholischen Kirche gegen den Vorschlag der Regierung, Rekruten der polnischen Armee auch für den Dienst in den bewaffneten Einheiten der Miliz oder im Gefängniswesen einzusetzen, entsprach der Sejm und strich den betreffenden Gesetzesartikel. — Wo konnte das Versagen des polnischen Parlaments als demokratisches Kontrollorgan von Regierung und Behörden deutlicher zutage treten als in den entscheidenden Tagen vor dem 21. Juli 1983, als nicht der Sejm, sondern, wie so oft in den vergangenen dreißig Jahren, die katholische Kirche die Interessen der Gesellschaft vertrat. Die Kirche konnte hier Änderungen durchsetzen, verfügte aber nicht über die Macht, den Geist der Gesetze zu ändern, der von dem prinzipiellen Mißtrauen der Regierenden gegenüber den Regierten geprägt ist. Nun mochten Kirche und Gesellschaft hoffen, daß die Gesetze weniger strikt angewendet werden, als dies theoretisch möglich ist.

Es war symptomatisch für die zahlreichen polnischen Paradoxien, die in keinem anderen „sozialistischen“ Land vorstellbar sind, daß es J. Turowicz von der katholischen „Tygod-

²⁴) Diariusz Sejmovy. Sprawozdanie z 39 posiedzenia plenarego Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniu 20—21 lipca 1983 r., Nr. 8/83.

nik Powszechny" erlaubt war, in seiner Zeitung scharfe Kritik an den Sondergesetzen zu üben²⁵). Turowicz schrieb, die bis 1985 geltenden Sonderregelungen bedeuteten 900 lange Tage „eines schmerzlichen Übergangsstadiums“. Durch die Gesetzesänderungen bliebe eine Reihe von Beschränkungen des Kriegsrechts in Kraft. Neue Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten seien vorgesehen. Die Möglichkeit eines gewerkschaftlichen Pluralismus sei auf unbestimmte Zeit vertagt,

die Autonomie im höheren Bildungswesen, die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit würden beträchtlich eingeschränkt. Der einzige Weg zum gesellschaftlichen Frieden führe über den Dialog zwischen Macht und Gesellschaft, wie ihn der Papst während seiner Pilgerreise gefordert habe. In den vergangenen 585 Tagen des Kriegsrechts habe sich nur die Stimme der Macht und ihrer Anhänger Gehör verschafft. Das sei noch kein Dialog, schrieb Turowicz.

VI. Neue Schärpen zwischen Staat und Kirche im Herbst 1983

Nach einer gewissen atmosphärischen Entspannung im Zusammenhang mit dem Papstbesuch verschärfen sich im Herbst 1983 wieder die Reaktionen aus den Reihen der Partei auf die gesellschaftliche und ideologische Rolle der Kirche, wie in den Junitagen unübersehbar war. Dazu kam eine Verschlechterung der wirtschaftlich-sozialen Situation in Polen²⁶). Die neuen Spannungen veranlaßten die Kirche wiederum zu einer aktuellen Formulierung dessen, was sie im Interesse einer Entspannung der allgemeinen Lage für unerläßlich hielt.

So sahen sich die polnischen Bischöfe dazu verpflichtet, im Anschluß an ihre 197. Plenarkonferenz am 16. und 17. November 1983 in einem vorsichtig formulierten Kommuniqué über die aktuelle wirtschaftliche, soziale und politische Situation im Lande Klage zu führen²⁷). Die Bischofskonferenz machte die politische Führung Polens für die Verschlechterung der *wirtschaftlich-sozialen* Lage verantwortlich. Sie sprach sich gegen die geplanten Preiserhöhungen für 1984 aus und verurteilte die andauernde politische Repression. Der polnische Episkopat äußerte seine *seelsorgliche* Sorge über die um sich greifende Armut. Zu einer grundlegenden Verbesserung der wirtschaftlichen Lage konnte es nach Ansicht der Bischöfe nur durch die Wiederherstellung des Vertrauens und das Ende der politischen Unterdrückung kommen. In diesem

Kontext sprachen sich die Bischöfe für die Einstellung der politischen Prozesse gegen die KSS-„KOR“-Führung und „Solidarität“-Spitzenfunktionäre sowie für die Freilassung der politischen Häftlinge aus. Nicht erwähnt wurden in dem Kommuniqué die jüngsten Anschuldigungen der polnischen Führung und Massenmedien gegen katholische Gemeindepriester und Bischöfe. Die polnischen Bischöfe äußerten in ihrer Erklärung die Hoffnung, daß der umstrittene kirchliche Agrarfonds im nächsten Jahr seine Arbeit aufnehmen könne. Der durch Spenden der westlichen katholischen Kirchen und durch Beiträge westlicher Regierungen zu finanzierende Fonds soll der privaten Landwirtschaft, Handwerksbetrieben und dem Kleingewerbe zugute kommen und dort zur Selbsthilfe anregen²⁸).

Verdeutlicht wurden die Ursachen der Spannungen wenige Wochen vor dem Jahresende 1983 durch sich häufende Meldungen über neuerliche Versorgungsengpässe. Die erneuten Rationierungen von Butter und anderen Fetten seit November gaben dem allgemeinen Gefühl weiteren Auftrieb, daß Polen noch weit von einer stabilen Versorgung entfernt war und daß der Winter eine neue Herausforderung an die Geduld der Bevölkerung stellen würde. Dazu kam die rigorose Preispolitik der Regierung, die — begleitet von einer konsequenten Wirtschafts- und Reformpolitik — durchaus Sinn machen würde und prinzipiell eine Notwendigkeit zur Entlastung des aufge-

²⁵) Tygodnik Powszechny (31. 7. 1983) 31.

²⁶) Vgl. D. Bingen, Winter in Polen, in: Herder-Korrespondenz, (1984) 1, S. 12—15.

²⁷) Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 21. 11. 1983.

²⁸) Agence France Press vom 18. 11. 1983.

blähten Staatshaushalts darstellte. Da aber die Ziele der Wirtschaftspolitik und der Preisreform seit 1982 im wesentlichen verfehlt wurden²⁹⁾, erfahren weite Kreise der Bevölkerung, insbesondere junge Familien und Rentner, die Effekte der Wirtschaftspolitik als Pauperisierung. Die soziale Differenzierung nimmt zu. Unruhe und Verbitterung in der Bevölkerung schwollen im Spätherbst 1983 ebenfalls an.

Wie ernst die Regierung die Situation einschätzte, ging aus einem vertraulichen Brief des Amtschefs im Büro des Ministerrats hervor. In dem Schreiben wurde eine Zunahme der öffentlichen Unzufriedenheit im Zusammenhang mit dem unlängst veröffentlichten Entwurf über Preiserhöhungen zum Jahreswechsel festgestellt. Dies bedeute eine „ernste Gefährdung der gesellschaftspolitischen Lage“. Deswegen sollten alle Entscheidungen unterbleiben, die hier verschärfend wirken könnten; dazu gehörten nach diesem Schreiben: Beschränkungen bei der Versorgung des Marktes, Veränderungen der Arbeitsbedingungen, disziplinarische Maßnahmen, scharfe Erklärungen in unpopulären Fragen. Ausdrücklich sollten auch „Konflikte mit Mitgliedern der Kirche“ vermieden werden³⁰⁾.

Im Oktober und November 1983 hatte die offiziell führende politische Kraft der Volksrepublik Polen, die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei, in zwei Plenarsitzungen des Zentralkomitees Antworten auf die drängendsten *politisch-ideologischen* und *wirtschaftlichen* Fragen an der Jahreswende 1983/84 gesucht. Die Vorschläge zur Überwindung der Krisenerscheinungen fallen in dem Exekutivorgan der polnischen Kommunisten anders aus als die Mahnungen der nicht direkt politisch agierenden katholischen Kirche. Das ist selbstverständlich. Festzuhalten bleibt aber, daß sowohl von der politischen Elite als auch von der Kirchenführung die zwei Hauptprobleme, die schließlich nach der Einführung des Kriegsrechts nach offizieller Lesart bald prinzipiell geregelt werden sollten, weder als

geregelt noch in absehbarer Zeit als überwindbar erachtet wurden.

Die von der Jaruzelski-Gruppe erstrebte politische und ideologische Stabilisierung Polens steht noch aus. Von einer ganz anderen Seite kritisiert auch die katholische Kirche in Hirtenbriefen und Kommuniqués die *anormale politische Situation* im Lande. Die Vorsicht der Bischöfe, die sich in dem erwähnten Kommuniqué darin ausdrückte, daß sie mit keinem Wort auf die Einleitung von Strafverfahren gegen einzelne politisch aktive Priester eingingen, war sicher auch diktiert von dem Bemühen, die labile Situation nicht noch zusätzlich anzuheizen, und von der Befürchtung, selbst als Institution zunehmend in die Schußlinie der offiziellen Propaganda zu geraten. Es ist nicht die Angst vor einer generellen Repressionspolitik gegenüber der Kirche, die zudem erfolglos bleiben müßte und im Gegenteil die Kirche weiter von innen stärken würde, sondern die Furcht vor einer selektiven Vorgehensweise der Staatsorgane im Verhältnis zur katholischen Kirche, die ihre Einheit und Macht bedrohen könnte³¹⁾.

Genügte es nicht, daß sich die polnische Regierung über 69 „extremistische“ Geistliche bei Kardinal Glemp beschwert hatte und den Primas aufforderte, ihre Tätigkeit zu zügeln? Religionsminister A. Łopatka soll in seinem 16 Seiten umfassenden Schreiben an Glemp auch zwei Bischöfe, Tokarczuk aus Przemyśl und Kraszewski aus Warschau, namentlich genannt haben. Zudem seien Priester aufgeführt worden, gegen die eine Untersuchung wegen „Mißbrauchs der Religionsfreiheit zum Schaden der Volksrepublik“ eingeleitet wurde: u. a. der Beichtvater von L. Wałęsa, H. Jańkowski, und der Vikar J. Popieluszko von der Stanisław-Kostka-Kirche in Warschau³²⁾. Daß die Behörden den Konflikt mit der Kirche aber nicht unbedingt suchen und vorsichtig taktieren, machte folgendes Beispiel aus der jüngsten Zeit deutlich: Der besagte Vikar Popieluszko konnte am Barbara-Tag (4. Dezember 1983) ungestört vor vielen tausend Gläubigen in seiner Pfarrkirche die

²⁹⁾ So der Wirtschaftssekretär des ZK, Manfred Gorywoda, im Rechenschaftsbericht des Politbüros auf dem 14. ZK-Plenum der PVAP (18.—19. 11. 1983), vgl. Trybuna Ludu vom 19./20. 11. 1983.

³⁰⁾ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. 12. 1983.

³¹⁾ Ausführlicher dazu: D. Bingen, Polen: Kirche unter Druck, in: Herder-Korrespondenz, (1983) 5, S. 202—204.

³²⁾ Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 21. 11. 1983.

Messe lesen, nachdem zwei Tage zuvor Vertreter des Sicherheitsdienstes vergeblich versucht hatten, ihm eine gerichtliche Vorladung für denselben Tag auszuhändigen. Der Vikar erinnerte in der Messe an die Ideale der „Solidarität“. Er beschwor die Freiheit, für die es nicht nur zu beten, sondern auch zu kämpfen gelte. Zwei oberschlesische Bergarbeiter überreichten dem Priester ein Kreuz aus Steinkohle, eine Erinnerung an die Opfer, die es in den ersten Tagen nach der Verhängung des Kriegszustands unter streikenden Grubenarbeitern gegeben hatte. Schon seit Wochen lösten sich Arbeiter bei der Bewachung des Priesters ab und lagerten auf Schlafsäcken im Flur des Gemeindehauses³³). Wenn es die Behörden auf eine Kraftprobe anlegten, wäre es ihnen ein Leichtes gewesen, das Problem des „extremistischen“ Priesters und seiner „Leibgarde“ zu lösen.

Die politisch engagierten Priester bringen nicht nur die Behörden in eine mißliche Lage, wenn sie einer direkten Konfrontation mit der Kirche aus dem Wege gehen wollen, sie verlangen auch von der Kirchenführung Solidarität gegenüber einer sehr heterogenen Priesterschaft. Glücklicherweise ist der polnische Episkopat, zumindest seine überwältigende Mehrheit, über die „Solidarität“-Priester sicher nicht, zumal sich die Kirche seit Herbst 1983 einem schärferen Wind in den Massenmedien und von der Basis der PVAP, soweit sie überhaupt aktiv war, ausgesetzt sah.

Das den ideologischen Grundproblemen der polnischen Kommunisten gewidmete 13. Plenum des Zentralkomitees der PVAP (14./15. Dezember 1983) gab einige Hinweise dar-

auf, was Polens Kommunisten an der Kirche am meisten mißfällt. Zahlreiche Stimmen aus dem Parteivolk verlangten eine härtere Gangart gegenüber Kirchenkreisen, die sie als kämpferisch antikommunistisch empfanden. Ein als privater Landwirt bezeichnetes Mitglied des ZK klagte mit bewegten Worten über den aggressiven Ton, den manche Landpfarrer neuerdings gegenüber in der Gemeinde bekannten Parteimitgliedern anschlugen. Es komme vor, daß Geistliche von der Kanzel herab fragten, wieso sich in der Kirche Kommunisten befänden, die das Parteibuch in der Tasche trügen. Im offiziellen Referat des Politbüros fanden sich vergleichbar scharfe Töne gegen die Kirche nicht. Im Gegenteil unterstrich der Sprecher des ZK, Politbüromitglied J. Czyrek, daß in Zukunft auch Katholiken stärker bei der Vergabe von verantwortungsvollen Positionen im Staatsdienst berücksichtigt werden sollten³⁴). Ob die kritischen Stimmen zum Thema Kirche „bestellt“ waren oder nicht, der Parteiführung konnten sie zumindest willkommen sein. Mit ihnen ließen sich gegenüber der Kirchenhierarchie strengere Maßnahmen gegen unbequeme Ortsgeistliche begründen, die nach Ansicht der Kommunisten den Rahmen zugestandener kirchlicher Freiheit weit überschritten. Die Bedeutung der ZK-Kritik an „kämpferischem Klerikalismus“ und „Mißbrauch der Religion für politische Zwecke“ für das zukünftige Verhältnis zwischen Staat und Kirche sollte nicht überbewertet werden. Die Partei mußte nach dem Papstbesuch — nicht zuletzt gegenüber der Sowjetunion und der kommunistischen Weltbewegung — demonstrieren, daß sie noch Ideologieträger ist und nicht abgedankt hat.

VII. Atmosphärische Entspannung an der Jahreswende 1983/84

Ausschlaggebend für das weitere Verhältnis zwischen Kirche und Staat blieb das beiderseitige Interesse an einer Fortsetzung der Kontakte und an Ergebnissen, die einen Abbau der gesellschaftlichen Spannungen fördern könnten.

So wurde für den 5. Januar 1984 das seit langem geplante und immer wieder verschobene Treffen zwischen Kardinal Glemp und General Jaruzelski anberaumt³⁵). Die letzte Begegnung hatte am 6. Juni 1983 unmittelbar vor dem Papstbesuch stattgefunden. Die lange

³³) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. 12. 1983.

³⁴) General-Anzeiger (Bonn) vom 17. 10. 1983.

³⁵) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. 1. 1984.

Pause hatte mehrere Gründe: Unsicherheiten und Meinungsverschiedenheiten auf seiten der Regierung und Partei, die auf dem Ideologie-Plenum der PVAP im Oktober 1983 und in Polemiken der Massenmedien zum Ausdruck kamen, spielten hier eine Rolle. Welche Bedeutung sollte und konnte man der Kirche zugestehen? Wie war mit dem wachsenden „Klerikalismus“ umzugehen? Noch in der letzten Dezember-Ausgabe der Wochenzeitung „Polityka“ hatte der stellvertretende Premier M. Rakowski einen scharfen Angriff auf Primas Glemp veröffentlicht³⁶⁾. Rakowski beschuldigte die katholische Kirche, mit ihrem Schweigen zu den Ereignissen im Jahre 1981 die Verhängung des Kriegsrechts heraufbeschworen zu haben. Der Primas habe noch zuletzt die verbotene „Solidarität“ und den Arbeiterführer Wałęsa gegen seine, Rakowskis, Bezeichnung der Gewerkschaft als destruktive Kraft in Schutz genommen. Wenn die „moralischen Autoritäten“ — gemeint ist die katholische Kirche —, die heute die Regierung kritisieren, 1981 die Anarchie und deren Boten mit Entschiedenheit verurteilt hätten, wäre dem Lande die Verhängung des Kriegszustands erspart geblieben.

In dieser auch durch persönliche Betroffenheit und Dünnhäutigkeit emotionalisierten Situation lenkte General Jaruzelski schließlich ein, zumal er in der sehr kritischen wirtschaftlichen und sozialen Situation neue Konflikte mit der Kirche vermeiden wollte. Erleichtert wurde der Schritt auf die Kirche zu durch den Primas, der, um die seit Herbst 1983 verhärtete Situation nicht weiter zu verschärfen, in seinem ersten Konzept der Weihnachtsbotschaft die Priester ermahnte, auf politisches Engagement zu verzichten³⁷⁾. Aufgrund des negativen Echos im Klerus mußte er die Mahnung jedoch abschwächen, bevor sie auf den Kanzeln verlesen wurde³⁸⁾. Die Regierung aber hatte, ohne von der bevorstehenden Korrektur zu wissen, eine Konzession gemacht, indem sie dreißig politischen Häft-

lingen über die Weihnachts- und Neujahrstage Hafturlaub gewährte.

Im Anschluß an die fünfstündige Unterhaltung zwischen General Jaruzelski und Kardinal Glemp wurde ein Kommuniqué veröffentlicht, wonach die wichtigsten Entwicklungen des vergangenen Jahres besprochen worden seien. Beide Seiten bewerteten den Papstbesuch vom letzten Juni positiv und sprachen sich für die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen Polen und dem Vatikan aus. Ihrer gemeinsamen Sorge über die Aufrüstung gaben sie in einer langen Passage Ausdruck. Durch die Dreikönigspredigt Glemps am folgenden Tag verfestigte sich der Eindruck, daß hier der Primas seinem Gastgeber einen Wunsch erfüllt hat. In der Predigt warf er „europäischen Ländern mit langer katholischer Kultur“ vor — hiermit konnten nur westeuropäische Länder gemeint sein —, sie strotzten von tödlichen Waffen. Nach diesem Kommuniqué verstärkte sich in Warschau der Eindruck, daß die polnische Regierung zunehmend darauf dringt, mit dem Vatikan diplomatische Beziehungen aufzunehmen, auch wenn das Kommuniqué keinen direkten Bezug darauf nahm. Die katholische Kirche wiederum sorgte sich um das Schicksal der elf Aktivisten der „Solidarität“ und des Komitees zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung — „KOR“ in der Untersuchungshaft. Sie bemüht sich um eine Haftentlassung der wichtigsten politischen Gefangenen der Regierung unter noch zu klärenden Bedingungen. Insbesondere erwartet die Kirche aber endlich die Billigung des geplanten Landwirtschaftsfonds durch die Behörden³⁹⁾.

Am Anfang des Jahres 1984 stehen Kardinal Glemp und Regierungschef Jaruzelski unter dem Druck von Kräften, die mehr Konfrontation verlangen. Beide müssen diesem Druck bisweilen nachgeben, wie es die letzten Monate und Wochen bewiesen. Anscheinend sind aber Kirchenführung und Regierung darum bemüht, zu einem Modus vivendi zu kommen, der offenlegen würde, daß noch nicht alle Chancen für einen neuen „Dialog“ vertan sind.

³⁶⁾ M. F. Rakowski, Spotkanie w stoczni, in: Polityka, (31. 12. 1983) 53.

³⁷⁾ Die erste Fassung der Weihnachts- und Neujahrsbotschaft des Primas ist abgedruckt in: Kierunki, (Weihnachten 1983) 52, S. 1 und 2.

³⁸⁾ Die korrigierte Fassung findet sich in: Tygodnik Powszechny, (25. 12. 1983) 52, S. 1 und 2.

³⁹⁾ Dazu auch: A. Nacken, Ist der Schuh zu groß für die Kirche? Das Hilfsprogramm für die polnische Landwirtschaft und die Chancen seiner Verwirklichung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. 1. 1984.

VIII. Schlußbetrachtung

Die letzten zwei Jahre sind an der katholischen Kirche nicht spurlos vorübergegangen. Ihr seelsorgerisches Selbstverständnis ist einer harten Prüfung, Verständnislosigkeit und Anfeindungen von verschiedenen Seiten ausgesetzt. Zwar ist sie nun wieder — wie vor der Zeit der „Erneuerung“ 1980/81 — einzige moralische Institution für eine politisch desillusionierte Nation. Ihr religiöses Gewicht hat in der allgemeinen Perspektivlosigkeit sogar noch zugenommen. Aber die Stellungnahmen ihrer Bischöfe zur politischen Lage sind nicht nur für die eine Seite politisch verwertbar. Sie sind insbesondere im Klerus und in der politischen Opposition umstritten.

Die „Solidarität“ war seinerzeit zwar moralisch von der Kirche unterstützt und mit kirchlichen Beratern versehen worden. Andererseits läßt die katholische Kirche sich als Glaubensgemeinschaft nicht vollständig in das Weltliche einbinden. In einem bemerkenswerten Artikel räsonierte der international bekannte Soziologe J. Szczepański über die delikate Situation der Kirche, indem er ausführte: „Man muß jedoch daran erinnern, daß sie eine katholische oder allumfassende Kirche ist und sich ihre Interessen nicht vollständig mit den Interessen der polnischen Nation decken, daß sie ungeachtet ihres ganzen Engagements in den polnischen Angelegenheiten auf die eigenen Interessen achten muß, die sich aus ihrer Universalität und ihrem Engagement in vielen Kontinenten, Ländern und politischen Systemen ergeben ... Außerdem: ‚Mein Reich ist nicht von dieser Welt‘. Die Kirche muß folglich weit in die Zukunft blicken, gleichzeitig jedoch mit aktuellen Kräftekonstellationen rechnen, und kann sich nicht vollständig engagieren, weder zugunsten der Macht, noch zugunsten der ‚Solidarität‘ oder der Opposition. Sie muß alle Vorschläge abwägen unter dem Gesichtspunkt, was wesentlich für ihre grundlegenden Funktionen ist ...“⁴⁰⁾.

⁴⁰⁾ J. Szczepański, *Alternatywy*, in: *Odra*, (1982) 1—8, S. 6—9.

Was kann die Kirche also in einer Zeit bewirken, da wirtschaftliche und soziale Spannungen in Polen weiter zunehmen werden, von der Regierung der „wirkliche Dialog“ fortgesetzt verweigert wird und Resignation über das Gefühl, daß es keinen wirklichen Ausweg aus der Krise gibt, weite Kreise der Bevölkerung, insbesondere die Jugend, erfaßt? Die Hirtenbriefe und Kommuniqués der polnischen Bischöfe, dazu punktuelle diplomatische Interventionen, um das „Schlimmste“ zu verhüten, zeigen wahrscheinlich den einzig gangbaren Weg für die Kirche als Institution. Dazu gehört auch die praktische Solidarität mit der Bevölkerung. Ob diese Solidarität so weit gehen sollte wie bei den politisch aktiven Priestern, wird auch in Zukunft im polnischen Episkopat umstritten bleiben. Zugleich werden sich Polens Bischöfe aber weigern, als verlängerter Arm der staatlichen Behörden zu dienen und politische Unbotmäßigkeit an der Kirchenbasis autoritativ zu unterbinden.

Bei allem religiösen und moralischen Einfluß muß heute, in der Nach-„Solidarität“-Zeit, die Machtlosigkeit der katholischen Kirche auffallen, die politischen Verhältnisse in Polen sichtbar zu bewegen. Kurzfristig ist sie keine systembedrohende Gefahr. Eher trägt zumindest die Kirchenhierarchie durch ihren spezifischen Realismus unter bestimmten Bedingungen zu einer Stabilisierung des Systems bei, ohne die Ursachen seiner Schwäche beheben zu können oder zu wollen. Der Verlauf des Papstbesuchs, die ausgebliebenen Folgen im Sinne einer Öffnung des politischen Systems und die jüngsten Arrangements zwischen Kirche und Staat bestätigen die komplexe Rolle der katholischen Kirche eindrucksvoll. Da sie als authentische, gesellschaftliche Gestaltungsfunktion ausübende Kraft der polnischen Nation, die von Regierung und Partei respektiert werden muß, auf unabsehbare Zeit Monopolist bleiben wird, hat sie eine Schwächung ihrer Position infolge kurzfristiger politischer Enttäuschungen nicht zu fürchten.

Wirtschaftspolitik und wirtschaftliche Entwicklung in der Volksrepublik Polen

Polen geriet 1980 bis 1982 in die Schlagzeilen der Weltpresse, weil das Land politisch und ökonomisch eine für ein sozialistisches Land ganz ungewöhnliche Entwicklung durchmachte. Die folgenden Fakten sind allgemein bekannt:

- wirtschaftlicher Niedergang (seit 1979 negative Wachstumsraten des Nationaleinkommens), der sich 1980/81 rasch beschleunigte;
- Arbeiterunruhen im August 1980, Gründung der freien Gewerkschaft „Solidarność“

unter Führung von Lech Walesa, der auch im Westen zu einer Art Symbolfigur wurde;

- langanhaltender, dramatischer Machtkampf zwischen Solidarność und der in einer bis dahin für unvorstellbar gehaltenen Weise in die Enge getriebenen Partei und Erklärung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981.

Nach diesen dramatischen Ereignissen wird man sich fragen, woher eine solche Entwicklung kommt, die in so krasser Form anderen Ostblockstaaten bisher erspart blieb.

I. Die Eröffnungsbilanz Jaruzelskis

Diese Bilanz besteht im wesentlichen aus zwei sehr verschiedenen, aber gleichermaßen gescheiterten Entwicklungsstrategien, zahlreichen Reformexperimenten und einer Partei, die sich um jeden Vertrauenscredit bei der Bevölkerung gebracht hat.

1. Stalinistische Entwicklungsstrategie

Bis in die Mitte der sechziger Jahre entsprach das wirtschaftspolitische Leitbild ziemlich genau dem, was man „stalinistische Entwicklungsstrategie“ nennen könnte, d. h. der Versuch einer Forcierung der Industrialisierung, insbesondere Förderung der Schwerindustrie, durch Etablierung eines streng zentralistischen und dirigistischen Sowjetsystems, das sich zunehmend als Wachstumsbarriere erwies wegen:

- eines extensiven Wachstums¹⁾ und Hangs zur Überinvestition,
- der Inkaufnahme von Disproportionen und Wachstumskonflikten mit der Bevölkerung,

¹⁾ Wird Wachstum erreicht durch vermehrten Einsatz von Arbeit und Kapital, so spricht man von „extensivem Wachstum“. Wird es durch Steigerung der Produktivität (Intensität) des Faktoreinsatzes erzielt, spricht man von „intensivem Wachstum“.

- einer ungenügenden Ausnützung von Stimulierungsmöglichkeiten und anderen ökonomischen „Hebeln“,

- der Last einer unelastischen Planungs- und Lenkungsbürokratie.

Im zentralistischen System einer Befehls- oder Kommandowirtschaft obliegt den Ministerien auch die operative Leitung und Überwachung der *Plandurchführung*, was man auch „Lenkung“ nennt. Die güterwirtschaftliche Lenkung der Betriebe erfolgt über die Festlegung von Planaufgaben, Normen, Direktiven, Zuteilung von Rohstoffen, Kontrolle von Berichten, Bilanzen usw. Das System funktioniert in den Lehrbüchern gut, in der Realität aber schlecht. Die zentralen Organe werden systematisch belogen, es ist kaum möglich, Leistungsanreize sinnvoll einzubauen²⁾, das Prinzip der Planerfüllung führt zur Legalisierung und Zementierung von Fehl-

²⁾ Die Arbeitsproduktivität war in Polen stets erschreckend gering. Nach den Unruhen sank sie 1981/82 auf ein Niveau von etwa 30 bis 35 % des Niveaus westlicher Industrieländer. Vgl. H.-F. Ruwe, Weltwirtschaft im Jahreswechsel 1982/83, Polen, in: Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Februar 1983.

entscheidungen der Zentrale und die Betriebe können sich mit dem Argument, sich plankonform verhalten zu haben, jederzeit exkulpieren. Im Grunde läuft wenig so, wie es laufen soll, und niemand ist wirklich verantwortlich zu machen. Das System geht außerdem maßlos verschwenderisch mit Material, Investitionsmitteln und der Opferbereitschaft der Bevölkerung um.

Es ist plausibel und empirisch nachweisbar, daß sich die Planer an Planerfüllungswerten der Vergangenheit orientieren. Dadurch entsteht eine Tendenz, kontraindiziert zu reagieren³⁾. Überreaktionen der Planer, aber auch der Bevölkerung führen dazu, daß das System von Zeit zu Zeit aus den Fugen gerät und neu zusammengefügt wird. Das Problem ist nämlich:

— Es gibt kein in sich widerspruchsfreies System, von Kennziffern ("Parametern" usw.) und es ist ein typisch bürokratisches Vorurteil, durch Vorgaben von oben allein etwas bewegen und planwidriges Verhalten a priori ausschließen zu können.

— Aus diesem Grunde wird am Lenkungssystem permanent herumreformiert. Das Wirtschaftssystem versucht sich durch ständige Reformen und Re-Reformen im Bereich der Organisation und Erfolgsbeurteilung der Betriebe zu stabilisieren. Dadurch soll auch immer wieder eine Euphorie erzeugt werden und das Bewußtsein, eine völlig neue, bessere Etappe im Aufbau des Sozialismus zu beginnen.

2. Giereks Entwicklungsstrategie

Anders als später bei der Machtergreifung der Militärs 1981 war es 1970, als Gierek an die Macht kam, sehr viel einfacher zu sagen, worin das grundsätzlich Neue dieser Etappe bestand. Die ersten Jahre (bis etwa 1973/74) waren eine Zeit durchweg positiver Wirtschaftsergebnisse in allen Bereichen, verbreiteter Wachstumseuphorie und optimistischer Erwartungen. Auch im Westen waren viele

³⁾ Vgl. P. v. d. Lippe/H. D. Westerhoff, Die Kapitalbildung in Polen. Eine ökonomische Studie, in: Working Papers des Osteuropa-Instituts München, 1982, und dies., Ein ökonomisches Modell des Investitionsprozesses in der Volksrepublik Polen, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 1983, S. 211 ff.

auf Entspannung, Fortschritt und Machbarkeit der Konjunktur eingeschworene Politiker hellauf begeistert.

Es wird berichtet⁴⁾, daß Gierek, der schon vor seiner politischen Karriere oft im westlichen Ausland war, beobachtet haben soll, wie fleißig, strebsam und zuverlässig dort die emigrierten Polen an westlichen Maschinen arbeiteten, und wie dynamisch, anpassungsfähig und gewandt sie sich im westlichen Geschäftsleben bewegten, während ihnen im eigenen Land eben diese Eigenschaften fehlten. Er folgerte daraus, daß das Land westliche Maschinen benötige, am Weltmarkt in Konkurrenz treten sollte und daß durch eine grundlegende Modernisierung der berühmte „take off“ aus einem Entwicklungs- oder Schwellenland in ein Industrieland zu schaffen sei.

Der Investitions-Boom der Gierek-Ära war eine Konsequenz der Entdeckung des Konsums und des Außenhandels als Wachstumsfaktoren. Die neuen Prioritäten waren: Anhebung des Lebensstandards, Import westlicher Technologie und Modernisierung in der Erwartung, daß die dadurch gestiegene Leistungsfähigkeit über wachsende Exporte die Verschuldung wieder auffangen werde (man zog einen Wechsel auf die Zukunft).

Aber: Die erwarteten Erfolge traten nicht ein, Investitionsausgaben, Löhne und auch Preise stiegen, der Einkommenseffekt der Investitionen war groß, aber ihr Kapazitätseffekt gering. Das Ergebnis war ein inflationärer Prozeß von einer Intensität, wie er in Ostblockländern bisher noch nicht beobachtet wurde. Inflationsursachen waren vor allem die (angesichts der Produktionskapazitäten und Vermarktungsbedingungen) weit überzogenen Investitionsaufwendungen⁵⁾ und die Lohn-Preis-Spirale. Die „Überinvestition“ (Investi-

⁴⁾ Z. Sadowski, Reforma gospodarcza-motywy i bariery, in: Gospodarka Planowa (GP), (1982) 5, S. 161.

⁵⁾ Wir haben bereits im Januar 1974, während der „Gierek-Boom“ auch den Westen beflügelte, darauf hingewiesen, daß die Wachstumsrate der Investitionen die gleichgewichtige (nach dem Modell von Harrod) Rate bei weitem überstieg und zu erwarten sei, „daß bald wieder... eine Übernachfragesituation entsteht“; vgl. P. v. d. Lippe/R. Peterhoff, Polens Wirtschaft heute, Hessische Landeszentrale für politische Bildung, 1974.

tionsquoten von weit über 30% des Nationaleinkommens) war faktisch eine Vergeudung westlicher Kredite. Aber die Inflation wurde, ähnlich wie im Westen, zunächst verharmlost: „Wenn wir die Anreizfunktion der Löhne voll für eine dynamische Entwicklung ausnutzen wollen, so können wir nicht gleichzeitig ein Primat der Konstanz des Preisniveaus befürworten.“⁶⁾

Schon 1975 war auch deutlich erkennbar, daß die Löhne erheblich stärker stiegen als geplant und es die Produktivitätssteigerung er-

laubte. Hinzu kam, daß das Normen- und Lohndifferenzierungssystem enorm kompliziert und ungerecht geworden war. Es gab hohe Ausfallzeiten und gleichzeitig Überstundenbezahlung, so daß faktisch eine „Doppelbezahlung der geplanten Arbeitseffekte“ vorlag⁷⁾.

Die beschriebenen Prozesse wurden zudem durch ein Dezentralisierungs-Reformexperiment, das WOG-Experiment⁸⁾, beschleunigt, und sie sind in den beiden folgenden Abbildungen erkennbar:

Abb. 1:

Wachstumsraten (in %) des erzeugten Nationaleinkommens (Y) und der Investitionsaufwendungen (I) in Polen.

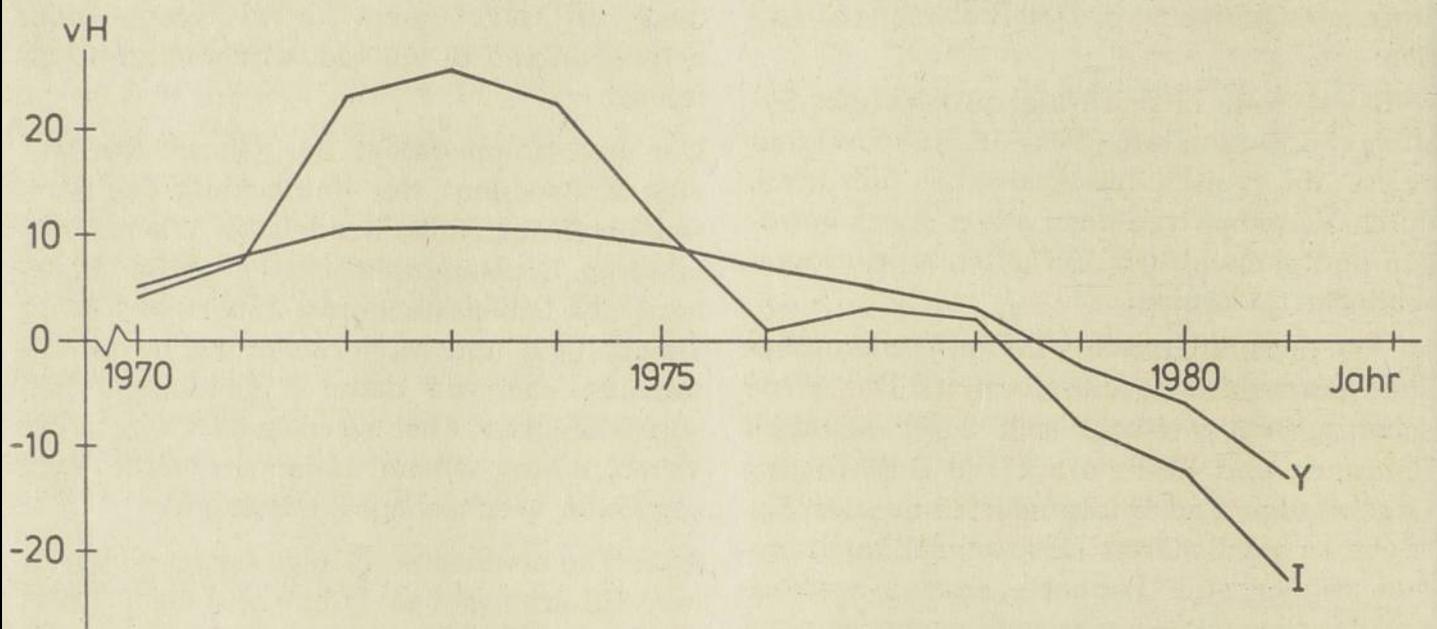
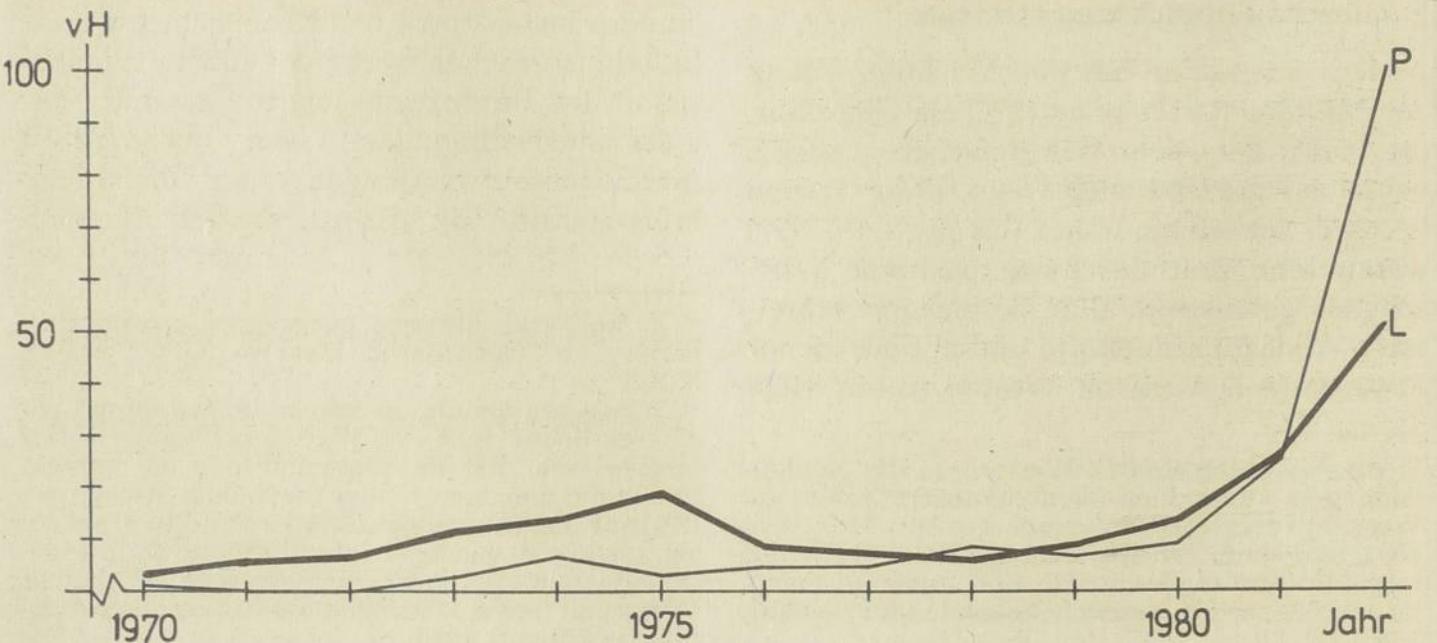


Abb. 2:

Wachstumsraten (in %) des Preisindex für die Lebenshaltung (P) und der durchschnittlichen Netto-Nominallöhne in der vergesellschafteten Wirtschaft (L) in Polen.



Im Grunde liegt dem Fehlschlag der Politik Giereks eine fundamentale Irreleitung des ökonomischen Denkens zugrunde, die übrigens in unserem eigenen Lande auch verbreitet war (und ist) und die uns viel Geld gekostet hat: die totale Verdrängung des Denkens in Kosten-, Gleichgewichts- und Stabilitätskategorien zugunsten von Wachstums- und Verteilungszielen⁹⁾. Inflation, Verschuldung, außenwirtschaftliches Ungleichgewicht werden zunächst nicht als Gefahr gesehen; sie führen dann aber zu einer progressiven Einengung des politischen Handlungsspielraums und gefährden schließlich die ursprüngliche Legitimation dieser Politik, weil Wachstum, Vollbeschäftigung und Verteilungsgerechtigkeit immer teurer erkaufte werden müssen. Aufgrund der politischen Strukturen werden die mit dieser Politik verbundenen Schäden in einem sozialistischen Land allerdings schnell gigantisch, und ein Umdenken in der Ökonomie ist mit sehr viel gewaltvolleren politischen Erschütterungen verbunden als bei uns.

Es kamen einige ungünstige außenwirtschaftliche Faktoren hinzu (Olpreisschocks), aber die Probleme waren doch weitgehend „hausgemacht“. Die Annahme, auf diese Weise zu einer exportfähigen Industrie zu gelangen und durch Verschuldung aus dem Teufelskreis von niedrigen Reallöhnen und Stagna-

tion ausbrechen zu können, war, kurz gesagt, eine Fehlkalkulation. Am Schluß mußten teuer im Westen erworbene Anlagen „eingefroren“ oder „reexportiert“ werden. Es ist schwierig, sich eine wirkungsvollere Art der Verschwendung des Volksvermögens vorzustellen.

Zur Fehlspekulation im industriellen Bereich kam auch eine solche in der Landwirtschaft hinzu¹⁰⁾. Man wollte aus der archaisch anmutenden Agrarstruktur (Vorherrschen privater Kleinstbetriebe mit 4 bis 5 ha) ausbrechen und — mit der Starthilfe westlicher Kredite — mit Schweine- und Kalbfleischexport großen Stils (industriell arbeitenden Großfarmen) auf dem Weltmarkt Fuß fassen, ohne Rücksicht auf die heimische Futtermittelbasis. Obwohl Polen bereits seit 25 Jahren Getreide importiert, beschleunigte dieses Verfahren die Verschuldung noch erheblich¹¹⁾, denn etwa die Hälfte der Primärverschuldung Polens im Westen stammt aus Getreide- und Futtermittelimporten. Um die Fehlentwicklung zu korrigieren, mußte dann erneut die Landwirtschaft durch Kürzung von Importen und Investitionen Opfer bringen, weil man (vermutlich zu Recht) eher von der Grundstoffindustrie als von der Landwirtschaft einen Beitrag zur außenwirtschaftlichen Gesundung des Landes erwartete.

Bereits Mitte der siebziger Jahre traten Schwierigkeiten bei der Realisierung des übermäßigen Investitionstempos auf. 1979 sank das Nationaleinkommen um 2,3% (vgl. Abb. 1), die Produktion der Landwirtschaft um 8%. Die Auslandsverschuldung und der Zugang zu Krediten aus dem Westen wurde zum Problem. Inflation und drohende, noch größere Preissteigerungen durch eine Preisreform führten schließlich zu den Arbeiterunruhen im August 1980, in der bekanntlich die Gewerkschaft „Solidarność“ (Solidarität) entstand.

Mit der unruhigen Zeit des Machtkampfes zwischen Solidarność und der Regierung beschleunigte sich auch die wirtschaftliche Tal-

⁹⁾ K. Ryć, *Place, wydajność pracy, równowaga rynkowa*, in: Autorenkollektiv, *Wzrost a funkcjonowanie gospodarki socjalistycznej*, Warschau 1980, S. 167.

⁷⁾ Vgl. H. Gabrisch, *Zum aktuellen Problem des Verhältnisses von Arbeitsproduktivität, Löhnen und Arbeitsorganisation in der Industrie der VR-Polen*, in: *Osteuropa-Wirtschaft*, (1979) 2, S. 65 ff.

⁸⁾ Vgl. P. v. d. Lippe, *Ordnungspolitische Ursachen von Wachstumszyklen in Polen und das Scheitern von Wirtschaftsreformen*, in: *Integration im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)*, Marburg 1982. Der Name „WOG“ bedeutet „Große Wirtschaftsorganisationen“, die man damals (etwa 1973—1975) schuf. Das waren im Prinzip „Konzern“, denen jedoch weitgehende Selbständigkeit bei der Preis-, Sortiments- und Lohnpolitik zugestanden wurden. Die 1973 eingeführte Reform wurde bereits ab 1975 wieder „ausgeleitet“, 1977 durch neue Vorschriften über den Lohnfonds so deformiert, daß sie praktisch nicht mehr bestand. 1980 wurde sie auch formell beendet, und später hatte das WOG-Experiment als Sündenbock herzuhalten.

⁹⁾ Auf die politisch-ideologischen Hintergründe dieses Denkens wurde näher eingegangen in P. v. d. Lippe, *Marxismus in Polen*, in: *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, (1983) 1, S. 59 ff.

¹⁰⁾ Für das Folgende vgl. M. Kisiel, *Czy grozi nam brak chleba?*, in: *Polityka* vom 17. 7. 1982, S. 7.

¹¹⁾ Die Getreideimporte stiegen zwischen 1971 und 1980 von drei auf fast acht Millionen Tonnen bei etwa gleich stark gestiegenen Importpreisen.

fahrt: Importreduktion, Arbeitszeitverkürzung (um fast ein fünftel im Steinkohlebergbau) bei gleichzeitigen Lohnerhöhungen, Beschleunigung der Inflation, Zerfall der Arbeitsmoral und politische Desorganisation¹²⁾.

3. Die Preisreform und andere politische Hypothesen

Bekanntlich ist Gierек (aber auch vorher im Prinzip schon Gomulka) am Versuch der Preisreform gescheitert. Der Aufwand für die Subventionierung von Lebensmitteln wurde immer erdrückender (1980 über 15% des Staatshaushalts). Nur oberflächlich betrachtet laufen niedrige Löhne und niedrige Preise (durch Subventionierung) auf das gleiche hinaus wie hohe Löhne und hohe Preise; denn unter dem Aspekt des Leistungsanreizes kann der Unterschied erheblich sein. Soll der belohnt werden, der viel verdient, oder derjenige, der Geduld hat, in einer Warteschlange zu stehen? Die Subventionspolitik wirkt auch nicht auf das Güterangebot, sondern auf die Nachfrage. Es könnte sinnvoller sein, mit dem gleichen Aufwand Landwirtschaft und Konsumgüterproduktion zu subventionieren.

Die Bevölkerung hat für diese Sorgen nie viel Verständnis gehabt. Dabei ist das Problem nicht-leistungsgerechter Preise und damit nicht möglicher Wirtschaftlichkeitsrechnungen stets ein Schlüsselproblem in Polens Wirtschaft gewesen. Die Einstellung der Bevölkerung ist allerdings verständlich, weil das Mißlingen radikaler Preisreformen in früheren Jahren wesentlich zum Verfall der Autorität der Partei beigetragen hat¹³⁾:

„Unzählige Male war das Problem der Preiserhöhung für Fleischwaren bereits als unvermeidbarer Vorgang angekündigt worden und später ... blieb alles beim alten. Daher überrascht es nicht, daß die Gesellschaft nach einigen Erfahrungen dieser Art die Ankündigung einer Preiserhöhung als eine „Angstma-

cherei“ betrachtet, mit der die Menschen von Zeit zu Zeit diszipliniert werden sollen.“

Die wohl auffallendste Besonderheit der Aufstände, zu denen diese Politik führte, im Vergleich zu früheren Krisen (1956, 1964, 1968, 1970 und 1976) war, daß es der Partei nicht mehr gelang, mit ihren traditionellen Methoden der Krisenbewältigung wieder Tritt zu fassen. Sie konnte 1980/81 das Volk nicht mehr mit Revirements sowie ökonomischen Zugeständnissen und Versprechungen besänftigen und sich mit dem Hinweis auf individuelle Verfehlungen der bisherigen Führungsmannschaft exkulpieren. Sie verlor ihr Organisations- und Informationsmonopol und mußte sich das Aufkommen einer gesellschaftspolitischen Gegenmacht gefallen lassen. Die Partei konnte keine allgemein akzeptierte „Integrationsfigur“ vorweisen, die eine „Reform von oben“ hätte vorantreiben und den Glauben an die Reformfähigkeit des Sozialismus wiederbeleben können¹⁴⁾. Die Übernahme der Macht durch die Militärs ist nur die Bestätigung des Umstandes, daß die Partei nach 37 Jahren Herrschaft ihre „führende Rolle“ verloren hatte und die Machtpositionen der Parteioligarchie nicht anders als durch Waffengewalt aufrechtzuerhalten waren. Wenn die Partei schon nicht mehr zu retten war, dann wenigstens ihr Machtmonopol. Dabei war es schon verständlich, daß sie ihr Vertrauenskapital in der Bevölkerung durch gewisse „Taktiken“ verspielt hatte, wie:

1. das wiederholte „Einläuten“ einer angeblich ganz neuen „Etappe“ auf dem Wege zum Sozialismus, in der alles besser wird, als es bisher war,
2. das rasche, unüberlegte Einleiten (und ebenso rasche Beenden) von Reformen und
3. das allmähliche Abgehen von Zielvorstellungen des Sozialismus (Vollbeschäftigung, Preisstabilität usw.).

Der überraschend lange und unerbittliche Machtkampf zwischen Volk und Partei vor der Verhängung des Kriegsrechts macht deutlich, wo die entscheidenden Passiva in Jaruzelskis Eröffnungsbilanz liegen: Die fehlende innere Demokratie der Partei macht es

¹²⁾ Zu dieser Diagnose vgl. Raport o stanie gospodarczej polskiej w końcu 1981 roku, in: *Zycie Gospodarcze* (ZG), (1982)13, S. 1 (Bericht der Zentralen Planungskommission).

¹³⁾ Wir zitierten diese polnische Quelle in P. v. d. Lippe/V. Heese, Askese bei leerem Kochtopf, Polens Wirtschaft im Spiegel der polnischen Presse, in: *Die politische Meinung*, (1982) 197, S. 23ff.

¹⁴⁾ In der Presse war damals meist die Rede von einem „polnischen Dubcek“.

unmöglich, sich anzupassen und zu erneuern; sie macht es vielmehr sogar wahrscheinlich, daß immer wieder dieselben Fehler gemacht werden, die das Volk nicht mehr auszubaden

bereit ist. Man könnte die Eröffnungsbilanz schließen mit dem Satz: „Eine Veränderung ist absolut notwendig und gänzlich unmöglich.“¹⁵⁾

II. Die Wirtschaftspolitik der Militärregierung

Bekanntlich wurde am 13. Dezember 1981 in Polen der „Kriegszustand“ erklärt. Die Führung des Landes übernahm ein sog. „Militärrat“¹⁶⁾ unter General W. Jaruzelski. Erste Sofortmaßnahmen waren

— die Einführung der Arbeitspflicht (am 30. Dezember 1981) für alle Männer zwischen 18 und 45 Jahren,

— das „Suspendieren“ der Gewerkschaft Solidarność (Verbot erst im Oktober 1982) und das Verbot der bis dahin so exzessiv betriebenen Streiks,

— die „Militarisierung“ ganzer Industriebranchen, d. h. die Einsetzung militärischer Bevollmächtigter der Ressortministerien in den Betrieben,

— drastische Preiserhöhungen um 300 bis 400% am 1. Februar 1982 bei Fortbestand der Güterrationalisierung und gleichzeitiger Gewährung von Kompensationszahlungen¹⁷⁾.

Weitere Maßnahmen (Operationsgruppen, Inspektionskampagnen, Amtsenthebungen usw.) dienten der Wiedergewinnung der Kontrolle über den Lenkungsapparat. Eine vertrauensbildende Wirkung gegenüber der Bevölkerung versprach man sich vor allem von der Gründung zahlreicher Komitees, Räte und ähnlicher Organisationen, dem Appell an

Nation und Tradition und nicht zuletzt von der Wirtschaftsreform, die mit einer Flut von Gesetzen vorangetrieben wurde.

Unter sozialem, politischem und ideologischem Aspekt gesehen mag die Zeit des Kriegsrechts in erheblich schlechterem Licht erscheinen, als wenn man sie allein vom ökonomischen Standpunkt betrachtet. Die Gemüter waren seinerzeit in Ost und West sehr erregt, und nicht wenige prognostizierten auch ökonomisch den Militärs wenig Erfolg.

1. Stabilisierungserfolge unter dem Kriegsrecht?

Schwerpunkte einer Politik der Rückgewinnung der Stabilität nach der Machtergreifung des Militärs waren die Verbesserung der Zahlungsbilanz- und Verschuldungssituation durch Kürzung der Importe und Forcierung der Exporte, die Durchsetzung der überfälligen Preisreform als Mittel zur Stabilisierung des Konsumgütermarkts und das Aufhalten des Produktionsrückgangs. Wirkliche Erfolge konnten aber nur im Außenhandel erzielt werden, weniger durch Exportsteigerung gegenüber dem Westen (1982: +10%) als durch Drosselung der Importe (-27,4%). Aber dieser Erfolg war teuer erkauft, u. a. mit erneutem Rückgang des Nationaleinkommens (1982: -8%, 1983 kann man erstmals seit 1978 wieder von Wachstum sprechen).

Die Maßnahmen dürften in Anbetracht der Ausgangssituation ohne Zweifel vernünftig und geboten gewesen sein. Man muß aber bedenken, daß sie nicht unabhängig voneinander wirkten. So ist z. B. durch eine drastische Erhöhung der Konsumgüterpreise durchaus Kaufkraft abzuschöpfen und die Nachfrage einzudämmen. Man nähert sich damit aber nicht notwendig dem Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage, wenn gleichzeitig auch das Konsumgüterangebot wegen einer Kür-

¹⁵⁾ Titel einer polnischen Denkschrift über den Zustand der Partei und eines Zeitungsartikels von E. M. Bader in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 24. 10. 1979. Zur Ratlosigkeit der Reformdiskussion vgl. auch H. Gabrisch, Die Leistungsfähigkeit des polnischen Wirtschaftssystems und die Probleme der Wirtschaftsreform, Veröffentlichung des HWWA-Instituts für Weltwirtschaftsforschung, Hamburg 1981.

¹⁶⁾ WRON = Wojskowa Rada Ocalenia Narodowy.

¹⁷⁾ Es bestand Anfang Februar 1982 die Absicht, diese sozial motivierten, wenngleich z. T. auch nach Einkommen, Leistungsgruppe und Beruf gestaffelten Ausgleichszahlungen nach einer Übergangsperiode wieder abzuschaffen; vgl. J. Szeliga, Skad brać pieniadze, in: Polityka vom 27. 2. 1982, S. 3.

zung der Importe von Viehfutter, Weizen usw.¹⁸⁾, die wiederum im Interesse des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts notwendig erschien, zurückgeht.

Außerdem sind in einer Planwirtschaft ohne freien Wettbewerb die Anbieter nicht unbedingt veranlaßt, bei gestiegenen Preisen auch mehr anzubieten oder gar bessere Qualitäten zu liefern, wie der Preisminister Krasinski glauben machen wollte (die Scheinlogik des Arguments wurde von der Bevölkerung durchschaut, und der Respekt vor der fachlichen Kompetenz des Ministers ist deswegen nicht besonders groß).

Das gilt auch für die Landwirtschaft. Schon zu Giereks Zeiten konnte diese Erfahrung bei privaten Bauern gemacht werden; denn was sollten sie auch bei der allgemeinen Inflation und Knappheit an landwirtschaftlichen Betriebsmitteln mit dem Geld anfangen?

a) Außenwirtschaft

Mit der drastischen Kürzung der Importe wurde bereits unter Gierek begonnen¹⁹⁾. Es stellte sich dabei heraus, daß dies vor allem deshalb sehr folgenreich sein mußte, weil weniger bei den Endprodukten als vielmehr bei den industriellen Vorleistungen eine erhebliche Importabhängigkeit entstanden war²⁰⁾. Damit wurde also nicht nur dem Investitionsprozeß, sondern auch der laufenden Produktion weitgehend „das Wasser abgegraben“. Die Kapazitätsauslastung sank auf ca. 60%, zahlreiche Betriebe mußten stillgelegt werden

¹⁸⁾ Vorrangiges Ziel des Plans 1983—85 ist die „Verringerung der Importabhängigkeit bei Lebensmitteln, vor allem Weizen“; vgl. H. Chadzyński, Plan na lata 1983—1985. Program wychodzenia z kryzysu, in: Zagadnienia i materialy (hrsg. v. ZK der PZPR), (1983) 18, S. 15 ff.

¹⁹⁾ Mit der Politik des sog. „Neuen Wirtschaftsmanövers“ 1977.

²⁰⁾ Die Struktur der Importe aus kapitalistischen Ländern 1981/82 war (in %): Material 47,7, Weizen und Futtermittel 28,1 (zusammen also für Vorleistungen 75,8), Investitionsgüter 9,8, Konsumgüter 12,8 nach Angaben des Konsultacyjna Rada Gospodarcza (KRG, einer Art Sachverständigenrat) in: KRG, Prognoza ostrzegawcza wazniejszych elementow sytuacji gospodarczej w roku 1982 wraz z propozycjami najpilniejszych dzialan, in: GP, (1982) 10/11, S. 401 ff. Auch 1983 betrug der Anteil der Materialimporte an den gesamten Importen aus dem Westen in den ersten acht Monaten etwa 70 %. Vgl. M. Misiak, Handel zagraniczny po 8 miesiacach, z materialow MHG, in: ZG, (1983) 41, S. 8.

und Ersatzinvestitionen unterblieben. Man schwächte so nicht nur die Exportfähigkeit und die Inlandsversorgung, sondern es kam auch zu einer „Dekapitalisierung“ erheblichen Ausmaßes. Der durch den Investitionsboom unter Gierek geschaffene (zu ca. 50% aus dem Westen importierte) Kapitalstock konnte mangels Betriebsstoffen und Ersatzteilen nicht mehr produktionsfähig gehalten werden; er erwies sich auch angesichts des Ausbleibens westlicher Kredite, der Reorientierung des Außenhandels auf die RGW-Länder und des Zurückschraubens der Handels- und Kapitalverflechtung mit dem Westen zunehmend als wertlos.

Durch Forcierung der Exporte an Kohle, aber auch an Lebensmitteln und Chemikalien, mehr wohl aber noch durch den z. T. unfreiwilligen (Sanktionspolitik!) Rückgang der Importe gelang es 1982 erstmals wieder einen Handelsbilanzüberschuß gegenüber dem Westen zu erwirtschaften. 1983 ist die Situation schon wieder etwas weniger günstig. Jedenfalls war die Politik des Militärs darauf ausgerichtet, um jeden Preis eine Sanierung der Wirtschaft Polens über den Außenhandel zu versuchen.

Es fragt sich natürlich, wie aussichtsreich eine solche merkantilistische Politik auf längere Sicht ist. Dabei ist zu bedenken, daß nicht nur die Organisation des Außenhandels dieser Politik enge Grenzen setzt, sondern auch das Verhalten der polnischen Betriebe und der Vertragspartner auf den internationalen Märkten. Die traditionelle Außenwirtschaftsordnung, die allerdings, wie alles, beständig reformiert wird, ist gekennzeichnet durch

— ein Außenhandels- und Valutamonopol des Staates,

— ein Preisausgleichs- und Abrechnungssystem, das letztlich dazu führt, daß alle Gewinne aus dem Außenhandel abgeschöpft und alle Verluste subventioniert werden,

— die straffe Lenkung durch ein Ministerium, dem einige wenige auf Außenhandel spezialisierte Betriebe direkt unterstellt sind.

Diese Ordnung ist vor allem gekennzeichnet von dem Bemühen, die Binnenwirtschaft von der Außenwirtschaft abzuschirmen und die Planungs- und Leitungsautonomie zu bewah-

ren. Eine Neuerung²¹⁾ war in letzter Zeit lediglich die Möglichkeit, daß auch Produktionsbetriebe Außenhandelskonzessionen erwerben können und in gewissem Umfang über ein eigenes Devisenkonto verfügen dürfen. Dies hat jedoch an der Praxis des Außenhandels wenig geändert. Die Effektivitätssteigernde Wirkung der Maßnahme ist gering und die Erfolge im Export sind eher auf die faktisch 60prozentige Abwertung des Zloty zurückzuführen.

Das Preisausgleichssystem in Verbindung mit der Bestimmung des Devisenkurses führt dazu, daß Export- und Importpreise praktisch unbegrenzt manipulierbar sind. Alle Kostensteigerungen im Import können auf die Inlandspreise abgewälzt werden und Exporte werden nach wie vor subventioniert.

Das zweite Problem sind die Betriebe und die Handelspartner. Die Betriebe sind mehr am Binnenhandel interessiert, bei dem die Abnehmer hinsichtlich der Einhaltung von Terminen, Preisen, Qualität usw. nicht so anspruchsvoll sind. Auf dem Weltmarkt sind die Probleme stets

„— keine Konkurrenzfähigkeit unserer Waren hinsichtlich Preis, Qualität, Modernität und Ästhetik,

— Schwierigkeiten der Produktionsbetriebe, sich elastisch an veränderte Wünsche ausländischer Abnehmer anzupassen“²²⁾.

Hinzu kommt, daß sich die „terms of trade“ Polens im Handel mit dem Westen (aber auch mit dem RGW) seit 1978 ständig verschlechtert haben.

Es gab in westlichen Bankkreisen z. T. die Auffassung, daß Polen als rohstoffreiches Land seine Schulden abtragen könnte, sobald es gelingt, die inländischen Ressourcen besser zu nutzen und sich im RGW stärker einzubinden. Damit wird aber nicht nur das Ausmaß der Verschuldung, sondern es werden auch die realen Exportmöglichkeiten völlig

²¹⁾ Für die folgenden Ausführungen vgl. insbesondere U. Plowiec, *Reforma gospodarcza a proeksportowa orientacja gospodarki*, in: GP, (1983) 1, S. 6, und W. Kalinowski/P. Karpinski, *Reforma gospodarcza — doświadczenia pierwszego półrocza*, in: GP, (1982) 12, S. 473.

²²⁾ M. Misiak, a. a. O. (Anm. 20).

verkannt. Einer polnischen Studie zufolge²³⁾ deckt der Exporterlös, optimistisch gerechnet, nur ca. 20 bis 30% des Kapitalbedarfs. Die Staatsschulden westlicher Länder betragen meist 30 bis 50% des Sozialprodukts, d. h. eine Produktion von vier bis sieben Monaten reicht (rein theoretisch) aus, um diesen Schuldenberg abzutragen. In Polen müßten demgegenüber die Exporterlöse (Westexporte) von über vier Jahren „gespart“ werden, um die Schulden zurückzuzahlen. Polen kann ohne vorherige Importe fast nur Rohstoffe exportieren (Kohle, Schwefel, Kupfer, Silber). Im Durchschnitt müssen 18% der späteren Ausfuhrwerte für importiertes Material ausgegeben werden²⁴⁾. Hinzu kommen einige Besonderheiten des Kohlemarktes²⁵⁾, die sich zuungunsten Polens auswirkten.

b) Produktion und Versorgung

Sieht man von der Kohleförderung und einigen anderen Bereichen ab, so gelang die Bremsung der Produktionsrückgänge nur langsam. Im August 1982 erzielte man erstmals wieder positive Wachstumsraten bei der Industrieproduktion. Etwa 13% der Industriebetriebe waren im ersten Halbjahr 1982 wegen Rohstoff- und Materialmangels praktisch arbeitsunfähig, so daß in diesem Zeitraum ein Produktionsrückgang um etwa 8 bis 9% hingenommen werden mußte. Erst im vierten Quartal gelang ein Durchbruch mit +7%. Die Anlaufschwierigkeiten wurden, wie

²³⁾ A. Olechowska, *Katastrofa i ratunek*, in: *Polityka* vom 20. 3. 1982. Die Berechnungen galten für 1982 bei einem angenommenen Rückgang des Nationaleinkommens um -22%. Der tatsächliche Rückgang von nur -8% mußte also stärker, als in der Rechnung angenommen, Einkommensverzicht zwecks Kapitalbildung implizieren.

²⁴⁾ Polens Wirtschaftskrise erst am Anfang?, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 4./5. April 1982. In diesem Artikel wird auch auf die besonders hohe Abhängigkeit Polens von Energieimporten hingewiesen. Für einen US-\$ Sozialprodukt werden in Polen 1,5 SKE Energie aufgewendet, im Westen nur 0,3 bis 0,8 SKE.

²⁵⁾ Abwesenheit von Preiskartellen, kaum Kreditierung, kaum Investitionen der Abnehmerländer in den Förderländern (anders als beim Erdöl), langfristige Verträge, große Bedeutung der Zuverlässigkeit der Lieferungen, Überangebot von Konkurrenzländern (Südafrika, Australien), verstärktes Engagement einiger Abnehmer in der Atomenergie (z. B. Frankreich) usw. Aus diesem Grunde haben die Lieferausfälle 1980/81 den Polen enorm geschadet. Sie wurden auf einigen Märkten von den USA verdrängt.

zu erwarten war, mit den westlichen Sanktionen begründet.

Löhne und die (zunächst noch sogar trotz abnehmender Beschäftigung sinkende) Arbeitsproduktivität klafften auch 1982 und 1983 noch erheblich auseinander, so daß es nicht überrascht, daß man die Inflation bis heute nicht in den Griff bekam, wenngleich diese Inflationsquelle etwas weniger kräftig sprudelt als 1980 und 1981.

Erfolge in der Produktion sind noch lange nicht auch Erfolge in der Konsumgüterversorgung, die u. a. dadurch gekennzeichnet ist, daß bis heute noch rationiert wird. Zu bedenken ist dabei nicht nur der chronisch unbefriedigende Zustand der Landwirtschaft (auch hier noch 1982 Produktionsrückgänge), sondern, daß die Industrie traditionell vorwiegend für sich selbst produziert. Der Materialverbrauch ist enorm und oft sogar bei Rückgang der Produktion noch gestiegen, d. h., es wird größtenteils um der Produktion willen produziert: „Das Wirtschaftssystem konnte wieder zu seiner traditionellen Funktionsweise übergehen, die seit der Entstehung der ‚Solidarność‘ im Jahre 1980 blockiert war, d. h. zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme *zuungunsten des Konsums*.“²⁶⁾

Obleich 1982 die Getreideernte gut war (+7% gegenüber 1981), sind der Inlandsmarkt und der Getreideimport nicht ausreichend entlastet worden, einfach deshalb, weil die Landwirte trotz fast verdoppelter Ankaufpreise nur wenig (etwa ein Fünftel der Ernte) ablieferten und lieber Getreide zur Aufrechterhaltung der Viehwirtschaft horteten. Der staatliche Ankauf von Schlachtvieh ist 1982 um gut 10% zurückgegangen und sehr kraß sind die Produktionsrückgänge bei der Geflügelzucht (gut 60%), wo sich die US-Sanktionen besonders auswirkten.

c) Lohnpolitik

Die ihr zugeordnete Rolle als Vermittlerin zwischen individuellen und gesellschaftlichen Zielen kann die Lohnpolitik nur spielen, wenn die Löhne als leistungsgerecht empfunden werden. Diese Voraussetzung war aber in

²⁶⁾ Polens Wirtschaft unter dem Kriegsrecht. Eine Bilanz des Jahres 1982, in: Neue Zürcher Zeitung vom 15. 4. 1983.

den siebziger Jahren immer weniger erfüllt, weil das zentrale System der Regulierung der Löhne den Bezug zur individuellen Leistung in den Betrieben nicht mehr erkennen ließ und weil die Lohnpolitik immer mehr in den Dienst der sozialen Konfliktvermeidung und Wirtschaftslenkung gestellt wurde. Immer weniger ließ sich durch Überredung, Zwang oder rechtliche Regelungen bewegen, und immer mehr mußte man zu massiven Lohnanreizen greifen. Die Wirksamkeit solcher Maßnahmen steht, zumindest so lange die Inflation noch nicht in Schwung gekommen ist, außer Zweifel: das allgemeine Recht auf Arbeit (Vollbeschäftigungsgarantie), die Pflicht zur Arbeit (keine Vermögenseinkommen!), die freie Arbeitsplatzwahl, die geringe materielle Wohlfahrt und das wenig ausgebaute „soziale Netz“ lassen darauf hoffen, mit Zugeständnissen bei den Löhnen, und *nur* damit, Anreiz zu schaffen. Hinzu kommt, daß die schlechten Erfahrungen mit meist nur *versuchten* Preisreformen bei der Führung den Eindruck verstärkten, daß die Bevölkerung in materiellen Dingen keinen Spaß versteht.

In diesem System herrscht „unten“ der starke Druck auf Anhebung des Lohnniveaus und „oben“ das Bedürfnis nach Wachstum und damit Stimulierung der Arbeitsproduktivität. Die Gefahr ist groß, daß beides Hand in Hand geht, daß man diesen Kräften nachgibt (darin bestand im wesentlichen Giereks Politik) und so Stabilitäts- und Egalitätsziele nachhaltig auf der Strecke bleiben. Seit 1974 stiegen die Nominallöhne ständig stärker als die Arbeitsproduktivität, die 1980 und 1981 sogar erheblich zurückging (ca. -12%) bei gleichzeitig steigenden Löhnen (ca. +25%), eine Entwicklung, die man auf Dauer nicht durchhalten konnte. In den siebziger Jahren hat man außerdem potentielle Wortführer des Protests, vom Facharbeiter bis zum Intellektuellen, mit materiellen Privilegien bestochen.

Man hat nicht den Eindruck, daß die Militärs mit dieser lohnpolitischen Tradition wirklich gebrochen haben. Zwar muteten sie der Bevölkerung schon im ersten Halbjahr 1982 einen Realeinkommensverlust von ca. 30% zu²⁷⁾, aber sie haben ihre Exporterfolge im

²⁷⁾ Damit ist nach einem halben Jahr Kriegsrecht das Niveau der Realeinkommen auf das des Jahres 1970 zurückgefallen.

Kohlebergbau auch wieder nur durch Lohnzulagen erkaufte. Ende 1983 haben sie, was Zeitpunkt und Ausmaß von Preiserhöhungen bei Grundnahrungsmitteln betrifft, recht lange nachgedacht (auch in Verbindung mit Maßnahmen für die innere Sicherheit) und im Januar 1984 mit einem Entwurf für die Preiserhöhungen gleich wieder eine Regelung für Kompensationszahlungen vorgelegt. Dabei gestand man sich auch ein, daß man *so* die Inflation nicht aufhalten könne. Was lohn- und preispolitisch unternommen wird, ist gewissermaßen ein Gradmesser dafür, wie sicher sich ein Regime fühlt.

Dieser Stil von Lohnpolitik hat auch moralische und politische Wirkungen: „Das begünstigte das Verständnis, daß es galt, beim Kampf um höhere Löhne gegen die Regierung zu kämpfen. Ich meine, daß diese Deformation des Denkens verheerend gewirkt und den Prozeß der Demoralisierung in der Arbeitswelt beschleunigt hat.“²⁸⁾

Es ist eine alte Erfahrung, daß jeder Staat sich in Gefahr bringt, wenn er sich in Verteilungskämpfe einmischt; aber aus dieser Lehre der Geschichte²⁹⁾ könnten, wenn überhaupt, nur die westlichen Demokratien Konsequenzen ziehen.

d) Inflation, Lebensstandard

Offiziell wird für 1982 eine Inflationsrate von 100,3% ausgewiesen. Hier ist aber anzumerken, daß die Preissteigerungsrate erheblich streute (bei Lebensmitteln größere Steigerungen als bei Dienstleistungen)³⁰⁾. Offensichtlich ist auch, daß bei Rationierung ein Preisindex für die Lebenshaltung die Kaufkraftverluste erheblich unterschätzt. Bei Verdoppelung des Preisniveaus und einer nur etwa 50prozentigen Zunahme der Geldeinkünfte der Bevölkerung 1982 bleibt per Saldo ein Realeinkommensverlust von 25% (er wird jedoch

²⁸⁾ B. Przywark, *Polityka plac w warunkach reformy gospodarczej*, in: GP, (1982) 12, S. 485.

²⁹⁾ Gemeint sind die Erfahrungen aus der Weimarer Republik. Vgl. K. Borchardt, *Die deutsche Katastrophe. Wirtschaftshistorische Anmerkungen zum 30. Januar 1933*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 29. 1. 1983.

³⁰⁾ Interview mit J. Kordos vom Statistischen Hauptamt unter dem Titel „Pól roku po szoku“, in: *Polityka* vom 28. 8. 1982. Nach Angaben von Kordos enthält der Index 1982 auch erstmals Schwarzmarktpreise.

meist auf ca. 30% geschätzt). Wie aus Abb. 2 zu erkennen ist, kam es in den siebziger Jahren (mit Ausnahme von 1978) durchweg zu bescheidenen Realeinkommenssteigerungen, selbst im Krisenjahr 1981. Allein das zeigt, daß für die Bevölkerung der materielle Einschnitt durch das Kriegsrecht doch ziemlich erheblich war. Für 1983 rechnet man³¹⁾ mit einer weit weniger dramatischen Entwicklung in diesem Bereich: Lohnsteigerungen um ca. 20 bis 25% und Preissteigerungen um ca. 25 bis 30%.

Polnischen Schätzungen zufolge³²⁾ wird man erst 1992 den Lebensstandard der späten siebziger Jahre wieder erreichen. Zur Analyse der Entwicklung des Lebensstandards sind aber nicht nur die Zahlen über Lohn-, Preis- und Verbrauchsentwicklung wichtig, sondern auch die Veränderungen der Verbrauchsstruktur. Der Anteil der Lebensmittelkäufe an den gesamten Verbrauchsausgaben eines Arbeiterhaushalts stieg im ersten Halbjahr 1982 von 35,2 auf 47,2%³³⁾. Die Zunahme dieses ohnehin schon hohen Anteils (der bei uns etwa 25% beträgt) wirft ein Licht auf die Versorgungsprobleme. Anfang 1982 gab es in der polnischen Presse Diskussionen über Unterernährung und Lebensmittelpakete aus Deutschland³⁴⁾. Auch wenn die Ernährungsprobleme inzwischen geringer geworden sind, so ist doch die Gefahr eines bleibenden Schadens für die Volksmoral nicht zu übersehen, weil eine solche Situation Schwarzmarkt, Ausbeutung, Diebstahl, Korruption usw. fördert.

e) Soziale und politische Befriedung

Die Militärs mußten von Anfang an mit dem Widerstand bzw. Desinteresse der Bevölkerung rechnen. Die Beschwörung des „nationalen Konsens“ und die offizielle Fortführung der „Erneuerung“ haben wenig bewirkt. Akte der Repression und solche des Goodwill folg-

³¹⁾ Schätzungen aufgrund von Zwischenberichten in: ZG, (1983) 48, und ZG, (1983) 23. Faktisch rechnet man in Polen jedoch mit Preissteigerungen um 40%. Der Geldbesitz der Bevölkerung ist um 18% gesunken, und insofern die Inflationsbekämpfung erfolgreich.

³²⁾ *Polityka* vom 16. 4. 1982.

³³⁾ Vgl. a. a. O. (Anm. 30).

³⁴⁾ M. Jaranowski, *Gra w złote i zielone*, in: *Polityka* vom 27. 3. 1982.

ten aufeinander. Man ist in dieser Hinsicht nicht sehr viel weiter gekommen als zu einem sich gegenseitigen Blockieren der gesellschaftlichen Kräfte und zu einem Zustand der scheinbaren Ruhe. Die Lösung der „Gewerkschaftsfrage“ wurde lange als Vorbedingung für die nationale Versöhnung empfunden und die Regierung ließ sich mit dem Gewerkschaftsgesetz auffallend lange Zeit (bis Oktober 1982). 1982 kam es noch zu vielen spektakulären und gewaltvollen Demonstrationen (z. B. am 3. 5., 13. 6., 31. 8.), an denen jeweils die Jugend überdurchschnittlich beteiligt war. Fast die Hälfte der Bevölkerung ist unter 30 Jahre alt, aber der Anteil dieser Altersgruppe an den Parteimitgliedern beträgt nur 20 %. Im Verlauf des Jahres 1983 ist es dann ruhiger geworden. Aber bekanntlich muß das nicht von Dauer sein.

Inzwischen ist aber wohl auch der Rückhalt von Solidarność in der Bevölkerung gesunken und die Annahme verbreitet, daß für den Fall, daß Jaruzelski durch Unruhen hinweggefegt werden sollte, mit bedeutend unangenehmeren Machthabern zu rechnen ist. Hinzu kam, daß sich das Militärregime als weniger repressiv erwies, als anfänglich befürchtet wurde. Die Machtergreifung erfolgte vor allem mit dem Motiv, etwas zu verhindern, nämlich den weiteren Verfall der Autorität von Staat und Partei, weniger dagegen mit genauen Vorstellungen, welchen Zustand man längerfristig herstellen wollte. Ermüdungserscheinungen auf beiden Seiten erlaubten es, zu einer gewissen Normalität und Liberalität zurückzufinden.

2. Grundzüge der neuen Reform: „die drei S“

Die Militärregierung erhoffte durch eine Fortführung der begonnenen Reform des Wirtschaftssystems das Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen. Zwar war von der wissenschaftlichen Reformdiskussion des Frühjahrs und Sommers 1981 nach der Einführung des Kriegsrechts nicht mehr viel zu spüren, aber es wurde doch damit begonnen, eine Fülle von Gesetzen auf den Weg zu schicken, die zumindest für den organisatorischen Teil einer „Reform“ die Weichen stellen sollten. Das Neue am reformierten System ist nämlich vor allem die Stellung und innere

Struktur der Betriebe. Sie wird schlagwortartig durch „die drei S“ charakterisiert

- Selbständigkeit
- Selbstverwaltung
- Selbstfinanzierung.

Die Reform stand jedoch von Anfang an unter keinem günstigen Stern. Sie war nicht nur überfordert, wenn sie als Hebel zur politischen Befriedung dienen sollte, sie mußte auch in einem Moment eingeführt werden, wo die Hauptsorge darin bestand, das Gleichgewicht auf den Märkten wiederzufinden, insbesondere im Hinblick auf die Versorgung der Bevölkerung — also das Gleichgewicht auf den Konsumgütermärkten —, und eine effektive Umorganisation im Produktions- und Lenkungsbereich eher irritieren mußte. Mit dem Argument, die Stabilität müsse wieder zurückgewonnen werden, womit man nicht vor 1986/87 rechnet³⁵⁾, wurden dann auch Maßnahmen ergriffen, die oft auf das genaue Gegenteil dessen hinausliefen, was als Reformgedanke und Leitidee für die Zukunft gepriesen wurde. Es kamen Ausnahmeregelungen, spezielle Vorschriften für bestimmte Wirtschaftsbereiche, Vertagungen von Reformelementen und — schon im Prozeß der Reform — die Rücknahme bestimmter Neuerungen hinzu, so daß auch polnische Fachleute kaum sagen können, was schon gilt, was noch gilt oder was nicht mehr gilt. Man scheint sich mehr und mehr einem System der permanenten Reform zu nähern, in dem — meist zu Jahresbeginn — immer wieder neue Gesetze in Kraft treten, die die Wirtschaftsführung bestimmter Branchen neu regeln. Es ist dann nur schwer festzustellen, was sich tatsächlich geändert hat, und es ist kaum möglich, die Wirtschaftsentwicklung mit der Reform in Verbindung zu bringen, also nachzuweisen, daß dieser oder jener Ablauf trotz oder wegen der Reform eingetreten ist. Das weist darauf hin, daß es zunehmend schwieriger wird, den Zustand der Wirtschaftsordnung zutreffend zu beschreiben oder gar zu beurteilen. Die im Westen so beliebten globalen Charakterisierungen, wie z. B. „Zentralisierung“ und „Dezentralisierung“, sind z. B. bei genauer Betrachtung ziemlich wertlos.

³⁵⁾ H. Chadzyński, a. a. O. (Anm. 18).

a) Selbständigkeit

Unter diesem Stichwort ist vor allem die bekundete Absicht zu verstehen, den Betrieben in Zukunft weniger detailliert und umfassend vorzuschreiben, was sie tun sollen. Danach soll es weniger Kennziffern, Planvorgaben, Zielgrößen usw. geben. Die Betriebe sollen größere Freiheiten bei der Sortimentsgestaltung, Investitionsentscheidung, Preis- und Beschäftigungspolitik haben, und sie sollen vor allem den Zusammenhang zwischen ihrem Verhalten und ihrem wirtschaftlichen Erfolg bzw. Mißerfolg enger zu spüren bekommen. Auf der gleichen Linie liegt das wiederholt proklamierte Ziel, den bürokratischen Apparat auszudünnen und die Planung zu beschränken auf eine Art *Rahmenplanung*, die sich mehr auf die grundlegende, „strategische“ Linie beschränkt und sich nicht mehr so sehr in den Niederungen einer „operativen“ Detailregelung bewegt³⁶⁾:

„Das Lenkungszenrum der Wirtschaft beschäftigt sich nicht mit detaillierter Vorgabe von Planaufgaben für das ganze Land an Wirtschaftseinheiten, sondern mit der Schaffung entsprechender Impulse, so daß Betriebe selbst interessiert sind, die präferierten Aktivitäten zu ergreifen“. Der Plan ist, „... verkürzt gesagt nicht die Summe von Befehlen, sondern eine Prognose“.

Kurz umschrieben soll die Selbständigkeit die freie Wahl der Betriebe beim Was, Wieviel, Wie und Womit der Produktion beinhalten³⁷⁾. Dieser bereits in der unruhigen Zeit 1980/81 geborene Reformgedanke weckte schon damals keineswegs einhellig Begeisterung, sondern vielmehr weitgehende Befürchtungen, und zwar nicht nur in Kreisen der Bürokratie, die von der Forderung nach Entbürokratisierung naturgemäß nicht begeistert sein konnte.

Es gab 1981 in der Presse schon vor dem 13. Dezember viele Diskussionen über Vor- und Nachteile des „Wettbewerbs“ im Vergleich zu einem „Versorgungsstaat“ des ungarischen Systems zum jugoslawischen System sowie vor allem eine sehr verbreitete Sorge

um den Arbeitsplatz. Man befürchtete Versetzungen, Umschulungen, aber auch Arbeitslosigkeit. Ähnlich wie die Preis- und Lohnpolitik wird auch die Vollbeschäftigungsgarantie in Polen recht emotional gesehen. Selbst bei sich verschlechternder Wirtschaftslage war sie nie wirklich in Gefahr. So ging z. B. 1981 die Produktion um etwa 13 % zurück, das Nationaleinkommen um etwa 15 %, aber die Beschäftigung blieb praktisch konstant³⁸⁾.

Wie die Entwicklung von Beschäftigung und Lohnfonds zeigt, waren die Befürchtungen voreilig. Eine wirkliche Dezentralisierung oder eine Verschärfung des Wettbewerbs ist nicht eingetreten. Es entstand dadurch auch kaum mehr Zwang zur Rationalität oder zur Arbeitsdisziplin. Die Lohnsumme ist wieder einmal stärker als geplant gestiegen (Ende 1982 waren es fast 13 %)³⁹⁾, was schon in der Vergangenheit wohl die wirksamste Inflationsquelle war. Die Beschäftigung ging zwar 1982 um ca. 5 % zurück, dies aber hauptsächlich wegen Herabsetzung des Pensionsalters. Der Arbeitseinsatz sank (zusätzlich durch Verkürzung der Arbeitszeit)⁴⁰⁾ um ca. 10 %. 1983 war von diesen Tendenzen nicht mehr viel zu spüren. Die Statistiken sind widersprüchlich, aber man darf annehmen, daß die Beschäftigung nicht weiter sank. Nach einigen Quellen herrschte sogar wieder Arbeitskräfteknappheit. Der Regierung wurde u. a. empfohlen⁴¹⁾, mit der „Politik der Deaktivierung des Arbeitskräftebestandes“ aufzuhören. Es besteht auch seitens der Betriebe keine Veranlassung, mit Arbeitskräften zu sparen.

Mit der Entbürokratisierung ist man ebenfalls weit hinter den Hoffnungen bzw. Befürchtungen zurückgeblieben. Zwar wurden einige

³⁸⁾ In Prozent des Vorjahres 1980, was ja bereits ungewöhnlich war. Rechnet man mit einem Normaljahr, etwa 1979, dann war der Rückgang etwa 20 bis 21 % bei gleichbleibender (bzw. +0,33 %) Beschäftigung.

³⁹⁾ Quelle vgl. a. a. O. (Anm. 26).

⁴⁰⁾ Arbeitszeitverkürzungen, Verlängerung des Urlaubs und einige andere soziale Errungenschaften (z. B. Erziehungsurlaub für Mütter nach der Geburt eines Kindes), die *Solidarność* erkämpft hatte, wurden beibehalten.

⁴¹⁾ Vom KRG, *Opinia w sprawie „Wariantów koncepcji Narodowego Planu Społecznego-Gospodarczego do 1985 roku i wstępnych założeń na lata 1985—1990“*, in: GP, (1982) 10—11, S. 414.

³⁶⁾ Vgl. ebd.

³⁷⁾ W. Baka, *Polska reforma gospodarcza*, Warschau 1982, S. 75.

Ressortministerien aufgelöst und am 1. Januar 1982 die „Vereinigungen“ (Zjednoczenie) abgeschafft, neu gegründet wurden aber dann die „Zusammenschlüsse“ (Zrzeszenie) mit z. T. den gleichen Beamten. Der effektive Unterschied zwischen diesen beiden Organisationen mag mehr für den Experten von Interesse sein⁴²).

Die Bildung von Vereinigungen (1958) als Zwischenstufe zwischen der Ministerial- und der Betriebsebene ist übrigens ein interessantes Beispiel dafür, daß mit Vokabeln wie „Zentralisierung“ oder „Dezentralisierung“ die wahren Sachverhalte oft nur sehr unklar beschrieben werden: Was äußerlich nach einer Dezentralisierung aussah (Schaffung einer weiteren Stufe und Entlastung der Spitze in der Planungshierarchie), war ihrer Wirkung nach nur die Schaffung eines Mediums zur besseren Ausübung des Planzwangs⁴³).

Die durch das Ungleichgewicht entstandenen wirtschaftlichen Zwänge verlangten es, zumindest partiell und vorübergehend, das Gegenteil davon zu tun, was als Reformidee proklamiert war. So stellten die sog. Operationsprogramme zur raschen Mobilisierung von Reserven, Steigerung des Exports (Kohle!) und Beseitigung von Versorgungsengpässen eine massive Zentralisierung und Straffung der Lenkung dar, offensichtlich also kein Schritt in Richtung „Selbständigkeit“. Reformwidrig war auch das Weiterbestehen eines Staatsmonopols beim Ankauf bestimmter wichtiger Grundstoffe. Der Idee der freien Wahl von Vertragspartnern, Lieferanten und Abnehmern läuft eine Zuteilung von Produktionsmitteln aufgrund allgemeiner Versorgungsengpässe über das „Ministerium für Materialwirtschaft“ zuwider.

Man kann von mehr indirekten, mittelbaren Lenkungsinstrumenten wie Güterpreisen, Zinsen, Steuern, Rentabilität usw. keine Wirksamkeit erwarten, so lange auf fast allen Stu-

⁴²) B. Miedzinski, *Troche prawdy o zrzeszeniach*, in: ZG, (1983)26.

⁴³) Die Prämien der Beamten in den Vereinigungen wurden 1963 mit der Erfüllung der Produktions- und Entlohnungspläne der Betriebe verkoppelt, so daß die Vereinigungen eine Art „Rauschmeißerfunktion ... gegenüber als überflüssig erachteten Arbeitskräften in den Unternehmungen“ erhielten. R. Schwertfeger, *Politische Ökonomie in Polen*, Bern — Stuttgart 1973, S. 21.

fen der Produktion Produzentenmärkte herrschen, sich die Käufer also um die Waren reißen, egal welche Preise die Anbieter fordern. Von dieser Situation gibt es nur wenige Ausnahmen. Ein Beispiel ist, daß „der Staat“ im Sommer 1983 einmal kurzfristig auf der von ihm produzierten Marmelade „sitzen blieb“ und den Preis senken mußte, weil die Haushalte auf dem Standpunkt standen, auf dem heimischen Herd eine schmackhaftere und billigere Marmelade kochen zu können. Aber es gibt natürlich wenig Produkte, bei denen der Konsument relativ mühelos zur Selbsterstellung übergehen kann.

Prinzipiell sollten die Betriebe mehr Befugnisse zur Preisfestsetzung bekommen. Das System sieht drei Preisarten vor: Amtspreise (*ceny urzedowe*), regulierte Preise (*ceny regulowane*) und Vertragspreise (*ceny umowne*). Die beiden zuerst genannten Preise werden auf der Basis von Selbstkosten und Gewinnaufschlag kalkuliert, wobei der Aufschlag gewisse Steuern, Abgaben an betriebliche und staatliche Fonds, Reserven, Aufwendungen für Investitionen, Schuldendienst usw. enthalten soll. Die Unterschiede zwischen den beiden Preisarten sind in der Praxis vernachlässigbar⁴⁴). Vertragspreise sollten dagegen grundsätzlich den Marktgegebenheiten entsprechend frei ausgehandelt werden. Von einem Gleichgewichtspreis, der den Markt räumt, kann jedoch in den seltensten Fällen gesprochen werden. Die Entstehung echter (und vermutlich prohibitiv hoher) Marktpreise wird nicht nur durch den Tatbestand aufwendiger Subventionierungen behindert, sondern auch durch die bereits erwähnte Praxis der Materialzuweisung und (ihr Pendant auf dem Konsumgütermarkt) der Rationierung durch Lebensmittelkarten. Bei Basisrohstoffen, Energie und Importwaren besteht nach wie vor eine staatliche Preisfestsetzung. Aber gleich zu Beginn des Kriegsrechts bestand die erklärte Absicht der Militärs, die Monopolisierung der Wirtschaft zurückzuschrauben, um im Zuge einer schrittweisen Wiedergewinnung des Gleichgewichts die Preisbildung zu liberalisieren. Es geht also

⁴⁴) Es geht darum, ob der Preis vom Preisamt festgelegt oder nur genehmigt wird. Auch Vertragspreise sind wegen der Monopolisierung der Wirtschaft praktisch Preise der selben Art.

darum, erst allmählich die Voraussetzungen einer pretialen (über Preise) Lenkung zu schaffen. So lange das aber noch nicht der Fall ist, ist für die Bevölkerung das einzige sichtbare Ergebnis der Reform das gestiegene Preisniveau.

Die Selbständigkeit ist aber nicht nur institutionell, also hinsichtlich des von der Regelung betroffenen Unternehmensbereichs⁴⁵⁾ stark eingeschränkt, sondern auch funktionell, was das „laufende Geschäft“ betrifft. Der Staat sicherte sich quasi Prärogative und Eingriffsmöglichkeiten bei Gründung, Liquidation und Fusion von Betrieben. Das neue Selbstverständnis der Planung sieht zwar die Selbstbeschränkung auf längerfristige Planung der wichtigsten Wachstumsraten und Proportionen vor, gleichzeitig aber auch die zentrale Verantwortung im Bereich der Außenwirtschaft, der Arbeits- und Lebensbedingungen, der strukturellen und räumlichen Umgestaltung der Wirtschaft, der Landesverteidigung und der strategischen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben. So ist durch Generalklauseln im Planungs- und Betriebsverfassungsrecht sichergestellt, daß weiterhin punktuell „von oben“ eingegriffen werden kann, z. B. bei der Standortwahl, Investition, Subventionierung, Konzessionierung, Bestellung und Abberufung der Betriebsleitung usw.

Auf dieser Linie der Stärkung von Selbständigkeit und Eigenverantwortung liegt auch die neu geschaffene Möglichkeit, daß die Betriebe bei inner- bzw. zwischenbetrieblichen Streitigkeiten die ordentlichen Gerichte (statt Schieds- oder Verwaltungsgerichte) anrufen können und daß sie die Möglichkeit haben, ein betriebseigenes „System der Motivation der Belegschaft“ zu entwerfen, das es auch ermöglicht, Löhne zu kürzen und Arbeiter im Wettbewerb gegeneinander auszuspielen. Von beiden Möglichkeiten wurde Gebrauch gemacht, wenngleich gegen das Motivations-

system, wie die Erfahrung zeigte⁴⁶⁾, nicht nur seitens der Belegschaft, sondern auch seitens der Betriebsleitung Vorbehalte bestanden, und zwar interessanterweise vor allem im Zusammenhang mit dem zweiten „S“, der Selbstverwaltung, einem Thema, das auch die Gerichte beschäftigt.

b) Selbstverwaltung

Es ist für einen westlichen Beobachter nicht ganz verständlich, mit welcher Beharrlichkeit in Polen immer wieder die Forderung nach selbständiger und unabhängiger Vertretung von Arbeiterinteressen erhoben wird. Das Organ zur Wahrnehmung dieser Interessen sind die „Arbeiterräte“, nicht die „Gewerkschaften“, da letztere eher als ein Instrument der Partei und Wirtschaftsführung anzusehen sind, als „Transmissionsriemen“, um die Arbeiter im gewünschten Sinne zu mobilisieren. Für die Arbeiterräte kann die Gegenseite nicht die Betriebsleitung sein, sondern nur die Wirtschaftsbürokratie. Da diese aber mit der Partei eine Einheit bildet, kann eine Interessenvertretung der Arbeiter nur eine Opposition gegen die Partei sein. Folglich hat auch das periodische Wiederaufleben und Wiedererstarken der Arbeiterräte im Grunde den Charakter eines allgemeinen Protests. Es überrascht daher nicht, daß dies fast gesetzmäßig im Zusammenhang mit politischen Unruhen geschah, nämlich 1944—1946, 1956/57 und 1980/81, aber auch in etwas schwächerem Maße 1976.

Da sich durch die Arbeiterräte die wirtschaftliche Situation regelmäßig nicht verbesserte und es auch schon in den fünfziger Jahren meist zu Ausschreitungen der anarchosyndikalistischen Arbeiterschaft kam, ließ sich die Forderung nach Stärkung der Rolle der Partei jeweils auch leicht plausibel machen. Mit entsprechender Regelmäßigkeit folgte auf jede Phase der Erstarkung der Partei dann wieder die Forderung nach Entbürokratisierung und Basisdemokratie.

Der Selbstverwaltungsgrundsatz sollte die traditionelle „Führungstroika“ (Direktor, Vertreter der Partei und Vertreter der Gewerkschaft) und die Kontrolle bzw. Aufsicht durch

⁴⁵⁾ Einschränkungen bestehen, wenn der Betrieb notwendig ist für die Landesverteidigung, Versorgung mit wichtigen Lebensmitteln, internationalen Beziehungen usw. Auch Banken, Versicherungen und Verkehrsbetriebe sind ausgenommen. Das Gründungsorgan hat auch im laufenden Geschäft Befugnisse (praktisch eine Art Aufsichtsrat), und es kann Entscheidungen des Direktors aufheben und diesen entlassen, wenn „volkswirtschaftliche Interessen“ bedroht sind.

⁴⁶⁾ W. Kalinowski/P. Karpinski, a. a. O. (Anm. 21).

zentrale und territoriale Lenkungsorgane zugunsten eines Systems ablösen, in dem nur zwei innerbetriebliche Kräfte ohne Einwirkung von außen zusammenwirken sollen, der Direktor (bzw. das mehrköpfige Management) und die Belegschaft, vertreten durch

- die allgemeine Versammlung der Arbeiter oder ihrer Delegierten und
- den Rat aller Beschäftigten (Arbeiterrat), der mit 15 Mitgliedern die laufenden Geschäfte führt und wichtige Entscheidungs-, Kontroll- und Informationsrechte hat.

Der Arbeiterrat kann nicht nur mehr oder weniger entscheidend bei Betriebsplänen, Investitionen und Fusionen (Gründung „gemeinsamer“ und „gemischter“ Betriebe) mitreden, sondern auch bei der Gewinnverwendung und Bestellung und Abberufung des Direktors. Letzteres war lange Zeit ein Streitpunkt zwischen Solidarność und der Regierung. Die Dimension des Problems wird erst erkennbar, wenn man bedenkt, daß das Management größerer Betriebe quasi zur „Nomenklatur“ gehört und daß es den Lebensnerv der Partei berührt, wenn es ihr nicht mehr gelingt, „ihre Leute“ in die betreffenden Positionen zu bringen (und zwar erfahrungsgemäß auf die todsichere Art, d. h. bei jeder „Wahl“ muß doppelt und dreifach abgesichert sein, daß man keine Überraschungen erlebt). Die Partei hat, im Unterschied zur DDR, ohnehin wenig Rückhalt in den Betrieben und eine gewisse Angst, in die Betriebe zu gehen. Wenn es gelingt, das Nomenklatursystem der Partei zu Fall zu bringen bzw., was ja faktisch 1981 bevorstand, durch ein solches der Solidarność zu ersetzen, dann ist das System der „Volksrepublik“ im Kern getroffen. Die Reform fand hier einen klugen Kompromiß: Schaffung eines speziellen Gründungsorgans, das auch für die Besetzung des öffentlich ausgeschriebenen Direktorenpostens verantwortlich ist, und ein jeweiliges Einspruchsrecht der beiden hier vertretenen Interessengruppen, Staat und Belegschaft.

Die Befugnisse des Arbeiterrats bei der Betriebsplanung sind faktisch wenig bedeutsam, selbst wenn sie voll genutzt werden, weil entscheidende Weichen durch die staatliche Planung, durch Vorschriften über Preise, Steuern usw. gestellt werden und weil in der gegen-

wärtigen wirtschaftlichen Lage (Materialknappheit, brachliegende Kapazitäten usw.) mit diesem Hebel nur wenig bewegt werden kann. Brisanter sind demgegenüber schon die Rechte bei der Gewinnverwendung, die deshalb auch die Gerichte beschäftigt haben. Es soll schon vorgekommen sein, daß der Arbeiterrat beschloß, alles, was zu verteilen war, auszuschütten.

Im Lichte der Erfahrung Jugoslawiens und der theoretischen Modellbetrachtung wird oft argumentiert, Arbeiterselbstverwaltung führe zu

— einer Maximierung des Einkommens der Belegschaft, nicht aber der Gewinne, mit der Konsequenz einer inversen Angebotsreaktion⁴⁷⁾,

— einer geringen Nachfrage nach Arbeit⁴⁸⁾ und sogar zur Arbeitslosigkeit, geringer Mobilität der Arbeit und einer Neigung, Arbeitsplätze als „Eigentum“ zu vererben,

— einer geringeren Investitions- und Innovationstätigkeit, da die Fremdfinanzierung den Lohnfonds mindert, aber auch einer Eigenfinanzierung nicht zugestimmt wird⁴⁹⁾.

Das Reformelement Arbeiterselbstverwaltung hat aber im Grunde mehr eine außerökonomische, moralische Funktion des immateriellen Anreizes. Es gilt, die Entfremdung der Arbeiter von der Führung, die Einstellung des „my i oni“ (wir und die da oben) und das wenig verantwortungsvolle Umgehen mit dem Volkseigentum⁵⁰⁾ zu überwinden. Die Reform soll „Solidität, Zuverlässigkeit, hohe Berufsethik, Gerechtigkeitsgefühl“⁵¹⁾ fördern. „Es müssen jetzt Bedingungen geschaffen werden, damit Rechtsvorschriften wirksam werden. Es geht vor allem darum, eine allgemeine Atmosphäre der Anerkennung des Rechts zu schaffen. Das ist eine ganz grundlegende Voraus-

⁴⁷⁾ Steigende Preise führen zu einer geringeren Angebotsmenge. Das gilt nicht nur für die Landwirtschaft in Polen.

⁴⁸⁾ Die am Gewinn beteiligten Arbeiter betrachten ihren Betrieb als „closed shop“.

⁴⁹⁾ Im Unterschied zum „Kapitalisten“ kann der Arbeiter eines selbstverwalteten Betriebs seine Anteile und Substanzgewinne ja nicht auf dem Kapitalmarkt realisieren.

⁵⁰⁾ Es kommt immer wieder zu Materialverschwendung und privaten Geschäften mit aus dem Betrieb entwendeten Material. Vgl. W. Baka, a. a. O. (Anm. 37), S. 77.

⁵¹⁾ Ebd., S. 55.

setzung."⁵²⁾ Man kann aber fairerweise in einem System nicht mangelndes Rechtsbewußtsein beklagen, wenn man erst nach 30 Jahren erkennt, daß es nützlich ist, gewisse Gerichte einzusetzen und generell alle Gesetze zu veröffentlichen.

Ob die Arbeiterselbstverwaltung eben diesen politisch-moralischen Auftrag erfüllt, hängt entscheidend davon ab, in welchem Ausmaß und wie sich die Beschäftigten tatsächlich engagieren werden. Hierüber bestand bei der Einführung der Reform große Unsicherheit. Erste Erfahrungen weisen darauf hin, daß die Arbeiter ziemlich ausschließlich Lohninteressen vertreten, ihre ökonomische Einsicht nicht sehr weitreichend ist, und die Selbstverwaltungsorgane, wie schon einmal Anfang der sechziger Jahre, von der Betriebsleitung und Bürokratie überspielt werden.

Vielleicht sollte die Regierung auch auf die ideologische Wirkung der Arbeiterselbstverwaltung nicht allzu sehr vertrauen und sich an 1980/81 erinnern: Damals wurde die sicher zu Recht ungeliebte Führung beim überfälligen Versuch, das Subventionswesen abzubauen, in die Enge getrieben.

Der ungewöhnlich heftige und hartnäckige Widerstand gegen Preisreformen läßt vermuten, daß die Wurzeln tiefer liegen, und zwar in einer Wirtschaftsgesinnung, die gekennzeichnet ist durch eine widersprüchliche Mischung aus Versorgungsdenken und radikal-individualistischer Mentalität.

c) Selbstfinanzierung

Im Grundsatz geht es hier darum, daß der Betrieb seine Ausgaben auch selbst erwirtschaftet haben muß und daß er notfalls, nach einer gewissen Schonfrist mit Sanierungsmaßnahmen, auch das Risiko eines Konkurses zu gewärtigen hat. Die Mobilisierung eines Gewinnmaximierungsdenkens ist durchaus erklärtes Ziel. Aber auch hier sind die Voraussetzungen für die Wirksamkeit der Reformmaßnahme z. Z. nicht gegeben, wenn sie überhaupt jemals gegeben sind⁵³⁾. Die finanzielle Lage der Betriebe ist sehr unterschiedlich, und durch die manipulierten Preise sind

die Startbedingungen nicht vergleichbar. Es müssen aber nicht nur die Güterpreise, sondern auch der Zins eine gewisse Lenkungs-funktion ausüben können. Von einem Kapitalmarkt kann aber keine Rede sein. Nur bei weitgehender Selbständigkeit und freien Preisen besteht eine Verbindung zwischen den Mikrozielen (Gewinnstreben der Betriebe) und den Makrozielen des Plans. Die Betriebsleitung muß am Gewinn interessiert sein, was nicht selbstverständlich ist, wenn dieser eine durch Subvention und selektive Förderung und Besteuerung manipulierte Größe ist; sie muß mit der Belegschaft die Löhne frei aushandeln können und Spielräume „beträchtlicher Autonomie nutzen können hinsichtlich ihrer finanziellen Erfolge“⁵⁴⁾. Es gibt aber weder Spielräume noch einen erkennbaren Kausalzusammenhang zwischen der Unternehmenspolitik und dem finanziellen Ergebnis. Auch der Konkurs ist dann keine echte Bedrohung, wenn der Betrieb für die Versorgung unentbehrlich ist (das Versorgungsargument spielt eine ähnliche Rolle wie bei uns das Arbeitsplatzargument).

Der Selbstfinanzierung bei den Investitionen wurde früher immer mit dem Argument entgegengetreten, daß sich so Strukturen herausbilden könnten, die ungeplant sind. Das Kapital solle nicht in die rentabelsten Branchen wandern, sondern in die Branchen, die vom Standpunkt der gesellschaftlichen Bedürfnisse (die von den Planern definiert werden) die nützlichsten sind⁵⁵⁾. Man hat deshalb oft der Subventionierung aus dem Staatshaushalt und dem Bankkredit als Mittel der Investitionsfinanzierung den Vorzug gegeben. Es läßt sich jedoch empirisch zeigen, daß hinsichtlich der Charakteristika des Investitionsprozesses (es wird zu viel, auch mehr als geplant für Investitionen ausgegeben, aber der reale Effekt ist gering) kein signifikanter Unterschied zwischen den Finanzierungssystemen (Selbstfinanzierung, Subventionen, Kredit) besteht⁵⁶⁾.

⁵⁴⁾ Ebd.

⁵⁵⁾ P. Sulmicki, *Planowanie i zarzadzanie gospodarcze*, Warschau 1971, S. 282.

⁵⁶⁾ P. v. d. Lippe/V. Heese/R. Kosfeld, *Investitionszyklen in Polen*, Berlin 1984 (im Druck); V. Heese, *Zur permanenten „Überinvestition“ in sozialistischen Wirtschaftssystemen*, dargestellt am Beispiel Polen, Frankfurt — Bern 1982.

⁵²⁾ Ebd., S. 61.

⁵³⁾ J. Mujzel, *Trzecie „S“ i ceny*, in: ZG, (1983) 20, S. 12.

Die Befürchtung, die Bäume des Gewinnstrebens könnten in den Himmel wachsen, stand bei der Reform des Steuersystems Pate. Es sind im wesentlichen vier Arten von Steuern, die der Betrieb zu zahlen hat: Umsatzsteuer (differenziert nach Waren und Dienstleistungen), Lohnsummensteuer, Grundsteuer und Einkommensteuer, deren Progression sowie Bemessungsgrundlage zunächst Gegenstand vieler Fachdiskussionen unter Ökonomen war⁵⁷). Die Zielsetzung der Einkommensteuer ist, ähnlich wie bei der Steuer auf den Lohnfonds (Lohnsumme), die Begrenzung des inflationär ansteigenden Lohnniveaus. Auf die fatale Rolle, die der Lohnfonds als Inflationsherd spielt, wurde bereits eingegangen.

Das Steuersystem ist nicht nur fiskalisch bedeutsam (Umsatz- und Einkommenssteuer finanzieren zusammen zu ca. 90% den Staatshaushalt), es hat theoretisch auch eine wichtige Lenkungsfunktion. Es kann aber diese Funktion kaum wahrnehmen. Einige Beispiele zu dieser Problematik:

Bei der Diskussion über die Wiedereinfüh-

rung der 1982/83 ausgesetzten Vermögenssteuer bestand die Absicht, den wirtschaftlichen Umgang mit Vermögen zu fördern (ähnliche Ziele verfolgte man schon öfter mit Abschreibungsrichtlinien, Zinsen auf das Anlagevermögen usw.). Aber woher kommt das Vermögen (bzw. Gewerbekapital), wenn die Gewinnverwendung nicht frei ist? Ist es nicht vielmehr das zufällige Ergebnis vorangegangener Materialzuteilungen und Subventionen⁵⁸? Zwar konnte 1982/83 das „Finanzergebnis“ der Betriebe (nach Steuerabzug) deutlich verbessert werden⁵⁹), nachdem es 1981 noch negativ war, aber die Wirkung der Einkommenssteuer (sie schöpfte 65—66% des Gewinns ab) auf das Verhalten der Betriebe war gering. Man kann sich von ihr nur eine Angleichung der Rentabilitäten versprechen. Interessanterweise scheint aber gerade das wünschenswert zu sein: „Eine normale, gesunde Wirtschaft ist charakterisiert durch eine relative Gleichheit der Rentabilitäten (der Betriebe).“⁶⁰) Man fragt sich natürlich, was man sich dann von der Selbstfinanzierung verspricht⁶¹).

III. Weitere Aussichten

Es ist offenbar gelungen, aus der desorganisierten Defizitwirtschaft wieder eine organisierte Defizitwirtschaft zu machen. Natürlich interessiert die Frage, wie es nun weitergehen wird. Die vernünftige Antwort scheint mir zu sein: vermutlich nicht sehr viel anders als bisher.

Die Bevölkerung wird sicher auch in Zukunft mit Recht unzufrieden sein. Aus der Sicht der Führung ist es eben ein Volk, das nicht zu dem Regierungssystem paßt (nicht umgekehrt).

Der Dreijahresplan 1983—1985 wurde, obgleich geplant ist, 1985 „nur“ 96% der Industrieproduktion und 85% des verwendeten Nationaleinkommens von 1980 wieder zu erreichen, allgemein als recht ehrgeizig emp-

funden. Er sah eine Steigerung der Industrieproduktion für 1983 um 15% vor, sowie ein Anti-Inflations- und Sparprogramm. Die damit eingeführte Luxussteuer auf Autos, „Datschas“, Jagdgewehre usw. dürfte zwar populär, aber fiskalisch wenig bedeutsam sein. Zum Sparprogramm gehörten vor allem Vorgaben zur Steigerung der Arbeitsproduktivität⁶²)

⁵⁸) U. Wojciechowska, a. a. O. (Anm. 57).

⁵⁹) Interessante Zahlen zu den erheblich verbesserten Finanzen der Betriebe finden sich in E. Cichowski, Wyniki ekonomiczne przemyslu kluczowego w okresie 1982 r i w 1. kwartale 1983 r, in: Finanse (1983) Juli/August, S. 19ff. Die guten Ergebnisse beruhen aber vor allem auf gestiegenen Einzelhandelspreisen und der Abwertung des Zloty.

⁶⁰) U. Wojciechowska, a. a. O. (Anm. 57). Vielleicht liegt hier ein Mißverständnis westlicher Lehren von der Wirkung des Wettbewerbs vor.

⁶¹) Es ist auch zu bedenken, daß viele Entscheidungen gar nicht rentabilitätsorientiert sind. So ist z. B. als Motiv für Investitionen die Schaffung einer Reserve für die Planerfüllung bestimmt wichtiger als die Gewinnerwartung.

⁶²) Gesamtwirtschaftlich um 10 bis 12%, in der Industrie um ca. 17 bis 20%.

⁵⁷) Die Progression wurde wieder fallengelassen. Vgl. a. a. O. (Anm. 21) und U. Wojciechowska, Podatek dochodowy i obciazenia na FAZ (= Fundusz Aktywizacji Zawodowej), in: ZG, (1983) 40, S. 5ff.

und der Senkung des Materialverbrauchs bei der Produktion⁶³). Ein Novum ist auch, daß der Sejm erstmals gewisse Richtwerte hinsichtlich der Auslandsverschuldung, Investitionsaufwendung und des Staatshaushaltes verkündete. Bemerkenswert an der tatsächlichen Entwicklung ist nicht so sehr, daß sie hinter der ehrgeizigen Planung zurückblieb⁶⁴), sondern daß man, wie schon in früheren Zeiten, versuchte, sie vorwiegend auf extensivem Wege (also durch vermehrten Einsatz von Produktionsfaktoren) zu erreichen. Dabei ist das gewaltige Niveau angefangener, unvollendeter und auch liquidierten Investitionen sowie der Rückgang der Investitionsaufwendungen bis 1982 eine zusätzliche materielle und psychologische Belastung. Ein „Aufschwung“ ist also nicht nur praktisch aus eigener Kraft zu schaffen, sondern muß auch mit einer desillusionierten und verarmten Bevölkerung erreicht werden⁶⁵), der riesige Fehlinvestitionen und Verschwendungen nicht verheimlicht werden können. Die Aufgabe der Führung ist auch politisch sehr schwierig; sie wird von innen und außen mit Argwohn beobachtet, und es gibt keine gesellschaftliche Kraft mehr, der das Volk vertraut, weil Jaruzelski jeden Widerstand zermürben und lähmen konnte (und vielleicht auch mußte).

Von der Reform sollte man nicht allzuviel erwarten. Es ist inzwischen auch im Westen eine weit verbreitete Erkenntnis, daß ein Großteil der gut gemeinten Reformvorstellungen von Partei und Staatsführung durch Beharrlichkeit und Boykottpolitik des riesigen Beamtenapparates sabotiert wird. Die Stärke der Bürokratie liegt vor allem darin, daß sie ihre Existenzberechtigung in einer Zentralverwaltungswirtschaft nie wirklich in Frage gestellt sieht und es sich deshalb vermutlich als einzige Institution leisten kann, in langen Zeiträumen zu denken.

Das zentralistische System fördert auch keine unternehmerischen Fähigkeiten. Jede Reform

ist mit einer Anlernphase für Betriebsleiter und für die Ministerialbürokratie verbunden. Und ehe diese Phase beendet ist, wird meist das Reformexperiment schon wieder abgeblasen. Es hat sich gezeigt, daß sich am flexibelsten die Arbeiter auf eine neue Situation einstellen können, danach die Betriebsleiter und am langsamsten die Ministerien. Wenn man, wie es den Anschein hat, immer mehr zu einer jährlichen Teilreform (mit neuen Gesetzen am Jahresanfang) übergeht, so werden sich in den Betrieben immer mehr Talente zur kurzfristigen Ausnutzung von Gesetzeslücken herausbilden⁶⁶).

Es überrascht daher nicht, daß die Reform der Militärs in zurückhaltender und „abwartender“ Haltung aufgenommen wurde. Es dominiert die kurzfristige Perspektive; man betrachtet die Reform als vorübergehende und scheinbare Veränderung⁶⁷). Nach wie vor sind die Betriebe der Meinung, daß das Betriebsergebnis nicht von der Leistung des Betriebes, sondern von „Außenfaktoren“ abhängt⁶⁸).

Das Land war eigentlich immer schon reformfreudig. Auslöser von Reformen kann „die Ansicht sein, daß das alte, kompromittierte System keine Verbesserung der Situation herbeiführen könne“⁶⁹). Aber auch einem neuen System wird man eines Tages wieder die Schuld für eine Fehlentwicklung in die Schuhe schieben können.

Zumindest früher hatten Reformen auch, ähnlich wie Pläne, einen voluntaristischen Aspekt (unter „voluntaristischer Planung“ versteht man u. a., ohne Angabe von Gründen, eine optimistische Planvariante auszuwählen, weil ein Plan ja auch, selbst wenn er unrealistisch ist, eine Mobilisierungsfunktion hat⁷⁰).

⁶³) Um 4,1 bis 4,8 %.

⁶⁴) Produktivitätssteigerung in der Industrie in den ersten sieben Monaten 9,7 %.

⁶⁵) Schwerpunkte des Plans sind deshalb auch die Sicherstellung der Ernährung und Marktversorgung, der Einkommenstransfers zugunsten der ärmsten Schichten und die Verbesserung der Wohnungssituation.

⁶⁶) Konsequenz ist wohl aber auch die immer schlechtere Kontrollierbarkeit der Prozesse, wie sie sich ja auch bei der Verkürzung des Planungshorizonts (Quartalspläne) gezeigt hat. Vgl. U. Wojciechowska, Proby tworzenia systemu informacji o funkcjonowaniu przedsiębiorstw w warunkach reformy gospodarczej, in: GP, (1983) 6, und W. Kalinowski/P. Karpinski, a. a. O. (Anm. 21).

⁶⁷) J. Pajestka, Reforma wymaga misjonarzy, in: ZG, (1983) 1.

⁶⁸) o. V., Co jest z reforma, in: ZG, (1983) 18.

⁶⁹) Vgl. Z. Dziembowski, Przedsiębiorstwo a reforma gospodarcza, Warschau 1983, S. 17.

⁷⁰) Diese Beschreibung stammt aus der Arbeit der KRG, a. a. O. (Anm. 41).

Diese Rolle kann die Reform aber wohl immer weniger spielen. Denn die Partei hat ja u. a. auch dadurch Vertrauenskapital verspielt, daß sie wiederholt eine völlig neue Etappe im Aufbau des Sozialismus verkündet hatte, ohne daß sich für die Bevölkerung sichtbar etwas änderte.

Was die konkreten Pläne für die nahe Zukunft betrifft, so sind m. E. zwei Probleme zu sehen, die zugleich das Dilemma beschreiben:

Kurzfristig:

Das sicher aus wachstumspolitischen Gründen berechtigte Gefühl, der Plan 1986—1990 könne nicht mehr so einseitig unter dem Motto der „Verteidigung des Konsums“⁷¹⁾ ste-

⁷¹⁾ A. Karpinski, Ogólna koncepcja prac nad planem perspektywicznym do 1995 r., in: GP, (1983) 6, S. 253ff (259).

hen, könnte erneut zur Forcierung der Investitionen verleiten, was dann wieder Konflikte mit der Bevölkerung heraufbeschwört.

Langfristig:

Die Erblast Giereks ist noch nicht überwunden; denn auf lange Sicht bedeutet die Desinvestition (erst 1983 gab es wieder positive Wachstumsraten der Investitionen) und der Rückzug aus dem Westgeschäft, wo man sich als „gospodarka hinterlandu“ (Hinterlandswirtschaft) fühlte⁷²⁾, ökonomisch und technologisch einen Fehlstart ins 21. Jahrhundert. Manche Polen haben das Gefühl, daß ihr Land die Chance verpaßt hat, die ihm zu Giereks Zeit geboten war.

⁷²⁾ S. Dlugosz, Problem „ograniczonej reorientacji“ w polskim handlu zagranicznym, in: GP, (1983) 3, S. 101.

Polen — unser unruhiger Nachbar

Auch wenn das Thema „Polen“ heute nicht mehr die Schlagzeilen der Weltpresse beherrscht, so geht doch im Innern unseres Nachbarlandes das Ringen um den zukünftigen Weg und die Überwindung der jahrelangen Krise weiter. Angesichts des hohen Schwierigkeitsgrades der zu lösenden Probleme, vor allem im wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Bereich, der fortdauernden Vertrauenskrise zwischen politischer Führung und Bevölkerung, der vielfach anzutreffenden Resignation, aber auch eines nicht erlahmenden Widerstandsgeistes, ist auf absehbare Zeit nicht damit zu rechnen, daß Polen zur Ruhe kommt.

Das Bild Polens heute stimmt nicht, wenn man es ausschließlich aus der Sicht Westeuropas, der „Solidarität“ und des Widerstandes im Untergrund betrachtet. Andererseits ist auch das von den polnischen Medien verbreitete Bild dieses Landes nicht vollständig, oftmals einseitig und schief, nicht selten widersprüchlich, je nach politischem und gesellschaftlichem Standort der keinesfalls durchgängig als regimekonform anzusehenden Presse. In Polen ist die Grauzone zwischen Schwarz und Weiß im Vergleich zu anderen Ländern riesig. Das schafft Widersprüche und Verständigungsschwierigkeiten vor allem bei jenen Beobachtern, die noch immer glauben, in Polen ginge es zu wie in jedem kommunistischen Land.

Es ist nicht allein die Rolle der katholischen Kirche, die hier aus dem Rahmen fällt, auch nicht die der privaten Bauern, die fast 80 % des Bodens bewirtschaften. In dieses Bild der Widersprüchlichkeiten eines kommunistischen Landes gehören ein weit von parteilichen Bevormundungen freies künstlerisches und kulturelles Leben, eine nicht nur auf die Wochenzeitung „Polityka“ beschränkte lebhaft publizistische Auseinandersetzung mit den aktuellen Problemen des Landes (trotz nach wie vor existierender Zensur) und für diese Gesellschaftsordnung geradezu erstaunliche Vermögensunterschiede in der Bevölkerung.

Polen geht im Lager der Warschauer-Pakt-Staaten längst schon seinen eigenen Weg. Das nicht erst seit 1956 zu verzeichnende Aufbegehren des Volkes dokumentiert seinen unbändigen Freiheitsdrang, der sich in Geschichte und Gegenwart stets der Führung des Landes entgegensetzte, um ihr Zugeständnisse abzutrotzen, den Besatzern aber unter Einsatz des eigenen Lebens klarmachte, daß Polen Polen bleibt. Es wäre nun geradezu erstaunlich, wenn Polen im Kommunismus seinen Widerstands- und Widerspruchgeist aufgegeben hätte. So sind denn nun die Verhältnisse in Polen anders als in den kommunistischen Bruderländern, eben spezifisch polnisch, und es hat den Eindruck, daß man in Polen Wert darauf legt, dies zu beachten.

I. Soziale Probleme und Lebensstandard

Die Widersprüchlichkeiten dieses Landes, gerade auch in seiner derzeitigen tiefen wirtschaftlichen und politischen Krise, sind faszinierend, aber für Deutsche wie für andere Nachbarn Polens nur schwer verständlich. Da sahen sich 1982 die Behörden gezwungen, 482 Verfahren gegen Millionäre einzuleiten, bei denen man Eigentum im Wert von 552 Millio-

nen Złoty beschlagnahmte und außerdem Immobilien im Wert von 1,26 Milliarden Złoty vorläufig konfiszierte. Auf ihren privaten Devisenkonten hatten polnische Bürger bis Ende Oktober 1983 insgesamt 230 Millionen US-Dollar angesammelt, doppelt soviel wie zum selben Zeitpunkt des Vorjahres. Auf einem freien Markt in Krakau beschlagnahmte

die Miliz im vorigen Dezember Schwarzmarkt-Waren im Wert von über 2 Millionen Złoty, die meisten davon stammten aus dem Westen.

Und die andere Seite der Medaille: Der frühere Arbeitsminister Rajkiewicz schätzt die einkommensschwächste Bevölkerungsschicht in Polen auf 7 bis 8 Millionen Menschen. Das sind mehr als 20 % der Gesamtbevölkerung. Bei über 13 % der Bevölkerung, etwa 5 Millionen Bürgern, liegt das Einkommen sogar unter dem sozialen Minimum.

In konkreten Zahlen sehen die Einkommensverhältnisse so aus: Das Durchschnittseinkommen in den Arbeiter- und Angestellten-Haushalten belief sich nach Angaben des Statistischen Hauptamtes vom Oktober vorigen Jahres auf 6.800 Złoty pro Kopf bei einem auf die gesamte Volkswirtschaft berechneten Durchschnittseinkommen von 12.892 Złoty.

Die höchsten Durchschnittslöhne werden mit 14.752 Złoty in der Industrie gezahlt. Im Bereich Volksbildung sind es 10.190 Złoty durchschnittlich pro Monat und im Gesundheitsdienst 9.993 Złoty. Aber: Im ersten Halbjahr 1983 hat sich im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres die Zahl der Familien mit niedrigem Einkommen erhöht. 5,4 Millionen Bürger verdienten monatlich weniger als 6 000 Złoty, das derzeitige Einkommensminimum. Hinzu kommen noch 2,5 Millionen Rentner. Die niedrigste Rente liegt monatlich bei 5.000 Złoty (Stand November 1983), die Durchschnittsrente beträgt 7.062 Złoty. Dies sind Einkommen, die angesichts der anhaltenden Preiserhöhungen (offizieller und heimlicher) allzuoft nicht mehr ausreichen, den eigenen Lebensunterhalt zu finanzieren.

Auch deshalb sind Preiserhöhungen in Polen stets Anlaß für heftige Unmutsreaktionen der Bevölkerung bis hin zu Auseinandersetzungen auf der Straße gewesen. Und die Preiserhöhungen sind allemal erheblich. Zuletzt stiegen am 1. Oktober vorigen Jahres die Mieten in allen nicht von Genossenschaften gebauten Wohnungen um glatte 100 %. Betroffen waren davon etwa 10 Millionen Bürger. Da fällt bei der Bevölkerung schon nicht mehr ins Gewicht, daß der Staat mit sozialen Hilfen die größten Härten zu lindern sucht. Immerhin waren im Jahre 1982 insgesamt 10,2 % der Ar-

beiterfamilien und 18,6 % der Rentner und Pensionäre Empfänger staatlicher Sozialhilfe. Auch 14 % der jungverheirateten Ehepaare steckten in solchen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, daß sie Sozialhilfe in Anspruch nehmen mußten.

Es ist unbestreitbar, daß beispielsweise bei Lebensmitteln und Dienstleistungen Preiserhöhungen längst überfällig sind. Seit Februar 1982 hat der Staat die Lebensmittelpreise mit 189 Milliarden Złoty subventioniert. Jetzt geht man radikal an einen Abbau dieser Subventionen, die zu einer erheblichen Belastung des Staatshaushaltes geworden sind. Während in den letzten Jahren die Subventionen bei Lebensmitteln noch etwa 150 % betragen, sind sie nach der Preiserhöhung vom Februar 1982 deutlich auf 30 % gesunken und sollen in Zukunft nur noch 20 % betragen.

Bereits im September letzten Jahres kündigte Preisminister Krasinski unumgängliche Preiserhöhungen bei Lebensmitteln für 1984 an und wies darauf hin, daß seit der letzten Anhebung der Preise für Brot und Getreideprodukte zweieinhalb Jahre vergangen sind. In dieser Zeit, so der Minister, seien aber die Aufkaufpreise für landwirtschaftliche Produkte von der Regierung erhöht worden, nicht zuletzt, um die Bauern dazu zu bewegen, den staatlichen Aufkaufstellen für landwirtschaftliche Erzeugnisse mehr anzubieten. Eine zwangsweise Ablieferungspflicht besteht nämlich bei den polnischen Bauern nicht.

Die Ankündigung neuer Preiserhöhungen, die Wiedereinführung der Rationierung bei Fetten und die weitere Kürzung der monatlichen Benzinrationen trieben das Stimmungsbrometer in Polen Ende vorigen Jahres wieder dem Siedepunkt zu. Die Regierung war deshalb gut beraten, anders als in früheren Jahren, behutsamer vorzugehen. In sogenannten gesellschaftlichen Konsultationen wurden die von den Experten der Regierung ausgearbeiteten Varianten der Preiserhöhung zur Diskussion gestellt.

Wie die Bevölkerung allerdings diese „gesellschaftlichen Konsultationen“ einschätzte, zeigte sich bei einer Aktion der Tageszeitungen, die mittels eines in den Blättern abgedruckten Fragebogens von ihren Lesern erfahren wollten, welcher der Varianten sie den

Vorzug geben. Nur 40 000 zurückgesandte Fragebögen zeigten deutlich das mäßige Interesse an der Konsultation. Ihre Auswertung durch die Preisforschungsstelle ergab, daß die meisten Einsender sich dafür aussprachen, lieber schrittweise kleinere Preiserhöhungen vorzunehmen als einmalig eine große. Ohne allerdings Zahlen zu nennen, berichtete die Warschauer Zeitung „Zycie Warszawy“, eine Umfrage habe ergeben, daß die Notwendigkeit der anstehenden Preiserhöhung für Lebensmittel nur von einer kleinen Gruppe der Befragten akzeptiert worden sei. Sie sei zahlenmäßig noch geringer als bei einer ähnlichen Umfrage vor den Preiserhöhungen im Jahre 1981.

Das unüberhörbare Grollen in der Bevölkerung veranlaßte die Regierung, die zum Jahresbeginn 1984 geplante Preiserhöhung schrittweise und in geringerem Umfang als geplant zu realisieren. Damit bleibt aber zugleich die Rationierung bei Fetten, Fleisch, Zucker, Mehl und Reis erhalten. Molkereiprodukte und Wodka (650 Złoty für einen halben Liter) sind demgegenüber weiterhin frei er-

hältlich. Neben Lebensmitteln besteht die Rationierung bei verschiedenen Industriewaren fort. So können Waschmaschinen, Kühlschränke, aber auch Baby-Kleidung nur mit einem Bezugsschein gekauft werden.

Was an Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel in diesem Jahr vorgesehen ist, reizt allerdings erneut den Volkszorn. Ohnehin hat man in den letzten drei Jahren Preissteigerungen in Größenordnungen zwischen 600 und 700 % hinnehmen müssen. Der Preis für 250 Gramm Butter stieg von 17,50 auf 77 Złoty, für einen Liter Milch von 2,90 auf 12 Złoty. Vor fünf Jahren kostete der Doppelzentner Kartoffeln noch 150 Złoty, heute 1.200 bis 1.400 Złoty. Für eine 60 qm große Drei-Zimmer-Eigentumswohnung werden heute bereits 3 Millionen Złoty auf dem freien Wohnungsmarkt verlangt — eine für die meisten Polen unerschwingliche Summe. Daß die Preise für Lebensmittel jetzt im Durchschnitt „nur“ um etwa 50 % steigen sollen — Fleisch um ca. 30 % und Fette um etwa 25 % —, kann die Gemüter keineswegs beruhigen.

II. Landwirtschaftliche Produktion und Leben auf dem Lande

Polens Bauern konnten im vergangenen Jahr eine ausgezeichnete Ernte einbringen, manch einer spricht von einer Rekordernte für das Land. Seit 180 Jahren hat man auf polnischem Boden nicht so viel Zucker produziert wie bei der letzten Kampagne, die bis zum 6. Januar 1,9 Millionen Tonnen Zucker erbracht hat. Auch die Getreideernte kann sich sehen lassen. In den niederschlesischen Wojewodschaften konnten 34 Doppelzentner pro Hektar geerntet werden. Das sind 3 Doppelzentner mehr als 1982. In der Wojewodschaft Legnica (Liegnitz) wurde nach Angaben der dortigen Agrarexperten die zweitbeste Getreideernte seit Kriegsende eingebracht.

In dieser Wojewodschaft gehören 51,2 % der Anbaufläche den Einzelbauern, 42,8 % den Staatsbürgern und 6 % Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Die Privatbauern lieferten 60 % des geplanten Aufkaufs bei Getreide und damit 30 % mehr als vorgese-

hen. Die staatlichen Landwirtschaftsbetriebe konnten ihr Ablieferungssoll nicht erfüllen.

Grund für die erhöhte Getreideablieferung der Privatbauern waren die günstigeren Aufkaufpreise des Staates. Dennoch wird Polen nach Angaben des stellvertretenden Ministerpräsidenten Madej gezwungen sein, 4 Millionen Tonnen Getreide und Futtermittel zu importieren.

Angesichts dieser hervorragenden Ernteergebnisse stellen sich die Bürger in Polen zu Recht die Frage, wo dieser Segen bleibt. Eine plausible Antwort ist nirgends zu erhalten. Wahrscheinlich geht ein erheblicher Teil der polnischen Agrarprodukte in den Export, um Märkte zu halten und dringend benötigte Devisen für das Land zu beschaffen. Und dies wird wohl auch auf absehbare Zeit so bleiben müssen.

Längst überfällige Reformen im Agrarbereich, eine rationellere Bewirtschaftung und eine bessere Ausstattung der Betriebe mit Maschinen, Pestiziden und Düngemitteln sind jedoch dringend erforderlich, um die Leistungsfähigkeit der polnischen Landwirtschaft zu steigern und damit nicht zuletzt auch zu einer besseren Lebensmittelversorgung des Landes beizutragen. Voraussetzung dafür ist aber auch eine dringend notwendige Verbesserung der Lebensbedingungen auf dem Lande.

Die Warschauer Wochenzeitung „Przegląd Tygodniowy“ malte vor einiger Zeit ein ziemlich düsteres Bild vom Leben im polnischen Dorf. Dort haben 90 % der Wohnhäuser kein fließendes Wasser. Man versorgt sich aus dem Brunnen. Die Hälfte dieser Häuser droht einzustürzen, da sie baufällig sind. 40 % der Landbevölkerung Polens lebt unter dem sozialen Minimum. Auf einen Dorfarzt entfallen mehrere tausend Patienten. Da es auf dem Lande kaum Telefone gibt, ist es bei einer schweren Erkrankung nahezu unmöglich, rechtzeitig Hilfe zu holen. 15 bis 18 Stunden arbeiten die Frauen heute in der Landwirtschaft. Ihre Arbeitszeit verlängert sich ständig. Noch in den dreißiger Jahren arbeiteten sie nur 13 Stunden.

Die allgemeinen Lebensbedingungen in den polnischen Dörfern liegen unter dem Niveau eines mittelmäßig entwickelten europäischen Landes. Nach Angaben der Wochenzeitung gibt es nicht einen einzigen Bereich, in dem die Bedürfnisse der Landbevölkerung auch nur zufriedenstellend geregelt wären.

Nur 12 % der Bürger auf dem Lande leben auf hohem Niveau, was immer man darunter verstehen mag. Katastrophal ist die Situation der vier Millionen Jugendlichen auf dem Dorfe. Tausende von Dorfkindern erreichen jährlich keinen Abschluß der Grundschule, was auf eine zivilisatorische Rückständigkeit der Eltern, Lehrermangel oder Überbelastung in der Landwirtschaft zurückzuführen ist. Nur 3 % der Dorfkinde r absolvieren die Hochschule.

Mangelhafte Zukunftsaussichten, kein Kulturleben und die verbreitete Meinung, die Industrie habe Vorrang vor der Landwirtschaft, verursachen eine Abwanderung der begabten Dorfjugend in die Städte.

Die relativ niedrige Produktivität der polnischen Landwirtschaft ist nach Meinung des Blattes auf die Vernachlässigung des Agrarwesens durch eine falsche Entwicklungsstrategie und schlichte Unfähigkeit der politischen „Zentrale“ zurückzuführen und kann nicht binnen kurzer Zeit beseitigt werden. So ist die Produktivität der polnischen Landwirtschaft zehnmal niedriger als in den USA und fünfmal niedriger als in den entwickelten europäischen Ländern. Der Düngemittelverbrauch liegt in Griechenland und Jugoslawien viermal höher als in Polen. Bei allen Vergleichen im landwirtschaftlichen Bereich bleibt Polen hinter den sozialistischen und westlichen Ländern zurück. Unter Hinweis auf den Kampf gegen die „Kulaken“ Anfang der fünfziger Jahre macht das Blatt die „ideologische Verbissenheit der politischen Führung“ für die problematische Situation auf dem Lande verantwortlich. Die seit über 30 Jahren in Polen betriebene absurde Agrarpolitik, so heißt es weiter, sei gekennzeichnet von einer dramatischen Unterinvestierung der Landwirtschaft, strukturellem Chaos, verzweifelt niedriger Produktivität und einer Abwertung des Berufsprestiges der Landwirte.

Kein Wunder, daß die polnische Regierung dem Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche gegenüber aufgeschlossen ist. Um aber dieses Projekt in Gang setzen zu können, bedarf es zunächst der Verabschiedung eines Stiftungsgesetzes durch das Parlament. Episkopat und Regierung haben bereits Arbeitsgruppen eingesetzt, die sich mit den Realisierungsmöglichkeiten dieses Projektes befassen, das mit einem Finanzvolumen von mehreren Milliarden DM ausgestattet werden soll. Aufgebracht werden soll dieser Betrag u. a. von den katholischen Kirchen im Westen.

III. Wirtschaftsreformen und Aufwärtstrend?

Daß ohne Reformen im Agrarbereich, die inzwischen begonnen werden, auch diese Milliarden-Spritze für die polnische Landwirtschaft verpufft, ist allen Einsichtigen in Warschau klar. Dies gilt selbstverständlich auch für die anderen Bereiche der Wirtschaft Polens, die dringend der Reform bedürfen, wenn Polen wirklich aus dieser tiefen Krise herauskommen will. Der Sejm, das polnische Parlament, hat schon längst die Gesetze zur Wirtschaftsreform verabschiedet, die die Regierung unter Assistenz zahlreicher Experten aus Theorie und Praxis erarbeitet hatte. Allerdings gehen die Meinungen unter den Fachleuten erheblich auseinander, wenn es um die Beurteilung der bisherigen Ergebnisse dieser Reform geht.

Minister Braka, der Bevollmächtigte der polnischen Regierung für die Wirtschaftsreform, beurteilt die Lage optimistisch und vertritt die Auffassung, daß die Reform bereits Ergebnisse zeige. Er verweist darauf, daß bis August 1983 die Industrieproduktion um 8,5 %, der Export um 17 % und die Arbeitsproduktivität um 12 % im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres gestiegen seien.

Das Statistische Hauptamt machte zum Jahresende etwas differenziertere Angaben. Danach sind in der Industrieproduktion Tendenzen einer ständigen Steigerung feststellbar. Während der Aufkauf von Lebendvieh zurückging, konnte bei Geflügel eine Zunahme festgestellt werden. Das Statistische Hauptamt sprach zwar von einem Nachlassen der rückläufigen Tendenzen in der Viehzucht, doch ist klar, daß sich die Fleischversorgung in Polen auf absehbare Zeit nicht durchgreifend verbessern wird. Das Amt stellte ferner fest, daß weniger Wohnungen fertiggestellt wurden, bei Im- und Export steigende Ziffern zu verzeichnen sind und die Einkommen der Bevölkerung stärker stiegen als die Preise.

Eine große Zahl von Wirtschaftsexperten teilt den Optimismus von Minister Baka nicht. Sie sprechen schon heute von einem Scheitern der Wirtschaftsreform, da vor allem die Wirtschaftsbürokratie diese Reform blockiere und sie damit praktisch verhindere. Sie bezweifeln die Richtigkeit der von den Statistikern vor-

gelegten Zahlen oder vertreten die Auffassung, daß nicht die Wirtschaftsreform Grund für ein allmähliches Ansteigen der Produktionsziffern sei, sondern eine allgemeine Erholung der Wirtschaft des Landes.

Es hat tatsächlich den Anschein, als ob die Talsohle nunmehr durchschritten sei und sich ein bescheidener Aufwärtstrend zeige. Die Kohleförderung, für die Wirtschaft Polens von ausschlaggebender Bedeutung, hat 1983 die Marke von rund 190 Millionen Tonnen erreicht und liegt damit um 6,5 Millionen höher als 1982. Allerdings gibt es inzwischen auf den attraktiven Märkten im Westen Absatzschwierigkeiten.

Die polnischen Behörden machen es sich zu einfach, wenn sie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes und die nur schwach ausgeprägte Aufwärtsentwicklung den Sanktionen des Westens anlasten. Eine Arbeitsgruppe des Instituts für Volkswirtschaft in Warschau hat für den Zeitraum von zwei Jahren einen durch die Sanktionen verursachten finanziellen Schaden in Höhe von 10,5 Milliarden US-Dollar errechnet.

Zweifellos hat die polnische Wirtschaft durch die Restriktionen westlicher Länder deutliche Einbußen erlitten. Kein Wunder, daß man in der Warschauer Führung laut über eine „Reorientierung“ nachdenkt. Der stellvertretende Ministerpräsident Madej erklärte, was darunter zu verstehen ist: Eine gewisse Verschiebung der wirtschaftlichen Bindungen Polens von den entwickelten kapitalistischen Ländern weg zugunsten der RGW- und Entwicklungsländer.

Er sprach von zwei Etappen, in denen diese „Reorientierung“ vollzogen wird. Die erste Etappe lief in den Jahren 1982/83 und erfaßte Sofortmaßnahmen unter dem Einfluß aktueller Ereignisse. In der jetzt beginnenden zweiten Etappe, die auch das Planjahr fünf 1986 bis 1990 umfassen wird, beruhe die „Reorientierung“ auf einer starken Kooperation der Industrie Polens mit der übrigen sozialistischen Länder. Einige Industriezweige Polens werden ihren Export ausschließlich auf Abnehmer im RGW ausrichten, die — so der stellvertretende Ministerpräsident — für Po-

len günstige Konditionen anbieten. Im Zuge der „Reorientierung“ soll die technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit und die Entwicklung eigener Konstruktionen und Technologien im Rahmen des RGW vorangetrieben werden.

Polnische Wirtschaftsexperten zweifeln daran, ob eine solche „Reorientierung“ auf die RGW-Länder angesichts des riesigen Technologie-Imports aus dem Westen, insbesondere in den siebziger Jahren auch aus der Bundesrepublik Deutschland, überhaupt möglich ist. Man verweist aber darauf, daß die Schwierigkeiten bei der Zulieferung von Halbfabrikaten aus dem Westen und nicht zuletzt auch das Ausbleiben von Ersatzteilen westlicher Lieferfirmen zu erheblichen Problemen geführt haben, die der Westen im Interesse einer Fortsetzung der bisherigen wirtschaftlichen Kooperation und auch im Hinblick auf die Begleichung der polnischen Schulden im Westen beseitigen helfen sollte.

Es bleiben Polen ohnehin genügend wirtschaftliche Sorgen, bei denen eine Hilfe von außen nicht möglich ist. Realistischerweise hat man radikale Streichungen bei den Investitionsvorhaben vorgenommen. Bereits in den Jahren 1980/81 hatte die Regierung entschieden, Investitionen mit einem Volumen von 1,5 Billionen Złoty einzustellen, denn ihre Fertigstellung hätte noch weitere 1,1 Billionen Złoty verschlungen. Zur Fortführung der nicht eingestellten Investitionen wurden 1982 insgesamt drei Billionen Złoty ausgegeben.

Arbeitszeit und Arbeitsproduktivität sind für die polnischen Wirtschaftsplaner weitere Belastungen bei den Bemühungen, aus der Krise herauszukommen. Beide liegen so niedrig wie

in keinem anderen Land Europas. Während man bei uns noch über die 35-Stunden-Woche diskutiert, besteht sie in Polen bereits faktisch. Zwar beträgt die nominale Arbeitszeit 42 Stunden pro Woche, tatsächlich wird aber nur 34 Stunden gearbeitet, was den stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski zu der Feststellung veranlaßte, man verhalte sich in Polen so, als wäre man ein zweites Kuwait. Aus unterschiedlichen Gründen fehlen in polnischen Betrieben täglich etwa 1,2 Millionen Menschen am Arbeitsplatz.

Polnische Arbeiter sind keineswegs faul oder dumm. Das Gegenteil stellen sie auf Baustellen in der Bundesrepublik Deutschland und als Schwarzarbeiter unter Beweis. Sie verfügen zudem in der Regel über eine sehr gute handwerkliche Ausbildung. Offensichtlich ist ihnen aber angesichts leerer Geschäfte und galoppierender Inflation in Polen die Motivation zu hartem Arbeiten abhanden gekommen.

Ein weiteres Problem belastet die Wirtschaft Polens: die hohe Fluktuation der Arbeitskräfte. Ende Juni vorigen Jahres waren beispielsweise 316 500 freie Arbeitsplätze registriert. 90 % von ihnen gingen auf Arbeitsplatzwechsel zurück. Bei nur 10 % handelt es sich um neugeschaffene Arbeitsplätze. 1983 haben schätzungsweise etwa zwei Millionen Personen ihren Arbeitsplatz gewechselt. Auf 10 Arbeitssuchende entfielen im Juni 1983 insgesamt 475 offene Stellen. Es fehlt allenthalben an Arbeitskräften im Lande. Heute von Arbeitslosigkeit in Polen zu sprechen, entspricht nicht den Tatsachen. Zudem gibt es eine gesetzlich verankerte Arbeitspflicht. Die Wirksamkeit dieses Gesetzes steht allerdings auf einem anderen Blatt.

IV. Das gesellschaftliche und politische Kräftespiel

1. Die neuen Gewerkschaften

Die neuen Gewerkschaften können aufgrund ihrer eigenen Probleme nur wenig tun, um Arbeitsmoral und Produktivität zu verbessern. Zwar sollen nach offiziellen Angaben mittlerweile etwa 3,7 Millionen Arbeiter den Gewerkschaften beigetreten sein, doch der

stillschweigende Boykott, das Abwarten, was wird, ist bei den Arbeitern nach wie vor vorherrschend. Sie sind noch immer mißtrauisch gegenüber ihrer von oben verordneten Interessenvertretung.

Es wird noch eine Weile dauern, bis der größte Teil der Arbeiter dieses Mißtrauen

aufgibt. Aber in dem Maße, wie die neuen Gewerkschaften unter Beweis stellen, daß sie nicht Werkzeug der Regierung und der Partei, sondern Interessenvertretungen der Arbeiterschaft sein wollen, wird die Zahl der beitragswilligen Werktätigen wachsen. Die jüngste Gewerkschaftskritik an den geplanten Preiserhöhungen, ihre Forderungen nach höheren Löhnen, gehen bereits in die Richtung einer Vertrauenswerbung bei den Arbeitern. Der Erfolg bleibt abzuwarten. Da verwundert es, daß die Regierung jetzt den neuen Gewerkschaften Knüppel zwischen die Beine wirft, wenn diese ihren Pflichten bei der Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen nachkommen: Gewerkschaftsminister Ciosek riet den Gewerkschaftsfunktionären jüngst in Jelenia Góra (Hirschberg), anstatt „phantastische Lohnforderungen“ zu stellen, sollten sie sich lieber um eine höhere Arbeitseffektivität in den Betrieben kümmern.

Während bei den Bergleuten der Organisationsgrad relativ hoch liegt, gibt es Betriebe und Wojewodschaften, vor allem in den neuregionalen Regionen Polens, die nur bescheidene Ziffern aufweisen können. So gehören in der Warschauer Automobilfabrik FSO von den 16 000 Beschäftigten nur 1600 Belegschaftsmitglieder der neuen Gewerkschaft an. Auch die 1900 Rentner des Unternehmens, die sich ebenfalls zu einem Beitritt entschlossen haben, können dieses Bild nicht verbessern. Nur etwa 20 % der Arbeiterschaft in den Warschauer Ursus-Traktorenwerken sind Gewerkschaftsmitglieder geworden, und auf der Danziger Lenin-Werft sind es gar nur 14 %. In der ganzen Wojewodschaft Danzig bringen es die neuen Gewerkschaften auf nicht mehr als 19 %. Einen ähnlich schwachen Organisationsgrad verzeichnet man auch in den Betrieben von Wrocław (Breslau) und Niederschlesien.

Die polnische Führung hat ihr Konzept der Neugründung von Gewerkschaften nach dem Verbot im Zusammenhang mit der Verhängung des Kriegsrechts konsequent durchgezogen. Genauso konsequent ging sie bei der Zerschlagung der bis 1981 existierenden Gewerkschaften vor, wobei man auch nicht die einst der Führung genehmen Branchengewerkschaften schonte. Während aber diese

dem Vergessen bereits anheimgefallen sind, bleibt die Erinnerung an die „Unabhängige, selbstverwaltete Gewerkschaft Solidarität“ in der Bevölkerung Polens lebendig.

2. Die Solidarität und der Untergrund

Es ist verständlich, daß sich sehr viele Polen mit dem Verbot der „Solidarität“ nicht abfinden. Zu viele Hoffnungen waren mit dieser Massenbewegung verknüpft, die weniger eine Gewerkschaft, als vielmehr allgemeiner Ausdruck des Verlangens nach grundlegenden Veränderungen in Polen war. Heute, zu Beginn des Jahres 1984, zwei Jahre nach der Verhängung des Kriegsrechts, bleibt als bittere Realität festzuhalten: die Gewerkschaft „Solidarität“ existiert nicht mehr, sie wird im kommunistischen Polen auch nicht wieder auferstehen. Ihre nur kurze Existenz ist bereits Geschichte, ihr Vorsitzender Lech Wałęsa schon zu Lebzeiten eine historische Figur.

Allerdings: der Wille zum Widerstand, die Bereitschaft zum Aufbegehren sind nicht erloschen. Das machen die Aktionen des Untergrunds deutlich, die aber kaum koordiniert und bar jeder langfristigen Konzeption sind. Bis zum Jahresende hatten sich nach offiziellen Angaben etwa 500 bisher im Untergrund tätige Personen den Behörden gestellt, um die Amnestie in Anspruch zu nehmen. Ein nicht gerade beeindruckendes Ergebnis. Denn wenn man diese Zahl umrechnet auf die 49 Wojewodschaften, so entfallen auf jede Wojewodschaft nur etwa zehn Personen, die ihre Untergrundaktivitäten aufgegeben haben.

Hauptmotiv für die Tätigkeit des Untergrunds, der keineswegs nur untergetauchte „Solidaritäts“-Mitglieder umfaßt, ist der Wille, den Monopolanspruch der Partei zu brechen. Man will beweisen, daß es in Polen nach wie vor eine unabhängige Presse gibt, daß Schriftsteller in unabhängigen Verlagen publizieren können, daß weiterhin eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung existiert. So werden denn nach wie vor Informationsblätter verschiedener Art und Richtung publiziert, meldet sich „Radio Solidarność“ über den Äther, werden Bücher gedruckt und vertrieben, gibt es Geheimtreffen der untergetauchten „Solidaritäts“-Funktionäre mit ihrem Vorsitzenden Wałęsa.

Ein Vertreter der Untergrund-„Solidarität“ sagte in einem Interview mit dem „Tygodnik Mazowsze“, dem illegalen Informationsdienst der Gewerkschaft: „Es ist unser größter Sieg, daß heute, nach 35 Jahren Kommunismus, ein Untergrund besteht, der seine eigene Presse in tausenden von Exemplaren Auflage herausgibt, der mit der polnischen Unabhängigkeits-Emigration Kontakt hält. Und die Polizei, die über unbeschränkte Mittel verfügt und hunderte von Menschen losschickt, ist nicht imstande, Bujak festzunehmen.“

3. Die Kirche

Die katholische Kirche Polens war schon im Herbst 1982 zum Untergrund auf Distanz gegangen, als Primas Glemp bei der feierlichen Eröffnung des akademischen Jahres an der Katholischen Universität Lublin auf die Sinnlosigkeit einer Fortsetzung des Untergrundkampfes hinwies. Für die Kirche war das Thema „Solidarität“ spätestens mit dem offiziellen Verbot der Gewerkschaft durch die Behörden erledigt. Nüchterner und weniger emotional bemüht sich die Kirchenführung im Interesse der Nation, das sachliche Gespräch mit Partei und Regierung zur Überwindung der Krise nicht abreißen zu lassen. Und wenn, wie unlängst geschehen, Primas und General fünf Stunden an einem Tisch sitzen, dann spricht nicht der Kommunist mit dem Repräsentanten der Kirche, sondern ein Pole mit einem Polen, um die Probleme des gemeinsamen Vaterlandes einer Lösung näherzubringen.

Die katholische Kirche Polens hat im Vergleich zu anderen kommunistischen Staaten zweifellos eine unangefochten starke Stellung gegenüber Partei- und Staatsbehörden. Aus dieser Position heraus agiert sie zurückhaltend, umsichtig und klug. Realistisch genug, erkennt der Episkopat die durch Ideologie und Bündnis gesetzten Grenzen und vermeidet unnötige Kontroversen mit der Staatsmacht.

Gleichwohl zögert die Kirche nicht, Bedrängten Schutz zu gewähren, Hilfe zu leisten, wo sie erbeten wird. So hat sie jenen Künstlern die Gotteshäuser geöffnet, deren Werke nicht zuletzt aufgrund ihrer politischen Aussage in staatlichen oder in einer der zahlreichen pri-

vaten Galerien nicht gezeigt werden dürfen. Die Kirche übernahm die Rolle eines Mäzens, und die Bischöfe riefen in zahlreichen Wojewodschafts-Städten „Katholische Kulturzentren“ ins Leben. Die Kirche stellt nicht nur die Ausstellungsräume zur Verfügung, sondern sie kauft auch Werke der Künstler an und vermittelt sie an private Sammler. Den Schriftstellern gewährt sie ebenfalls gezielte materielle Hilfe.

Dies war der Hintergrund für eine Attacke des Kirchenministers Lopatka im Oktober vorigen Jahres, der in einem Zeitungsartikel schrieb, es bestehe die reale Gefahr, daß kirchliche Kultur und insbesondere die der katholischen Kirche über ihren Rahmen innerhalb der nationalen Kultur hinaus wolle. Es sei eine Tendenz sichtbar geworden, die ganze nationale Kultur Polens der kirchlichen Kultur unterzuordnen und aus der nationalen Kultur fortschrittliche und revolutionäre Elemente zu eliminieren. Regierungssprecher Urban sprach von Bestrebungen der Kirche, die polnische nationale Kultur von der sozialistischen Kultur anderer Staaten, insbesondere der in den Nachbarstaaten, zu trennen.

Partei und Regierung hatten damit weithin erkennbar klargemacht, daß sie die gegen die ideologischen Grundlagen des kommunistischen Staates gerichteten kulturellen Aktivitäten der Kirche bemerkt hatten und nicht akzeptierten. Dabei blieb es dann auch. Bis jetzt ist nicht bekanntgeworden, daß die Kirche eines ihrer Kulturzentren in den Wojewodschaften hat schließen müssen.

4. Die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei

Die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP), deren politische Führungsrolle in der Verfassung der Volksrepublik Polen festgeschrieben ist, kann in ihrem gegenwärtigen Zustand dieser Verpflichtung nur noch mühsam nachkommen. Zu sehr hat die massenhafte Absetzbewegung ihrer Mitglieder seit 1980 die Partei geschwächt. Man spricht davon, daß die PVAP um etwa eine Million Mitglieder auf ca. 2,5 Millionen geschrumpft ist. Wahrscheinlich liegt aber die tatsächliche Zahl noch wesentlich niedriger.

Als Beispiel für den desolaten Zustand der PVAP mag die Wojewodschaft Legnica (Lieg-

nitz) in Niederschlesien gelten. Hier haben seit 1980 zwei Drittel der Mitglieder die kommunistische Partei verlassen. Von den heute 26 000 eingeschriebenen Parteimitgliedern gehören 6 000 zum Militär, zur Miliz und zu den Staatssicherheitsorganen, weitere 6 000 sind Rentner und 2 000 Mitglieder stellen die Parteiorgane. 14 000 Mitgliedern dieser Herkunft stehen 12 000 aus den Kreisen der Arbeiterschaft, Bauern und Intelligenz gegenüber. Für eine Arbeiterpartei eine mißliche Situation.

Aus Kreisen der PVAP ist zu hören, daß die Partei eigentlich nur noch aus ihrer Bürokratie bestehe und in vielen Bereichen praktisch nicht mehr existent sei. In den meisten Industriebetrieben könne von aktiver Parteiarbeit keine Rede mehr sein. Die Parteibürokratie zeige sich selbstherrlich, da sie einer wirkungsvollen Kontrolle nicht mehr unterliege. Die Macht der Partei beruhe heute auf der Stützung durch das Militär, das ihr diese Macht mit der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 gesichert habe.

Angesichts dieses problematischen Zustands fällt es der PVAP schwer, sich mit den ideologischen Gegnern und ihrer eigenen inneren Opposition auseinanderzusetzen. Die Opposition im Innern ist heute gefährlicher als jene Kräfte, die offen oder im Untergrund gegen das Regime agieren. Sie hemmt den Prozeß der Erneuerung in Polen, begrenzt die positiven Auswirkungen von Reformen, sabotiert de facto Beschlüsse und Verordnungen der Führung und mißbraucht die Absichten der zentralen Machtorgane. Diese innere Opposition ist ein Teil des zentralen Apparats auf der Ebene der Wojewodschaften und Gemeinden. Sie versteht die Normalisierung in Polen nur als Wiedergeburt eines unfähigen Systems der Machtausübung aus den „guten alten Zeiten“ vor dem August 1980: Diese Feststellungen trifft das Mitglied des Landesrates der sog. „Patriotischen Bewegung für die nationale Wiedergeburt“ (PRON), Prof. Mikołaj Kozakiewicz, in einem Aufsatz des Regierungsorgans „Rzeczpospolita“. Und er beklagt auch, daß diese „innere Opposition“ PRON und ihr Programm der Verständigung nur als eine neue Möglichkeit für die Wiederherstellung des ancien regime ansehe. Die Hauptgefahr für die Erneuerung in Polen, für den Kurs

der Verständigung, gehe von diesen Kreisen aus.

Jaruzelski hat in seiner Eigenschaft als Erster Sekretär der PVAP keinen leichten Stand, sich gegen diese innerparteilichen Oppositionsgruppen durchzusetzen. Andererseits wittern jene parteilichen Gruppierungen, die unter der politischen Führung der PVAP agieren, Morgenluft. Partei, polnisch „partia“, durfte sich bisher ausschließlich die Kommunistische Partei PVAP nennen. Die anderen Parteien mußten die Bezeichnung „stronnictwo“ benutzen. Nun aber hat das Plenum der Bauernpartei (ZSL) eine Statutenänderung beschlossen, derzufolge sie sich künftig ebenfalls „Partia“ nennen wird. Es ist zu vermuten, daß eine solch grundsätzliche Entscheidung nicht ohne Wissen und Billigung der PVAP-Führung erfolgte.

5. Andere Gruppen in der Regierungskonstellation

Der Parteiführung wird nicht entgangen sein, daß die *Bauernpartei* in jüngster Zeit nicht nur an Einfluß, sondern auch an Mitgliedern gewonnen hat und bei der vor allem in ländlichen Regionen lebenden Bevölkerung Polens mehr und mehr als Alternative zur PVAP angesehen wird. Als national gesonnene und nicht-marxistische Partei ist sie für Gläubige wählbar, die nach wie vor entscheidende Wählergruppe auf dem Lande. Bei den in diesem Jahr anstehenden Kommunalwahlen in den Wojewodschaften dürften für die Kandidaten der PVAP die Chancen auf dem Dorf schlecht sein, denn bei diesen ersten Wahlen nach den August-Ereignissen von 1980 und der Zeit des Kriegsrechts werden viele Wähler Lust verspüren, der PVAP einen anständigen Denkkettel zu verpassen und Widerstand und Ablehnung beispielsweise durch Nichterscheinen an den Wahlurnen deutlich zu machen.

Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß sich die PVAP der Bauernpartei bedient, um ihre derzeitige Schwäche zu überdecken und mit ihr über die Runden zu kommen. Auch aus einem weiteren Grunde wird dieses Näherücken beider Parteien für die PVAP wichtig: Sollte das Landwirtschaftsprojekt der Kirche wirklich zustande kommen, wird der Einfluß

des Klerus auf dem Lande noch stärker zuzunehmen. Bei der PVAP befürchtet man sogar, daß mit diesem Projekt die Basis für eine christliche Partei in Polen geschaffen werden könnte.

In Warschau schließt man deshalb nicht aus, daß eine solche Verbindung zwischen PVAP und Bauernpartei zustande kommt. Gerüchte wollen sogar schon von Überlegungen wissen, den Vorsitzenden der Bauernpartei, Malinowski, zum Nachfolger Jaruzelskis im Amt des Ministerpräsidenten zu machen, wenn der PVAP-Chef im Rahmen der geplanten Verfassungsreform das Amt eines Präsidenten der Volksrepublik Polen übernimmt.

Es mag das gewachsene Selbstbewußtsein der Bauernpartei und möglicherweise auch ein vorbereitender Schritt gewesen sein, die den Parteivorsitzenden Malinowski, derzeit stellvertretender Ministerpräsident, veranlaßten, den Charakter der gegenwärtigen Regierung als einer Koalitionsregierung unter Einschluß der Bauernpartei herauszustellen. Die Stärkung des, wie er sich ausdrückte, „Koalitionssystems der Machtausübung“ in Polen gehöre zu den wesentlichen qualitativen Änderungen, die sich gegenwärtig in Polen vollzögen. Sie gehörten zum Reformprogramm, das darauf hinauslaufe, universelle Prinzipien des Sozialismus mit der Tradition Polens zu verbinden. Malinowski verwies in diesem Zusammenhang auf die 100jährige Geschichte der Arbeiterbewegung in Polen und die 90jährige Tradition der Bauernbewegung dieses Landes.

Der Parteivorsitzende versäumte nicht, die politische Bedeutung der Bauernpartei anhand der von ihr gehaltenen Positionen im politischen Leben Polens darzustellen. So stellt die Bauernpartei in der Regierung neben dem stellvertretenden Ministerpräsidenten den Gesundheitsminister und den Minister für Forsten und Holzindustrie sowie acht stellvertretende Minister. Im Sejm ist sie mit 114 Abgeordneten vertreten und besetzt das Amt eines Sejm-Vizemarschalls. Schließlich gehören in der Provinz neun Wojewoden und 34 Vizewojewoden, die Chefs der Regionalverwaltungen, zur Bauernpartei.

Malinowski unterstrich, daß es mit der PVAP keine politischen Differenzen gebe, gestand

aber ein, daß man im Bereich der Landwirtschaft doch unterschiedliche politische Auffassungen habe. Der Parteichef betonte die Partnerschaft seiner Partei mit der kommunistischen Partei und erweckte den Eindruck, als ob man mit der PVAP gleichen Ranges sei. Nachsichtig sprach er davon, daß der Wiederaufbau der Partnerschaft mit der PVAP ein Prozeß sei, der zwar an der Basis nicht immer gelänge, auf der höchsten Ebene aber reibungslos funktioniere. Man arbeite gemeinsam mit der PVAP daran, diesem „Modell der Partnerschaft“ auch auf niedrigster Ebene feste Grundlagen zu geben.

Die *Demokratische Partei (SD)*, ebenfalls in der Warschauer Regierungskoalition vertreten, kann so selbstbewußt nicht mehr auftreten. Ihre Bemühungen um Kräfte, die zur Gewerkschaft „Solidarität“ gehörten oder in der Reformbewegung von 1980/81 weit vorn marschierten, hat ihr die PVAP übelgenommen und sie dies durch eine weitere Begrenzung ihres politischen Spielraums auch spüren lassen. Der politische Einfluß der Demokratischen Partei, wenn er jemals bestanden haben sollte, ist heute gleich Null.

In den Jahren 1980 und 1981 mag die Demokratische Partei gehofft haben, unter Ausnutzung der Reformbewegungen ihre auch damals schon geringe Bedeutung zu erweitern. Sie wurde insbesondere an den Hochschulen aktiv, wo es ihren Parteimitgliedern gelang, in größerem Maße leitende Positionen zu besetzen. In dieser Zeit wurde das Verlangen nach Selbständigkeit der Hochschulen und Unabhängigkeit von Lehre und Forschung besonders nachdrücklich vorgetragen. Die Führung in Warschau war gezwungen, Konzessionen zu machen und konnte dennoch der Unruhe an den Hochschulen nicht Herr werden. Dies alles wirkte sich nach dem Umschwung am 13. Dezember 1981 negativ für die Demokratische Partei aus. Inzwischen ist ein großer Teil ihrer Leute aus den Leitungen der Hochschulen verschwunden, andere haben sich schnell den veränderten Verhältnissen im Lande angepaßt.

Zu den Widersprüchlichkeiten in Polen gehört, daß in der Regierungskoalition auch Katholiken vertreten sind, die die sogenannte *PAX-Organisation* repräsentieren. Man

würde es sich zu einfach machen, diese Gruppierung schlicht als Regime-Katholiken zu bezeichnen. Sie sind zweifellos die ungeliebte Konzession an die gesellschaftlichen Verhältnisse eines kommunistischen Staates besonderer Art, der den Machtfaktor Kirche nicht negieren kann. Sie vertreten keineswegs die Kirche und nicht unbedingt kirchliche Positionen in der Regierung. Immerhin sah aber die PAX-Organisation unter Führung ihres damaligen Vorsitzenden und Staatsratsmitgliedes Ryszard Reiff in der Reformbewegung

der „Solidarität“ eine große Chance für eine Erneuerung in Polen. Ihre keineswegs regimekonformen Aktivitäten in dieser Zeit und das kategorische „Nein“ ihres Vorsitzenden Ryszard Reiff zur Verhängung des Kriegsrechts, als einziges Mitglied des Staatsrates übrigens, verlangen eine differenziertere Betrachtungsweise dieser katholisch-politischen Organisation. Allerdings kam dann auch bei PAX nach dem 13. Dezember das große Aufräumen, das nicht zuletzt auch ihrem Vorsitzenden das Amt kostete.

V. Fazit

Zweifellos ist seit der Aufhebung des Kriegsrechts in Polen einiges in Bewegung gekommen, keineswegs nur mit negativer Tendenz. Vieles wird im Westen nicht wahrgenommen, weil es nicht ins Schema paßt, das man für das kommunistische Polen als gültig ansieht. So erwecken dann Informationen Überraschung, die, wie die geplante Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum Vatikan, Folgen einer inneren Entwicklung sind.

Ohnehin ist in Polen alles anders als bei seinen kommunistischen Nachbarn, was keineswegs zur Beliebtheit der Polen im Bündnis beiträgt. Für Außenstehende wie auch für Polen bleibt manche Erscheinung oder Entwicklung unverständlich, so wenn trotz heftigster Kontroversen mit den USA „Kommissar Columbo“ im staatlichen Fernsehen gezeigt wird und das Repertoire der Kinos zu einem großen Teil aus amerikanischen Filmen besteht. Der Besucher aus dem Westen kann auch nicht begreifen, daß angesichts der Benzinra-

tionierung die Zahl der Autos aus polnischer und westdeutscher Produktion ständig steigt und Verkehrsstauungen auch in Warschau in den Hauptverkehrszeiten zum üblichen Bild gehören.

Polen wird noch auf längere Frist mit seinen Widersprüchlichkeiten, mit den tiefgreifenden Problemen in Wirtschaft und Gesellschaft zu kämpfen haben. Die Hoffnung, daß Reformen im Lande in absehbarer Zeit für positive Änderungen sorgen könnten, hat in Polen heute kaum jemand. Es liegt sicherlich sowohl am System als auch an den Polen selbst, wenn die Fortschritte auf dem Weg aus der Krise bisher so bescheiden geblieben sind. Eine halbwegs zutreffende Prognose darüber, wie es in Polen weitergehen wird, läßt sich nur in einem Punkt abgeben: unserem unruhigen Nachbarn wird sicherlich bald wieder der Geduldfaden reißen. Die Intervalle zwischen den Unruhen in Polen werden immer kürzer.

Dieter Bingen: Die Rolle des katholischen Polens nach dem Ende der „Erneuerung“

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/84, S. 3—15

Nach der Verhängung des Kriegsrechts wahrte die katholische Kirche die Kontinuität ihres öffentlichen Wirkens im Sinne von Vermittlung und Mäßigung. Unterdessen wirkten sich die Machtkämpfe innerhalb des Staats- und Parteiapparats auch auf das Verhältnis zwischen Kirche und Behörden aus. Die Kirche kam zunehmend selbst in die Schußlinie als Ausgangspunkt gegen das Kriegsrecht gerichteter Aktionen. Angesichts dessen strebten Primas Glemp, der Papst und Premier Jaruzelski eine Kompromißformel an, die den zweiten Papstbesuch im Juni 1983 ermöglichen sollte, ohne daß dabei die Kirche als moralische und nationale Autorität und die politische Führung als Inhaberin des Gewaltmonopols das Gesicht verlören.

Regierung und Partei erhofften sich von dem Papstbesuch einen entscheidenden Fortschritt bei der „Normalisierung“ der politischen Lage, eine Erhöhung des nationalen und internationalen Prestiges der Regierung und die endgültige politische Neutralisierung der Kirche — durch denselben Papst, der nach allgemeiner Überzeugung indirekt entscheidenden Anteil an der Politisierung von Gesellschaft und Klerus hatte. Die polnische Kirche ersehnte sich von der Papstvisite eine versöhnende Wirkung und eine moralische Aufrichtung der Gesellschaft. Die Opposition wünschte sich eine moralische Unterstützung für ihren politischen Widerstand gegen die politische Führung.

Aber was kann die Kirche in einer Zeit wirklich bewirken, da wirtschaftliche und soziale Spannungen in Polen weiter zunehmen, von der Regierung der „authentische“ Dialog verweigert wird und Resignation in weiten Kreisen der Bevölkerung vorherrscht? Wahrscheinlich zeigen die Hirtenbriefe und Kommuniqués der polnischen Bischöfe, Interventionen, um das „Schlimmste“ zu verhindern, und Bemühungen, die eigene öffentliche Position in Verhandlungen mit der Regierung langfristig abzusichern, den einzig gangbaren Weg der Kirche in Polen.

Auffallen muß heute — in der Nach-„Solidarität“-Zeit — die Machtlosigkeit der Kirche im Hinblick auf eine sichtbare Bewegung der politischen Verhältnisse in Polen. Kurzfristig ist sie keine systembedrohende Gefahr, betätigt sich in einem gewissen Sinne systemstabilisierend. Der Verlauf des Papstbesuchs, die ausgebliebenen Folgen im Sinne von Eröffnung eines neuen Dialogs zwischen Regierung und Gesellschaft und die jüngsten Arrangements zwischen Kirche und Staat bestätigen dies.

Peter von der Lippe: Wirtschaftspolitik und wirtschaftliche Entwicklung in der Volksrepublik Polen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/84, S. 16—34

Das Regime Jaruzelski hatte wirtschaftlich ein schweres Erbe anzutreten. Giereks Politik der Stimulierung des Außenhandels und Konsums und der Modernisierung der Wirtschaft durch kreditfinanzierten Technologieimport aus dem Westen war gescheitert. Das Ergebnis war: Verschuldung, Inflation, Abhängigkeit von Westimporten, Fehlinvestitionen, verschobene und überfällige Reformen des Preissystems und eine mit Partei und Staat zutiefst unzufriedene Bevölkerung. Die unruhige Zeit 1980/81 hat das System weiter destabilisiert.

Die Militärs hatten eine gewaltige Sanierungsaufgabe zu leisten. Der Rückgang von Produktion und Produktivität konnte gestoppt werden. Die Leistungsdaten der Wirtschaft haben sich etwas verbessert. Sie sind aber immer noch sehr unbefriedigend. Lenkungs-kontrolle und Autorität der Führung wurden zwar wiederhergestellt, aber die Bevölkerung hat kein Vertrauen. Langfristig kann deshalb auch keine Wirtschaftspolitik erfolgreich sein.

Das Land hat eine Entwicklungschance verpaßt und ist ökonomisch weit zurückgefallen. Auch für die Zukunft ist kaum Besserung zu erwarten, nicht nur aus politischen Gründen (Stimmung in der Bevölkerung), sondern auch wegen gewisser Konstanten in der Wirtschaftsordnung. Die Ordnung ist, trotz laufender Reformexperimente, ineffizient. In dem damit gesteckten Rahmen kann auch die neueste Reform, die im Beitrag beschrieben wird, kaum jemals funktionsfähig werden. Abgesehen davon, wird aus der Not des gegenwärtigen Ungleichgewichts heraus den Reformgedanken durch laufende Eingriffe genau entgegengehandelt. Man scheint sich einem System der permanenten Reform zu nähern. Das macht es praktisch unmöglich, Erfolge und Mißerfolge Verursachern zuzurechnen. Eine effektive Sanierung ist also kaum zu erwarten.

Klaus Reiff: Polen — unser unruhiger Nachbar

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/84, S. 35—45

Polen hat zur Zeit mit enormen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Die Zahl der Familien mit niedrigen und niedrigsten Einkommen erhöht sich fortlaufend, was bedeutet, daß Preisreformen, die mit Erhöhungen verbunden sind, in Zukunft immer mehr Menschen existentiell treffen. Trotz einer ausgezeichneten Ernte 1983 hat sich die Versorgungslage kaum gebessert, da ein erheblicher Teil der polnischen Agrarprodukte in den Export fließt, um die dringend benötigten Devisen für das Land zu beschaffen. Im Vergleich mit anderen westlichen, aber auch sozialistischen Ländern ist die absolute Produktivität der Landwirtschaft aber ohnehin sehr niedrig.

Die in Gang gesetzte Wirtschaftsreform, welche auch die anderen Sektoren der polnischen Wirtschaft erfaßt, trifft in Polen kaum auf Optimismus, da vermutet wird, daß die Wirtschaftsbürokratie die meisten Ansätze blockiere und verhindere. Ob eine wesentliche Änderung der Lage durch die geplante Reorientierung der Außenwirtschaft Polens auf die RGW- und Entwicklungsländer erreicht werden kann, muß angesichts der inzwischen erreichten Verflechtung mit den westlichen Märkten bezweifelt werden.

Als wichtigste gesellschaftliche Kraft ist zur Zeit die Katholische Kirche in Polen anzusehen. Die neuen Gewerkschaften haben mit ihren 3,7 Millionen Mitgliedern bisher nicht den erhofften Organisationserfolg erreicht, zumal die Regierung ihnen auch wenig Profilierungschancen beläßt. Die „Solidarität“ muß bereits als Geschichte gewertet werden, und die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei hat erhebliche Schwierigkeiten, ihrer Bürokratie und inneren Opposition Herr zu werden. Einzig die Polnische Bauernpartei gewinnt zur Zeit sowohl bei ihren Mitgliedern als auch in der Regierung an Boden.

Insgesamt ist festzustellen, daß heute in Polen kaum jemand Hoffnungen hat, daß die angekündigten Reformen für positive Änderungen sorgen könnten. Wenn man eine halbwegs zutreffende Zukunftsprognose über den weiteren Weg Polens geben will, so läßt sich sicher nur eines feststellen: daß unserem unruhigen Nachbarn sicherlich bald wieder der Geduldsfaden reißen wird. Die Intervalle zwischen den Unruhen in Polen werden immer kürzer.